Nr. 97. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Volksschullehrer und Landtagswahlen.

Die Lehrer sind zu feige, sie fürchten die Anrüchigkeit.
Diesterweg.

Die preußischen Volksschullehrer sind unzufrieden und grollend entlädt sich ihr Zorn in den Lehrerversammlungen und in der pädagogischen Presse.

Sie haben auch hinreichenden Grund zur Unzufriedenheit. Der Gründe gibt es sogar so viele und so kräftige, daß sie bei Männern mit weniger sanftmütiger Geduld und weniger lammherziger Gelassenheit längst zur hellen Empörung geführt hätten.

Die preußische Volksschule wird noch immer als das verachtete Aschenbrödel des Staates behandelt, das wohl einige nützliche Kulturarbeit verrichten darf, im übrigen aber nur in einer verlorenen Ecke in Schmutz und Asche geduldet wird. Die äußere Schulorganisation ist so antiquiert und hinterwälderisch wie die meisten preußischen Staatseinrichtungen. Von dem gleichen Recht für alle ist nirgends die Rede; überall herrscht das Vorrecht, das klassenstaatliche Privileg; Schulforderungen werden nicht auf ihre sachliche Berechtigung, sondern als Tausch- und Schacherobjekte gewertet; Geldaufwendungen werden erst von Fall zu Fall gemacht und nur dann, wenn die Schulnot geradezu zum Himmel schreit. Und im Innern der Schule sieht es nicht besser aus: längst überlebte Lehrmethoden, die niemals ein eigentliches Lebensrecht hatten, beherrschen das Feld; starrer Drill, herrschsüchtige Bevormundung, knöcherne Bureaukratie grinsen Lehrer und Schüler aus jeder Ecke entgegen; der lebendigen Initiative der Lehrer ist kein noch so bescheidenes Plätzchen eingeräumt.

An der Spitze der preußischen Schulkaserne lösten bisher Männer einander ab, die bis zu ihrer — meistens unerwarteten — Berufung als Kultusminister sich niemals zuvor berufsmäßig als auch nur aus privatem Interesse mit dem Schulwesen beschäftigt hatten. Der gegenwärtig amtierende höhere Beamte, der bis vor kurzem irgend einen Platz im Eisenbahnministerium ausfüllte, hat sich vor einigen Tagen zum ersten Male in einem flüchtigen Rundgang das Innere einer Berliner Volksschule angesehen. Vielleicht war es überhaupt die erste Volksschule, die der Herr von innen gesehen hat.

So armselig die preußische Volksschule innerlich und äußerlich gestellt ist und so laienhaft und verständnislos sie geleitet wird, so armselig ist auch die materielle Lage der Volksschullehrer und so herabsetzend und unwürdig werden sie behandelt. Hat die Volksschule keinen höheren Zweck als den Kapitalisten brauchbare Arbeitskräfte, dem Staate geduldige und hurrapatriotische Steuerzahler und der Kirche fromme augenverdrehende Schäfchen zu züchten, so bedarf es auch für die Handlanger bei diesem Geschäft, für die Lehrer, keiner tiefen Bildung, keiner geachteten Stellung und keiner ausreichenden Besoldung. Von der Regierung werden sie als untere Beamte ohne das Recht einer eigenen Ueberzeugung und eines aufrechten Charakters betrachtet; die konservativen Parteien sehen den Schulmeister verächtlich über die Achsel an; und das liberale Bürgertum estimiert ihn noch so eben als brauchbaren politischen Klopffechter. Ueber dieses geringe Maß von Achtung aber sind die Lehrer so gerührt, daß sie dem Liberalismus seit Jahrzehnten die gehorsame Treue eines Pudels entgegenbringen.

Dabei hat der Liberalismus niemals ernstlich etwas für die Volksschule getan. Es hat Zeiten gegeben, in denen der Liberalismus von ausschlaggebender Bedeutung im preußischen Landtage war; von ausschlaggebenden Taten für die preußische Volksschule melden die Chroniken jener Zeit aber nichts, wenn man nicht die glorreiche Heldentat, durch die 1860 die beiden einzigen konsequenten Schulpolitiker Diesterweg und Harkort wegen ihrer „Opposition und Forderungen" aus der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses hinausgewählt wurden, als eine solche liberale Glanzleistung ansehen will. „Man muß sich große Hoffnungen aus dem Kopfe schlagen. Das Militär verschlingt alles." So schrieb Diesterweg damals in bitterer Enttäuschung an einen Freund.

Und so wie der Liberalismus schon damals den militaristischen Ansprüchen gegenüber feige zusammenknickte, wenn auch mit saurer Miene und mit prinzipiellen Vorbehalten, so hat er das im Laufe der Jahre und Jahrzehnte immer mehr getan, bis er in den letzten Jahren endlich auch noch auf das liberale Geknatter mit Platzpatronen verzichtete und seitdem gleich von Anfang an mit fliegenden Fahnen in die Reihen der militär-, marine- und kolonialfrommen Regierungsparteien einschwenkte. Kein Wunder, daß immer weniger Geld für die Schule übrig bleibt, wenn der unersättliche Rachen des Moloch immer mehr verschlingt!

Schlechter als je steht es um die preußische Volksschule in der gegenwärtigen Aera der Blockfreundschaft zwischen Liberalen und Konservativen. Die Liberalen konnten sich bisher wenigstens noch im Landtag den Luxus erlauben, mit großen Worten für die freie Schule einzutreten, so daß sie für naive Gemüter immer noch als ernsthafte Schulfreunde gelten konnten. Seit der Duzfreundschaft zwischen den grundsätzlichen Schulfeinden auf konservativer und den Bildungsheuchlern auf liberaler Seite ist es auch damit vorbei. Denn wer ist ein so hirnverbrannter Tor, daß er noch den liberalen Theaterdonner im Landtage über konservative Schulfeindschaft und Kulturgegnerschaft ernst nimmt, während im Reichstag Liberale und Konservative Arm in Arm den Kulturfortschritt in die Schranken fordern?

Die preußischen Lehrer winden sich in dieser Zwickmühle unbehaglich hin und her. Am empfindlichsten sind sie — das ist begreiflich — in der Besoldungsfrage. Und gerade in dieser Beziehung ist den Lehrern in den letzten Jahren eine Kraft der Entsagung zugemutet worden wie keiner zweiten Beamtenkategorie. Obwohl sie bei ihrer kärglichen Besoldung die Folgen des Zollwuchers doppelt spüren, müssen sie sich noch immer mit den kläglichen Sätzen des Besoldungsgesetzes vom Jahre 1897 abfinden. Gelegentliche winzige Teuerungszulagen wirken wie blutiger Hohn auf die krasse Not in den meisten Lehrerhäusern. Noch erbitternder wirken die vor den Hottentottenwahlen und später gemachten aber niemals innegehaltenen Versprechungen vom Regierungstisch. Dabei ist dem liberalen Groll in der Lehrerschaft durch die Bundesgenossenschaft zwischen der Regierung, den Konservativen und den Liberalen ein sehr ungewohnt wirkender Zaum angelegt. Der ganze Unmut in der Lehrerschaft kommt in einem Artikel in der „Pädagogischen Zeitung" zum Ausdruck; aber auch die ganze Unklarheit, mit der die Lehrerschaft der gegenwärtigen Situation gegenübersteht. Er findet schließlich einen Ausweg durch eine Anleihe bei Goethe: „Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen!"

Das wäre eine ganz lobenswerte Parole, wenn nur irgend etwas Ernstliches dahintersteckte. Aber wie weit der Wagemut der Lehrerschaft geht, das zeigt ein in derselben Nummer der „Päd. Ztg." enthaltener Bericht über eine Versammlung der Vereinigung für Schulpolitik, in der im Beisein liberaler Abgeordneter und Kandidaten, wie Goldschmidt, Rosenow, Hoff, Kähler und Schepp, über die schulpolitischen Forderungen debattiert wurde, die im Interesse der Volksschule an die preußischen Landtagskandidaten gestellt werden sollen. Man einigte sich auf zwölf Forderungen, die zum Teil recht fortschrittlichen Charakter tragen. So heißt gleich die erste: „Notwendigkeit eines sozialen Auf- und Ausbaues unseres gesamten Bildungswesens durch Fortfall aller Vor- und Kastenschulen und Schul- und Lehrmittelfreiheit begabter Schüler auf höheren Schulen." Die Forderung ist so umfassend und radikal, daß sie in Zukunft so wenig von irgend einer liberalen Regierung oder einem liberalen Parlament auf den Schild erhoben und noch weniger verwirklicht werden wird, als es bisher schon geschehen ist. Trotzdem traten die liberalen Abgeordneten Goldschmidt, Rosenow und Hoff „voll und ganz und unentwegt" dafür ein, und ebenso die zwei Kandidaten Kähler und Schepp, und ebenso werden es alle übrigen liberalen Kandidaten tun, denen diese Forderung vorgelegt wird. Und ebenso bedenkenlos werden sie die übrigen elf Forderungen anerkennen und sie werden feierlich versprechen, dafür einzutreten. Warum auch nicht? Versprechen bedeutet noch nicht halten. Und wenn sie selbst im Landtage im Sinne dieser Forderungen einige Schaumschlägerei versuchen sollten, so ist das auch nicht weiter bedenklich, die Konservativen werden schon augenzwinkernd dazu ihre Glossen machen!

Die Forderungen werden wie ein Ruf in der Wüste verhallen, so lange sie nur von den liberalen Leisetretern erhoben werden, bei denen nicht der entschlossene, rücksichtslose Wille hinter den Forderungen steht, sondern nur die schlotternde Furcht um den Verlust oder die stammelnde Gier nach dem Gewinn eines Mandats. Die einzige Partei, die es mit den fortschrittlichen Lehrerforderungen ernst meint, ist die Sozialdemokratie. Und nicht etwa der schönen Augen der Lehrer wegen, sondern im Interesse des Volkes, im Interesse der Arbeiterschaft, und damit im dringendsten Interesse der Sozialdemokratie selbst. Die Arbeiterschaft allein hat ein reines und ehrliches Interesse an der wirklichen und gründlichen Hebung der Volksschule und damit auch der Volksschullehrer.

Aber die Lehrer können keine sozialdemokratischen Wahlmänner wählen, wird man uns sagen. Leider haben sich die preußischen Volksschullehrer diese Unabhängigkeit noch nicht erkämpft. Aber sie tragen nur dazu bei, diese Abhängigkeit und Rechtlosigkeit zu verlängern, wenn sie gedankenlos wie bei früheren Wahlen das feigherzige verräterische Element des Liberalismus im Landtage stärken und dadurch die Abschaffung des erbärmlichen Dreiklassenwahlrechts mit der geradezu unmoralischen öffentlichen Abstimmung erschweren. Es gibt für die Volksschullehrer in solchen Wahlkreisen, in denen sie durch ihre Abstimmung für einen Liberalen nur dessen Wahlaussichten gegenüber einem Sozialdemokraten verbessern würden, einen Ausweg, den wir ihnen umso ruhiger empfehlen können, als ihn zuerst einer der besten und tapfersten preußischen Lehrer und Schulpolitiker begründet und angewendet hat: Diesterweg schrieb am 11. Juli 1849 aus Berlin an seinen Freund in Elberfeld: „An den Wahlen beteilige ich mich nicht. **Die Oeffentlichkeit der Abstimmung ist die stärkste Schraube, welche das absolute Regiment erfunden hat** — eine öffentliche Konduitenliste, statt der abgeschafften heimlichen, ich werde sie nicht stärken. **Die große Mehrzahl der hiesigen Lehrer stimmt nicht mit.**"

So löste Diesterweg damals den skandalösen Gewissenskonflikt, in den die Brutalität der Reaktion ihn trieb. Ob es heutzutage noch Lehrer in Preußen gibt, die auch nur in dieser gefahrlosen negativen Weise zugunsten einer wirklichen Befreiung Preußens und damit zugunsten der Erringung einer freien Schule zu handeln wissen, wagen wir nicht zu bejahen. Denn es ist derselbe Diesterweg, der ein halbes Dutzend Jahre später demselben Freunde mit ingrimmigem Zorne schrieb: „Bei der Macht der Pfaffen und bei der Hundedemut und Bedientenhaftigkeit unserer meisten Lehrer wird es doch retour gehen."

Das war 1855. Wie wird es 1908 sein?

Das Nordsee- und Ostsee-Abkommen.

Im hiesigen Auswärtigen Amt wurde vorgestern ein Abkommen zur Aufrechterhaltung des territorialen status quo in den an die Nordsee grenzenden Gebieten von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, den großbritannischen und französischen Botschaftern sowie den schwedischen, dänischen und niederländischen Gesandten unterzeichnet. Und zugleich unterzeichneten im russischen Ministerium des Aeußern in Petersburg der russische Minister Iswolski, der deutsche Botschafter sowie der dänische und schwedische Gesandte ein ähnliches Abkommen bezüglich der Ostsee.

Nach der Mitteilung des Wolffschen Telegraphenbureaus hat das

Nordseeabkommen

in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut:

I. Deklaration.

Die Regierungen von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden sind von dem Wunsche geleitet, die zwischen ihren Staaten bestehenden Bande nachbarschaftlicher Freundschaft zu stärken und dadurch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen, und stimmen in der Ueberzeugung überein, daß ihre Politik mit Bezug auf die an die Nordsee grenzenden Gebiete die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen status quo zum Gegenstande hat. Sie erklären deshalb, daß sie fest entschlossen sind, die zurzeit bestehenden Hoheitsrechte ihrer Staaten an ihren Gebieten in jenen Gegenden unverletzt zu erhalten und gegenseitig zu achten.

Sollten irgendwelche Umstände eintreten, welche nach Ansicht einer der vorgenannten Regierungen den gegenwärtigen status quo in den an die Nordsee grenzenden Gebieten bedrohen, so werden die Signatarmächte der gegenwärtigen Deklaration mit einander in Verbindung treten, um sich im Wege einer Vereinbarung untereinander über Maßnahmen zu verständigen, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung des status quo ihrer Besitzungen für nützlich halten möchten. Die gegenwärtige Erklärung wird mit tunlichster Beschleunigung ratifiziert werden. Die Ratifikationen werden möglichst bald und spätestens am 31. Dezember 1908 in Berlin niedergelegt werden. Ueber die Niederlegung jeder Ratifikation wird ein Protokoll aufgenommen werden, von dem eine beglaubigte Abschrift auf diplomatischem Wege den Signatarmächten übermittelt werden wird.

II. Memorandum.

Bei Unterzeichnung der Deklaration vom heutigen Tage stellen die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierung folgendes fest:

1. daß der durch diese Deklaration anerkannte Grundsatz der Aufrechterhaltung des status quo nur die territoriale Integrität aller gegenwärtigen Besitzungen der hohen vertragschließenden Teile in den an die Nordsee grenzenden Gegenden ins Auge faßt, daß daher die Deklaration in keiner Weise angerufen werden kann, sobald es sich um die freie Ausübung von Hoheitsrechten der hohen vertragschließenden Teile über ihre obenerwähnten Besitzungen handelt.

2. daß im Sinne der Deklaration die Nordsee sich nach Osten bis zu ihrer Vereinigung mit dem Gewässer der Ostsee erstreckt.

Das in Petersburg unterzeichnete

Ostsee-Abkommen

lautet in deutscher Uebersetzung:

I. Deklaration.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der König von Dänemark, Seine Majestät der Kaiser von Rußland und Seine Majestät der König von Schweden hegen den Wunsch, die zwischen ihren Staaten bestehenden Bande nachbarschaftlicher Freundschaft zu stärken und dadurch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen, und stimmen in der Ueberzeugung überein, daß ihre Politik mit bezug auf die an die Ostsee grenzenden Gebiete die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen status quo zum Gegenstande hat. Ihre Regierungen erklären deshalb, daß sie fest entschlossen sind, die Rechte Seiner Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preußen, Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Seiner Majestät des Kaisers von Rußland und Seiner Majestät des Königs von Schweden an ihren festländischen und insularen Besitzungen in den genannten Gegenden unverletzt zu erhalten.

Sollte der gegenwärtige territoriale status quo in den Gegenden durch irgend welche Ereignisse bedroht werden, so werden die Regierungen der vier Signatarmächte der gegenwärtigen Deklaration miteinander in Verbindung treten, um sich über die Maßregeln zu verständigen, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung des status quo für nützlich halten sollen.

II. Memorandum.

Bei Unterzeichnung der Deklaration vom heutigen Tage stellen die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen fest:

daß der durch diese Deklaration anerkannte Grundsatz der Aufrechterhaltung des status quo nur die territoriale Integrität aller gegenwärtigen Besitzungen der hohen vertragschließenden Teile in den an die Ostsee grenzenden Gegenden ins Auge faßt und daß daher die Deklaration in keiner Weise angerufen werden kann, sobald es sich um die freie Ausübung von Hoheitsrechten der hohen vertragschließenden Teile über ihre oben erwähnten Besitzungen handelt.

Die beiden Verträge entsprechen dem Garantieabkommen, das im vorigen Jahre England, Frankreich und Spanien über den

status quo im Mittelmeer abgeschlossen haben. Für den Fall ernster, die Lebensinteressen der beteiligten Mächte betreffende Streitigkeiten sind selbstverständlich diese Abmachungen, wie alle theoretischen Garantieerklärungen wertlos. Denn im Kriegsfalle entscheidet einfach die Macht der Waffen. Handelt es sich aber um geringere Zwistigkeiten, so hat die Bestimmung entschieden ihren Wert, daß die bedrohte Macht sich an die übrigen Signatarmächte wenden kann, und diese darauf zunächst in Unterhandlungen miteinander eintreten zu haben, um sich über die nötigen Maßnahmen zu verständigen. Besonders für die kleinen Mächte, die im Streit mit den Großmächten ihren Argumenten nicht durch den Hinweis auf die bereitstehenden Armeen und Panzergeschwader den nötigen Nachdruck zu verleihen vermögen, bedeuten die beiden Abkommen eine Verbesserung ihrer bisherigen Position.

Vielleicht wichtiger noch als diese Verminderung der Kriegsgefahr ist jedoch die Tatsache, daß das Nordsee-Abkommen, zu dem die Verhandlungen von deutscher Seite ausgegangen sind, wieder Deutschland und England einander näher bringt. Jahrelang hat das gegenseitige Mißtrauen die politischen Beziehungen beider Mächte zu einander getrübt, und wenn auch dieses Mißtrauen noch keineswegs ganz gewichen ist, so sind doch nun die Ansätze zu einer wirklichen Entente vorhanden, wie sie England mit Frankreich verbindet. Und noch in anderer Hinsicht bedeutet das Abkommen eine Verbesserung der bisherigen gedrückten politischen Lage, nämlich insofern, als dadurch die in den Niederlanden verbreiteten Gerüchte zurückgedrängt werden, das Deutsche Reich trachte nach einer Angliederung Hollands.

Weniger Bedeutung hat, wenigstens für Deutschland, der Ostseevertrag. Er berührt in erster Linie die Interessen Dänemarks und Rußlands, das, wenn auch direkt in dem Abkommen die Alands-Inseln nicht erwähnt werden, doch indirekt, durch den Satz, der jedem Staat die „freie Ausübung der Hoheitsrechte auf seinem Gebiet garantiert", die Berechtigung erhält die Alandsinseln zu befestigen — wenn es auch vorläufig kaum von diesem neuerlangten Recht Gebrauch machen dürfte.

Jacke wie Hose!

Herr Dove fühlt sich gedrungen, im „Berl. Tageblatt" zu erklären, daß ihm zu Unrecht die Mitvaterschaft an jenem sog. „Antrage Dove-Mommsen" zugeschrieben worden sei, in dem es echt nationalliberal hieß: **„es muß auch auf geeignete Verbrauchssteuern zurückgegriffen werden."** Dieser Antrag stamme vom Abg. Mommsen allein. Erst an der zweiten Resolution, die an die Stelle der zurückgezogenen ersten getreten sei, habe er mitgearbeitet.

Wenn die Erklärung Doves einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein, daß er nicht gleich seinen Fraktionsgenossen Mommsen und Heckscher den Mut hatte, sich ehrlich zu den unausbleiblichen Konsequenzen der von ihm vertretenen Blockpolitik zu bekennen. Denn Herr Dove muß als Syndikus einer Handelskammer immerhin soviel vom Ziehen einer Bilanz gelernt haben, um zu wissen, daß das Reichsdefizit aus 600 Millionen besteht und unmöglich durch ein paar Dutzend Millionen neuer direkter Steuern beseitigt werden kann! Daß es sich bei den direkten Steuern aber nur um eine dekorative Beschönigung der enormen indirekten Steuerschröpfung handeln kann, weiß Herr Dove nur zu genau! Er kann sich gar nicht einbilden, daß der zu fünf Sechsteln aus Konservativen und Nationalliberalen bestehende Regierungsblock eine halbe Milliarde direkter Reichssteuern bewilligen wird!

Die neue Resolution, die jetzt auch rechtmäßig der Name Doves ziert, ist zudem im Grunde nur die alte Resolution, denn die heuchlerische Forderung einer „ausreichenden Heranziehung der vermögenden Klassen" durch Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern findet sich auch bereits in der alten Resolution. Auch die abgeschmackt-verlogene Forderung größerer „Sparsamkeit", „insbesondere durch Herabsetzung der finanziellen Lasten der deutschen Wehrmacht" fehlte ja in der alten Resolution nicht. Als ob die famosen Sparpolitiker des Freisinns nicht allen Heeres-, Marine- und Kolonialforderungen mit Hurra zustimmten, als ob sie nicht erst vor einigen Wochen — trotz eines vorhandenen Defizits von 500 Millionen und trotz aller Steuernöte! — die **neue Marinevorlage** bewilligt hätten! Und als ob nicht die Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere — ganz zu geschweigen von der Erhöhung der Offiziersgehälter — eine weitere **Erhöhung** des Militäretats notwendig machte!

Wie gesagt: all' die trügerischen Flausen der neuen Resolution standen bereits in der alten Resolution. Die **einzige Aenderung** besteht lediglich in der **Ausmerzung der Forderung neuer indirekter Steuern.** Also in der unehrlichen Verschweigung der Tatsache, daß eine durch den Block zu schaffende Reichsfinanzreform dem Volke eine **neue indirekte** Steuerbelastung in Höhe von **mehreren hundert Millionen** bringen muß und bringen wird!

Sachlich ist es also „Jacke wie Hose", ob Herr Dove der alten oder der neuen Resolution zugestimmt hat. Herrn Doves Erklärung besagt lediglich, daß er nicht den Mut der Ehrlichkeit besessen hat!

Die Kontraktsklaverei der Ausländer in Preußen.

Seit dem 1. Februar müssen bekanntlich die ausländischen ländlichen Arbeiter in Preußen sich mit einer Legitimationskarte versehen, die von der Deutschen Feldarbeiterzentrale ausgestellt wird. Die Karte lautet auf einen bestimmten Unternehmer, und man weiß, daß sie das Mittel sein soll, die ausländischen Arbeiter völlig zu versklaven. Der Unternehmer behält die Legitimationskarte, und der Arbeiter, der ohne Zustimmung des Unternehmers seine Stelle verläßt, wird dann von den Behörden ausgewiesen, da er nicht im Besitze einer Legitimationskarte ist.

Dieser Legitimierungszwang ist im größten Umfange tatsächlich ausgeführt worden. Bis Anfang April wurden nach einer offiziösen Meldung in den 31 Grenzämtern und Abfertigungsstellen der Deutschen Feldarbeiterzentrale im ganzen rund 230000 Arbeiter, also mehr als eine viertel Million, legitimiert. Die Regierung trägt sich sogar mit der Absicht, die Legitimierung auf **sämtliche Ausländer auszudehnen** und zu diesem Zwecke noch neue Grenzämter einzurichten. Den preußischen Maßnahmen haben sich bis jetzt acht deutsche Bundesstaaten angeschlossen. Mit den übrigen Bundesstaaten wird noch verhandelt.

Aber mit der Versklavung der Landarbeiter scheinen sich die regierenden Borussen noch nicht zufrieden zu geben. Wie unser Frankfurter Parteiorgan berichtet, sind ihm aus großstädtischen **Fabriken und Werkstätten** in den letzten Wochen zahlreiche Mitteilungen darüber geworden, daß deutschsprechende und seit langem angesiedelte, mit den heimischen Verhältnissen eng verwachsene Industriearbeiter, die bereits vor Jahren aus Oesterreich eingewandert waren, sich die Legitimationskarten der — „Deutschen Feldarbeiterzentrale" beschaffen mußten, deren „Abfertigungsstelle" für Westpreußen sich in Essen befindet! Die Arbeiter mußten für diese Legitimationen zwei Mark bezahlen, und verloren außerdem auf dem Polizeipräsidium ihre Zeit, wofür sie natürlich nicht entschädigt wurden!

Das Ungeheuerlichste folgt jedoch noch. Den Leuten, die Anfang Februar immer in Partien zu 5 bis 6 Mann auf dem Frankfurter Polizeipräsidium anzutreten hatten, wurde, wie die „Volksstimme" mitteilt, von dem sie abfertigenden Beamten beinahe wörtlich, jedenfalls aber dem Sinne nach laut und im befehlenden Tone erklärt:

„Wenn Sie Lohnstreitigkeiten mit Ihrem Prinzipal bekommen, wird Ihnen die Karte entzogen und erfolgt sofortige Ausweisung."

„Wir haben für diese borussische Polizeierklärung an moderne Industriearbeiter Westdeutschlands," schreibt die Frankfurter „Volksstimme", „eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen. Sie kann von den betreffenden Beamten des Frankfurter Polizeipräsidiums nicht bestritten werden. Sie bedeutet aber einen ungesetzlichen Eingriff ärgster Art in die völlige Arbeitsfreiheit, die auch ausländischen Industriearbeitern in Preußen durch die Gewerbegesetzgebung gewährleistet ist. Bekanntlich sind in Preußen seit 1869 durch die Gewerbeordnung alle Strafbestimmungen gegen Lohnverabredungen aufgehoben. Und selbst der neue agrarische Regierungserlaß vom 21. Dezember 1907 sieht vor, daß jeder ungarische Feldarbeiter den Unternehmer wechseln kann, wenn er seine Legitimationskarte von der Polizei nach eventueller landrätlicher Untersuchung und Entscheidung umgeschrieben erhalten hat. Und für diese landrätliche Entscheidung ist vorgeschrieben, daß sie „sowohl die Rechte der Arbeitgeber, als auch diejenigen der Arbeiter in objektiver und ausgleichender Weise gegeneinander abwägen, und berücksichtigen" soll. Es ist also schon für die in Preußen rechtlosen Feldarbeiter vorgesehen, daß sie Lohnstreitigkeiten mit ihren Unternehmern bekommen und daß dann, weit entfernt davon, daß Ausweisung eintritt, die Untersuchung und Entscheidung durch den Landrat eintritt. Wieviel mehr muß dasselbe für die gesetzlich in ihrer Koalitions- und Arbeitsfreiheit geschützten Industriearbeiter zutreffen. Und da haben sich Frankfurter Polizeibeamte erlaubt, alle gesetzlichen Vorschriften und Instanzen aus eigener Machtvollkommenheit zu überspringen und österreichischen Fabrikarbeitern anzudrohen, schon bei bloßen Lohnstreitigkeiten mit ihrem Prinzipal drohe ihnen Ausweisung! Der Frankfurter Polizeipräsident wird nicht umhin können, sofort eine Untersuchung und strenge Ahndung dieser Uebergriffe eintreten zu lassen."

Wir können uns diesen treffenden Ausführungen nur anschließen. Gegen diese Ungeheuerlichkeiten, die eine schwere Bedrohung des Koalitionsrechtes bedeuten, muß auf das energischste Front gemacht werden. Immer deutlicher tritt die Arbeiterfeindlichkeit Preußens hervor. Die politische Entrechtung der Arbeiterklasse hat die preußische Regierung offenbar in den Wahn gewiegt, daß sie sich gegen die Arbeiter auch schon alles herausnehmen darf. Die Ausnahmebestimmungen im Vereinsgesetz gegen die polnischsprechenden Arbeiter und gegen die Jugendlichen, die Kontraktsklaverei der Ausländer — sie dienen alle demselben Zweck, das **Koalitionsrecht der Arbeiter möglichst wirkungslos zu machen!** Am 8. Juni muß der preußischen Regierung eine deutliche Antwort gegeben werden! Eine machtvolle Demonstration bei den Wahlen muß sie lehren, daß die Geduld der Arbeiter ihre Grenze erreicht hat! Wirksamen Widerstand aber wird der maßlosen Arbeiterfeindlichkeit der preußischen Regierung erst entgegengesetzt werden können, wenn die Arbeiter in Preußen sich das **gleiche Recht** und **eine mächtige Vertretung im Landtag** geschaffen haben werden!

Aus dem Wahlkampf.

Freisinnig!

Breslau, 24. April. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Freisinnigen lehnten es ab, gegen sozialdemokratische Unterstützung der freisinnigen **Kandidaten** ein Landtagsmandat an die Sozialdemokratie abzutreten. Der Freisinn stellt drei Beamte als Kandidaten auf.

Vom verblockten Freisinn war ja etwas anderes nicht zu erwarten. Er teilt lieber mit den nationalliberalen Feinden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts! —

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Da die Freisinnigen aller Schattierungen uns fortgesetzt einzureden versuchen, daß die Reform des Preußenwahlrechts am besten durch eine Vermehrung der liberalen Landtagsabgeordneten erreicht werde, so kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, wie die Liberalen sich in der Praxis noch stets und überall gegenüber der Wahlrechtsfrage verhalten haben. Nach den bekannten Verschlechterungen des Wahlrechts in Kiel, Lübeck, Hamburg usw. war im April vorigen Jahres Rostock an der Reihe. In Rostock herrschte schon vorher weder das allgemeine, noch das gleiche Wahlrecht zur Bürgervertretung. Vielmehr waren nur diejenigen Einwohner über 25 Jahre wahlberechtigt, die sich das Bürgerrecht für 15 M. gekauft hatten. Und diese wählten keineswegs gleichmäßig, sondern in drei Klassen nach dem Einkommen: wer mehr als 4000 M. im Jahre einnahm, gehörte zur ersten Klasse, mit 1301 bis 4000 M. Jahreseinkommen gehörte man zur zweiten Klasse, mit weniger zur dritten, und jede Klasse wählte 20 Bürgervertreter auf je sechs Jahre. Auf diese Weise war das Wahlrecht der Armen arg eingeschränkt. Von mehr als 10 000 Einwohnern, deren jährliches Einkommen weniger als 1300 M. betrug, hatten nur 712 Mann das Bürgerrecht kaufen können. Damit waren die liberalen Herren recht zufrieden, bis es trotz alledem gelang, drei Sozialdemokraten in die Bürgervertretung hineinzubekommen. Flugs arbeitete der Rat ein neues Wahlgesetz aus mit der ausdrücklichen Begründung, die dritte Wählerklasse **vor der „Auslieferung an die Sozialdemokratie" bewahren** zu wollen. Es wurde das Einkommen der ersten Klasse auf 6000 M., das der zweiten auf 2500—6000 M. erhöht, so daß nunmehr alle, deren Einkommen unter 2500 M. bleibt, zur dritten Klasse gehören. Und diesem Gesetz **stimmte die liberale Bürgervertretung ohne weiteres zu!**

Wer bürgt uns dafür, daß eine verstärkte liberale Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause nicht auch, falls ein paar Sozialdemokraten hineinkommen, freudig für Maßregeln zu haben ist, um das Parlament „vor der Auslieferung an die Sozialdemokratie zu bewahren"?

Vom Zentrum aufgedeckter Zentrums-Wahlschwindel!

Das Zentrum entpuppte sich als **Feind** und **Hemmschuh** einer demokratischen Wahlreform, als es die Wahlparole ausgab, die **Konservativen**, diese ärgsten Gegner jeder Wahlreform, nach Kräften zu unterstützen. Unsere Brandmarkung dieser schamlosen Verrätertaktik sucht die Zentrumspresse mit den lendenlahmsten Ausreden zu parieren. So schreibt heute die „Köln. Volks-Ztg.":

Robert Schweichels Ausweisung aus Berlin 1855.

Heute vor einem Jahre schied Robert Schweichel aus dem Leben. Unzählige Kränze mit roten wallenden Schleifen haben wir dann seinem Sarge nachgetragen. Und mit Recht: denn er war unser seit vierzig Jahren!

Schon 1848 saß der preußische Referendar nicht mehr am Tische der heiligen Göttin Justitia. Dafür hatte er die Sache der Arbeiterschaft zu der seinigen gemacht. Die gerade auch in der „Stadt der reinen Vernunft" so unvernünftig als möglich wütende Reaktion fegte ihn vom Heimatsboden hinweg. Schwarz-Gold war verblichen; Rot war geblieben! Ungebeugten Hauptes ging der Dreiunddreißigjährige ins schweizerische Exil! Das war 1854 im Herbst.

In Lausanne am Genfer See siedelte er sich an. Rührte die Feder und lehrte an Instituten und an der Akademie. Ein knappes Jahr später war er Mitdirektor einer „Ecole pratique", die mit einem Pensionat verbunden war. Nun konnte er seine Braut heimführen. Schon am 15. September reiste er nach seiner Heimatsstadt Königsberg. Nichts störte die schönen Tage seines Verweilens in der alten Pregelstadt; und wohlgemut trat er fast unmittelbar nach der Hochzeit mit seiner jungen Frau die Rückreise nach Lausanne an. Selbstverständlich führte sie über Berlin. Die Zeit verging während der Fahrt im Fluge. Am nächsten Morgen, als es tagte, winkte dies erste Rastziel verlockend näher und näher.... Und jetzt hat Schweichel das Wort!

„Wir waren in Berlin," erzählte er mir. „Aber es gab nur einen einzigen Ausgang von dem Bahnsteig; alle anderen Türen waren verschlossen. Vor dieser allein offenen Türe, durch welche der Strom der Reisenden langsam, gleichsam in Tropfen, abfloß, stand wie der Engel vor dem Paradiese in Helm und Schwert ein Polizist.

„Paß!" —

Als er den meinigen durchgesehen hatte, murrte er mit einer Armbewegung: „Beiseite treten!"

Meine Frau warf mir einen betroffenen Blick zu. Ich drückte ihr beruhigend die Hand und hielt diese in der meinigen fest, bis wir uns mit dem modernen Erzengel allein auf dem Perron befanden. Darauf drückte er sich seinen Helm fester und erklärte, daß ich verhaftet sei.

„Auch meine Frau?"

Er sah diese mit einem halb erstaunten, halb mitleidigen Blick an und versetzte: „Nein, dazu hab ich keinen Befehl."

„Sie darf also in ein Hotel fahren?"

Er bejahte und schickte den Kellner des Wartezimmers, vor dem wir uns befanden, nach einer Droschke. Meine Frau war tödlich blaß geworden, aber sie war rasch gefaßt als ich sie in die Droschke hob, nachdem ich dem Kutscher das Hotel genannt, wohin er fahren sollte.

Der Polizeimann hatte uns bisher treu behütet. Jetzt verlangte er meinen Gepäckschein und ließ durch einen Packträger unsere Koffer in das Polizeibureau des Bahnhofs schaffen.

Der Beamte deutete auf einen der Stühle.

„Danke! — Es wäre mir erwünschter, zu erfahren, weshalb ich verhaftet bin."

„Glaub ich wohl. Aber ich kenne den Grund selbst nicht. Führe nur die Befehle aus, die mir von der vorgesetzten Behörde aufgetragen werden."

Hiermit trat er an den Telegraphenapparat und begann darauf zu klappern.

„Was ich Sie fragen wollte", wandte er sich wieder zu mir. „Wir haben Sie schon seit einiger Zeit hier erwartet. Sie sind doch über Berlin nach Königsberg gereist?"

Ich glaubte ihm nicht, daß meine Reise von Lausanne an die preußische Polizei denunziert sein sollte und antwortete ihm nur kurz: „Allerdings, und ich habe damals hier in einem Hotel genächtigt."

„Wunderbar!" Er schüttelte den Kopf und schaute nachdenklich auf die beiden Koffer und eine Kiste, woraus mein Reisegepäck bestand. „Also, Sie sind in Königsberg geboren und wohnen am Genfer See: Dann müssen Sie ja auch Ihren Landsmann Dr. Albert Dulk kennen, der bei Montreux am See wohnt?"

„Den kenne ich allerdings sehr gut."

„Ich auch", rief er lebhaft. „Von seiner Reise durch Aegypten werden Sie ja wissen; ich bin damals sein Reisebegleiter gewesen und zurück nach Neapel und durch Italien. Man hat ja nicht immer in dieser Uniform gesteckt, wissen Sie. Das war eine schöne, schöne Zeit, und der Doktor so ein prächtiger Mensch!" Seine Augen leuchteten, und er schloß mit einem Seufzer.

Er hatte mich mißtrauisch gemacht und ich blieb es. Möglich, daß er mich nur über Dulk ausholen wollte? Mochte es nun damit beschaffen sein, wie es wollte, mein preußischer Schutzgeist fuhr noch eine Weile fort, von der Milfahrt zu schwärmen; dann sprang er von seinem Stuhl mit den Worten auf: „Aber jetzt zum Geschäft: Ich habe den Befehl, Ihr Reisegepäck zu durchsuchen — nach gefährlichen Briefen und Schriftstücken."

„Hier sind die Schlüssel! — Aber glauben Sie denn, daß jemand, der mit seiner nur eben angetrauten Frau nach Hause reist, wirklich so borniert sein kann, seine Koffer mit staatsgefährlichen Papieren vollzustopfen?"

„So borniert oder so schlau", murmelte er und betrachtete sinnend das Gepäck. „Na, wissen Sie was? Ihre Frau würde gewiß sehr ärgerlich sein, wenn sie entdeckte, daß einer ihre sauber gepackten Sachen wüst durchwühlt hat. Geben Sie mir also Ihr Ehrenwort, daß nichts Verdächtiges drinnen ist, so will ich nicht nachsuchen. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß auf dem Polizeipräsidium, wohin ich Sie von hier schicken muß, Ihre Sachen nochmals visitiert werden könnten. Fände man etwas, so käme ich in des Teufels Küche, und Ihnen wäre nicht geholfen."

Ich gab ihm mein Ehrenwort mit Handschlag und er schien froh zu sein, daß ihm die Arbeit der Visitation erspart blieb.

„Uebrigens kann ich Ihnen im Vertrauen sagen, daß Sie ein ganz hübsches Verzeichnis von Sünden auf sich haben," fuhr er fort und schlug das dicke Buch auf dem Pult auf. „Da sehen Sie!"

Zwei Foliofeiten waren mit meinem Sündenregister angefüllt. Olle Kamellen! Interessant aber war die Ueberschrift, aus der hervorging, daß das Ganze eine telegraphische Depesche des Polizeipräsidiums in Königsberg war.... Mir wurde daraus klar, warum man mich dort nicht belästigt hatte. Man wollte meine Papiere in die Hände bekommen, und das geschah am sichersten und vollständigsten, wenn ich in Berlin festgehalten und mein Gepäck mit Beschlag belegt wurde....

Inzwischen klingelte der Telegraph.

„Vom Polizeipräsidium! — Ihre Frau soll auch mitkommen. Na, holen wir sie also auf dem Weg zum Molkenmarkt ab!"

Eine Droschke wurde geholt, das Gepäck obenauf geladen, und wir fuhren nach dem Hotel, neben mir der Polizeimann mit heruntergelassener Schuppenkette seiner Pickelhaube . . .

In dem Hotel blieb er in der Vorhalle, während ich nach dem Zimmer hinaufsprang. Als ich meiner Frau mitteilte, daß sie mich zu dem Schlußakt begleiten müßte, war sie ganz gefaßt, nickte nur und beeilte ihre Toilette.

Der Polizeibeamte, der uns im Wagen gegenüber saß, erregte auf der Fahrt durch die belebten Straßen manche unliebsame Neugierde. Er scherzte: „So werden Sie wenigstens ein Reiseabenteuer erlebt haben, gnädige Frau!" Und diese versetzte ernst: „Das aber nur für den Unbeteiligten unterhaltend ist." —

„Der „Vorwärts“ macht heute geltend, daß das Zentrum die Konservativen nicht bekämpfen wolle, die doch die energischsten Gegner der Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen seien; damit sei der Beweis geliefert, daß das Zentrum es mit seiner Forderung des gleichen und geheimen Wahlrechts nicht ehrlich meine. Der „Vorwärts“ würde mit dieser Argumentation vielleicht recht haben, wenn der bevorstehende Wahlkampf für die Frage der Wahlrechtsreform irgendwie von Bedeutung wäre. Das ist aber **rundweg zu verneinen.** Die Wahlrechtsfrage spielt in dem Wahlkampfe eine ganz untergeordnete Rolle — leider sagen wir, aber damit ist die Tatsache nicht aus der Welt geschafft.“

Dieser Verteidigungsversuch enthält nur die Bestätigung, daß das Zentrum den Wahlkampf **ohne jede Rücksicht auf die Wahlreform,** im Gegenteil zur **Befestigung der wahlrechtsfeindlichen Reaktion** führt!

Aber die Entgegnung ist auch sonst beispiellos täppisch. Das rheinische Zentrumsblatt gibt zu, daß unsere Argumentation berechtigt sei, wenn die Wahlrechtsfrage im Wahlkampfe eine Rolle spiele. Nun heißt es aber in dem **Wahlaufruf der Zentrumsfraktion,** den die „Köln. Volksztg.“ auf derselben Seite abdruckt, wörtlich:

„Wir glauben erwarten zu dürfen, daß der neugewählte Landtag alsbald mit einer entsprechenden Vorlage befaßt werden wird. Die bevorstehenden Wahlen sind schon deshalb von einer **ganz besonderen Wichtigkeit.** Denn mit der **so notwendigen gründlichen Aenderung** des Wahlrechtes entscheiden sie auch auf Jahre hinaus über die Gestaltung der inneren Politik Preußens.“

Die „Köln. Volksztg.“ erklärt also auf derselben Seite, auf der sie diese parteioffizielle Erklärung abdruckt, den auf das Wahlrecht bezüglichen Teil des Aufrufs für **Bauernfängerei** und **Schwindel!**

Wir quittieren dankend diese ungewollte Aufrichtigkeit!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April 1908.

Die guten Prinzipale.

Der Zentralverband deutscher Industrieller ist selbstverständlich gegen jede Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Kontoren, da durch solche Maßnahmen erstens die Herren Prinzipale in ihrem Haus- und Verfügungsrecht beeinträchtigt, und zweitens die Handlungsgehülfen in ihrer Freiheit und ihrem Arbeitseifer beschränkt werden. Er hat deshalb Ende vorigen Jahres an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der er prinzipiell bat, den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik auf Regelung der Arbeitsverhältnisse in Kontoren und sonstigen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkehrsstellen verbunden sind, keine Folge zu geben. Bisher war der Text dieser Eingabe nicht bekannt; doch jetzt wird er in verschiedenen bürgerlichen Blättern mitgeteilt. Nach diesen Mitteilungen weist im allgemeinen Teil seiner Ausführungen der Zentralverband darauf hin, daß nach den kontradiktorischen Verhandlungen im Beirate für Arbeiterstatistik selbst nur in einzelnen Fällen Mißbräuche vorgekommen sind, in der großen Mehrzahl der Betriebe aber durchaus angemessene Zustände herrschen. Er betont ferner, daß eine schematische Regelung und Kontrolle der Arbeitsverhältnisse in geschlossenen Kontoren usw. noch erheblich weniger durchführbar und viel lästiger als in offenen Verkaufsläden ist. Auch herrsche zwischen den Handlungsangestellten und den Prinzipalen ein gewisses Vertrauensverhältnis weit mehr als zwischen den Arbeitgebern und der Menge der Handarbeiter.

„Sind“, so heißt es dann wörtlich weiter, „keine Zwangsbestimmungen vorhanden, so werden die nötigen Arbeiten von einsichtigen Angestellten nach Möglichkeit sofort erledigt. Gilt es aber gesetzlich einschränkende Vorschriften, so können noch so gerechtfertigte Ueberschreitungen eher Mißmut und Mißtrauen erwecken, das gute Einvernehmen zwischen Prinzipal und Angestellten stören, zur Verhetzung und Denunziationen Anlaß geben. Die Beamten in der Industrie und im Kaufmannsstand, die doch auch sozial eine wesentlich andere Stellung für sich in Anspruch nehmen und haben sollen als die Arbeiter, vermögen zum Teil eine vermittelnde Wirksamkeit zwischen letzteren und den Arbeitgebern innezuhalten und somit gedeihlich zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu schaffen. Da sollte man ohne Not nicht alle Angestellten sozialgesetzgeberisch auf einem Fuße mit den Arbeitern behandeln und aus einer immerhin noch würdigeren und gedeihlicheren Vertrauens- und freieren Mittelsstellung herausschaffen. Eine Firma aus unserer Mitgliedschaft kleidet diesen Gedanken in die drastischen Worte: „Durch solche Beschlüsse sinkt das Ansehen der Handlungsangestellten, die den Maurern gleichgestellt werden und mit dem Glockenschlag die Kelle einfach hinwerfen.“ Eine andere sagt noch schärfer: „Es heißt das Ehrgefühl und das Geschäftsinteresse der Angestellten systematisch untergraben.“ Die Handelskammer Oppeln bemerkt: „Die Gefahr liegt vor, daß der Stand der Handlungsgehülfen und seine Leistungsfähigkeit zu der Stufe eines Lohnarbeiters mit mechanischer Beschäftigung herabgedrückt wird.“

Es ist die bekannte Litanei. Die Herren Prinzipale wollen die Arbeitszeit nicht etwa deshalb nicht beschränkt wissen, weil sie nicht an der Ausnutzung der Arbeitskräfte ihrer Angestellten gehindert sein wollen, sondern lediglich im eigenen Interesse der von ihnen beschäftigten Kontoristen; denn sobald ein solcher eine oder zwei Stunden weniger im Kontor beschäftigt ist, als bisher, wird sofort sein „Ehrgefühl und sein Geschäftsinteresse“ systematisch untergraben.

Reif für das Lob Knuten-Oertels.

Das Bündlerorgan die „Deutsche Tages-Ztg.“, läßt sich dazu herab, der Freisinnigen Vereinigung wegen der Abschüttelung der Barth-Gruppe huldvollst seine Anerkennung auszusprechen. Knuten-Oertel „gratuliert“ der Freisinnigen Vereinigung dazu, „daß sie wenigstens soviel Selbstbewußtsein besaß, die schlimmsten Schreier von sich abzuschütteln.“ Ein besonderes Lob erhält Herr Naumann für die „verständige Art, wie er die Führer der Freisinnigen Volkspartei und selbst die „Freis. Ztg.“ in Schutz nahm“. Diese Haltung lasse erkennen, daß Naumann „ernstlich bemüht“ sei, „noch weiter Anschluß nach rechts zu suchen“. Im Prinzip wolle Naumann freilich, wie er erklärt habe, der „Barth-Naumannschen Taktik“ eines eventuellen späteren Zusammengehens mit der Sozialdemokratie treu bleiben. Aber seine Beteuerungen nach dieser Richtung hin seien nur eine „feuilletonistische schöne Formel“ — **„mit Naumann hat es einstweilen keine Not!“** So urteilt, wohlgemerkt, das Bündlerorgan!

Nachdem das Organ für Lebensmittelwucher, Gesindesklaverei und Volksknebelung dergestalt die Pachnicke-Heckscher-Naumann-Partei mit diskreditierendem Lobe bedacht, versetzt es der Freisinnigen Volkspartei eine noch ärgere Anerkennung:

„Und eine weitere Besserung kann man vielleicht von dem nächsten Schritte der Partei erwarten, den der Abgeordnete Schrader in Frankfurt als nahe Notwendigkeit bezeichnete: dem Zusammenschlusse mit der Freisinnigen Volkspartei. Erst diese Fusion würde die „Vereinigung“ vor einem Zurückfallen in die Rolle eines Schrittmachers der Sozialdemokratie wirksam bewahren. Vielleicht werden dann auch die in der Partei zurückgebliebenen Freunde Barths und Gerlachs ihr Bündel schnüren; eventuell wird, wenn sie sich nicht inzwischen erziehen lassen, die dann hergestellte „große“ freisinnige Partei mit ihnen kurzen Prozeß machen.“

Selbst liberale Kreise sollten sich doch sagen: **Wie tief muß der Freisinn gesunken sein, um sich eine solche Vertrauenskundgebung des Bündlerorgans verdient zu haben! —**

Die Schnurrbarts-Epoche.

Eine neue Epoche der preußischen Kulturentwickelung steht bevor. Der Kaiser hat seine Neigung für den schönen nach aufwärts gewirbelten Hadybart aufgegeben, und nun werden alle jene Schnurrbartsbesitzer, die aus patriotischer Gesinnung bislang unter Benutzung von Schnurrbartbinden und ähnlichen Marterinstrumenten ihre Schnurrbartspitzen ebenfalls nach oben zum blauen Himmel emporzwangen, sicher gleichfalls ihre Vorliebe für den Habybart ändern und die neue kaiserliche Barttracht nachahmen. Welche Revolution auf dem Gebiete der Schnurrbartpflege dadurch hervorgerufen wird, ist kaum auszudenken. Man stelle sich nur mal vor, welche Veränderung allein schon in den Leutnantsphysiognomien durch dieses Ereignis heraufbeschworen wird. Vielleicht werden sogar noch manche Verlobungen aufgehoben. Und doch ist der Anlaß zu dieser großen Umwälzung ein so kleiner, wie die „Inf.“ berichtet. Beim Anzünden einer Zigarette wurde nämlich die linke Bartspitze des Kaisers bis über die Hälfte versengt, was zur Folge hatte, daß auch die rechte entsprechend gestutzt wurde. Die neue Barttracht fand den Beifall der Kaiserin, worauf sich der Kaiser entschloß, sie beizubehalten. Uebrigens zeigt bereits das Bild des Kaisers als Doktor von Oxford die neue Tracht.

Aerztliche Gesinnungsschnüffelei!

Ein Arbeiter in Königsbrück bei Dresden, der Mitglied eines auswärtigen Militärvereins war, wollte wegen Krankheit die Unterstützungseinrichtung des Vereins in Anspruch nehmen, benötigte aber zu diesem Behufe eines ärztlichen Attestes. Er wandte sich an den ihn behandelnden Arzt Dr. Hallenberger. Dieser Jünger Aeskulaps aber, der nebenbei Marineoffizier des Beurlaubtenstandes ist, verweigerte die Ausstellung mit folgender „gesinnungstüchtigen“ Motivierung:

„Der Erkrankte habe am 25. Januar 1907 mit sozialdemokratischen Stimmzetteln vor einem Wahllokal gestanden, demzufolge könne er Unterstützung von einem Militärverein nicht erhalten, und er als Arzt müsse das Attest verweigern!“

Trotz der Sonderbarkeiten mancher Aerzte dürfte diese Gesinnungsschnüffelei immer noch den Reiz der Neuheit für sich haben.

Zur Eulenburg-Affäre.

Die Anklage wegen Meineids ist bisher gegen den Fürsten Eulenburg noch nicht erhoben, doch ist die Staatsanwaltschaft bereits so weit, daß sie mit dem Ermittelungsverfahren beginnt. Wie offiziös mitgeteilt wird, soll dieses Verfahren mit möglichster Beschleunigung und ohne Rücksicht auf Stand und Stellung des Beteiligten durchgeführt werden. Das Ergebnis läßt, heißt es in dieser Meldung, sich zunächst gar nicht voraussehen, „da selbstverständlich erst der Beschuldigte gehört und die belastenden Zeugenaussagen auf ihren Wert geprüft werden müssen“.

Bankrott der Fürsorgeerziehung.

Der soeben erscheinende Bericht des schlesischen Landeshauptmanns über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für 1907 bestätigt aufs neue, daß die heutige Fürsorge vielfach eine Schule des Verbrechens, eine Massenzüchtung von Verbrechern bedeutet. Die Zahl der zwangsweise der Fürsorgeerziehung überwiesenen Zöglinge stieg um 48 auf 822 (567 männliche, 255 weibliche). Die Anstalten Wohlau und Grottkau reichen bereits nicht mehr aus, da die Zahl der „Unverbesserlichen“ Jahr für Jahr zunimmt. Trotz Gewalt, Bibelsprüchen und Peitsche! Der Bericht konstatiert, daß die Erfolge sehr mager gewesen seien, daß man aber „die traurigsten Erfahrungen“ habe machen können und daß die „Mißerfolge unverkennbar“ zutage getreten seien. Und dann zählt der Bericht an „Erziehungs“-Resultaten auf:

„Im Oktober 1906 mußte das Schwurgericht zu Hirschberg drei Fürsorgezöglinge zum Tode bezw. langen Freiheitsstrafen verurteilen, weil sie einen vierten in grausamer Weise ermordet hatten; in Wohlau versuchte ein Zögling seinen Erzieher in Gegenwart des Anstaltsvorstehers zu erstechen, nur weil er getadelt worden war; in Herzogswaldau bei Jauer erschlugen zwei Fürsorgezöglinge ihren Dienstherrn, weil er sie nicht zur Kirmes beurlauben wollte, und das Brieger Schwurgericht mußte zwei im dortigen Gefängnis untergebrachte Fürsorgezöglinge aus Wohlau zu mehrjähriger Zuchthausstrafe wegen schwerer Meuterei und Körperverletzung verurteilen.“

Und so weiter.

Jetzt will man, da Peitsche und Brutalität versagt, ein anderes Mittel versuchsweise anwenden: Man will mit den in der Nähe der Anstalt wohnenden Dienstherren, Fürsorgern und Lehrherren periodische Zusammenkünfte zwecks zwangsloser Aussprache über Erziehungsfragen arrangieren, um auf diese Weise Erzieherfamilien heranzubilden. Vor allem aber wird auch in diesem Bericht wieder die ultima ratio aller Erzieher empfohlen: Religion, Religion und wieder Religion! Daneben Gesang und (Hohenzollern-) Geschichte. Alles das, was man bisher bereits bis zum Ueberdruß versucht hat. Und immer vergeblich. Der Direktor der größten der beiden Anstalten, Herr Hülsberg aus Wohlau, hat seinerzeit auf dem Fürsorgeerziehungstag in Breslau den Bankrott offen zugegeben! Er sagte: „Die Knaben entlaufen geradezu aus den Anstalten, um Verbrechen begehen zu können, die sie nachher dem Gefängnis zuführen. Ja, der Abscheu gegen die Fürsorgeanstalten geht sogar so weit, daß viele Jugendliche sich der schwersten Vergehen schuldig machen, nur um recht lange Gefängnisstrafen zu bekommen, damit sie nicht mehr in die Anstalt zurückbrauchen ... Aus ihnen wäre sehr wohl noch etwas zu machen gewesen, wenn sie zur rechten Zeit noch in eine andere Atmosphäre gekommen wären.“

Leider sind nicht alle Leiter solcher Anstalten so vernünftig und auch Herr Hülsberg ist (ob seiner Humanität?) bald darauf nach Kassel versetzt worden. Heute will mans wieder mit der Religion versuchen, die seit 2000 Jahren die unaufhörliche Zunahme aller Verbrechen nicht zu hindern vermochte. Auch die Fürsorgeerziehung gehört zu den Knackmandeln der kapitalistischen Gesellschaft, an denen sich noch mancher soziale Quacksalber die Zähne ausbeißen wird. —

Oesterreich-Ungarn.

Ein russischer Lockspitzel.

Auf das Treiben der russischen Polizei im Auslande wirft eine Meldung des „Berl. Tagebl.“ einiges Licht. Danach wurde gestern in Lemberg ein Agent der russischen Geheimpolizei namens Janicki verhaftet, der polnische Studenten zu Konspirationen verleitete und anderen Personen Geld entlockte unter der Vorspiegelung, es handele sich um die Ermordung des Generalgouverneurs von Warschau, Skalon. Gleichzeitig denunzierte er aber die jungen Leute, die sich mit ihm eingelassen hatten.

Frankreich.

Die Lieferungsskandale.

Paris, 24. April. In Rochefort hielt der Unterpräfekt gestern eine Inspektion über 16 Schlachthäuser ab, von denen eine ganze Anzahl als gesundheitswidrig befunden wurde. Die Schließung dieser Schlachthäuser wird wahrscheinlich heute erfolgen.

Belgien.

Die Kongofrage.

Den Annexionsgelüsten Belgiens ist eine neue Schwierigkeit erwachsen. Sir E. Grey verständigte die belgische Regierung, daß Großbritannien die Angliederung des Kongostaates an Belgien nur dann annehmen werde, wenn die Zwangsarbeit abgeschafft und der Freihandel für alle Nationen im Kongobecken anerkannt werde. Die belgische Regierung hat vorläufig noch nicht geantwortet, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Forderung der englischen Regierung völlig berechtigt ist und den Bestimmungen der Kongoakte entspricht. Für die belgische Regierung bedeuten die Forderungen Englands deshalb eine Verlegenheit, weil große Teile des Kongostaates Monopolgesellschaften, an denen zumeist der König mitbeteiligt ist, zur Ausbutung überlassen sind. Die Abschaffung dieser Privilegien würde aber beim König schwer durchzusetzen sein.

Italien.

Ein Nachwort zur Flottendemonstration.

Rom, den 21. April.

Die herrschenden Klassen Italiens haben sich in den Ostertagen für verhältnismäßig wenig Unkosten patriotische Genugtuungen und Hochgefühle verschafft. Da sich die europäischen Mächte schon einmal gewöhnt haben, in der Türkei zu schalten und zu walten wie im eigenen Hause, war nichts natürlicher als das energische Aufmucken wegen der Hindernisse, die die Hohe Pforte der Eröffnung italienischer Postämter entgegenstellte. Man nennt das: Rechte geltend machen. Es sind das eben die berühmten „Rechte“, kraft deren die Starken sich in den Besitz der Schwachen teilen.

Es war vorauszusehen, daß die Türkei sehr schnell nachgeben würde, ohne es zu einer Okkupation einer der Inseln im Aegäischen Meere kommen zu lassen. Seit Jahr und Tag gibt die Türkei nach, sobald eine Forderung mit Nachdruck geltend gemacht wird. Zu verwundern ist nur, daß Italien gegen die türkische Flotte, die kaum mehr ist als ein Name, eine so große Gemacht geschickt hat: drei Divisionen mit 6178 Mann, 329 Offiziere und 450 Kanonen. Sollte man die Gelegenheit zu einem Mobilisationsversuch

---

Der alte, unheimlich graue Bau, dessen Portal dem Flugloche eines Bienenkorbes ähnelte, lag damals noch auf dem Mollenmarkt. Ein nur mäßig großes Zimmer, an dessen offener Tür ein Polizist Wache stand, nahm uns und unser Gepäck auf. An einem langen Tische an der Wand saßen zwei oder drei Beamte, welche schrieben. Sie kehrten den Rücken den zahlreichen Anwesenden zu, von denen sie den einen oder anderen zu sich riefen. Es waren nur Männer gegenwärtig. Aus einem Wartezimmer, dessen offene Tür ebenfalls von einem Polizisten bewacht wurde, vernahmen wir aber weibliche Stimmen, denen der grobe Baß des Postens zuweilen Ruhe gebot. Stühle fehlten; wir benutzten daher unsere Koffer. Und so saßen wir denn in der Ecke und schauten wartend und wartend auf die meistens kümmerlich, ja selbst in Lumpen gehüllte Menschen, die gleich uns ihres Schicksals harrten. Boten gingen mit Akten und Schriftstücken ein und aus; wir schienen nicht vorhanden zu sein. Stunden verflossen. Da winkte ich dem einen Boten, nannte ihm meinen Namen und ersuchte ihn, indem ich ein Trinkgeld in seine Hand gleiten ließ, nachzuhören, ob meine Sache bald an die Reihe käme. Als er zurückkehrte, gab er mir ein Zeichen nach einem der Beamten am Tische zu, und gleich darauf wurden unsere Namen aufgerufen.

Der Inhalt des Schriftstückes, das mir vorgemurmelt wurde, lief darauf hinaus, daß ich aus Berlin ausgewiesen wurde und den nächsten Bahnzug mit meiner Frau zu unserer Abreise zu benutzen hätte. Meine Wiederkehr nach Berlin wurde mit strenger Strafe bedroht. — Dann wurde ich gefragt, ob ich das nötige Reisegeld hätte?

„Und wenn nicht, würde die Polizei es mir geben?“

„Dann würden Sie und Ihre Frau mit einem Teil der Leute, die Sie hier sehen, zu Fuß von der Polizei zur Stadt hinaus transportiert werden.“

„Nun gut, das Reisegeld hätte ich.“

„Dann unterzeichnen Sie!“

„Aber über die wichtigste Frage hat mir Ihre Vorlesung keinen Aufschluß gegeben. Wenn man bestraft wird, so muß es dafür auch einen Grund geben. Weshalb werde ich zur Ausweisung verurteilt?“

Der Beamte stutzte. Dann sagte er: „Nun, den Grund werden Sie selbst wohl am besten wissen.“

Ich verneinte.

„Gleichviel, ich habe Ihnen den Grund nicht anzugeben,“ entgegnete er. „Das Polizeipräsidium hat Ihre Ausweisung verfügt, also unterzeichnen Sie!“

„Nicht eher, als bis ich den Grund erfahre.“

„Meinetwegen,“ sagte er gedehnt. „Wenn Sie so viel Zeit haben?“

„Sie meinen?“

„Daß Sie so lange hier in Haft bleiben, bis Ihr Name unter dieser Verfügung steht.“

Nun — ich unterzeichnete. —

Unterdessen hatte der Beamte in einem Eisenbahnkursbuch geblättert.

„Der nächste Zug für Sie geht um fünf Uhr und einige Minuten vom Potsdamer Bahnhof nach Frankfurt a. M. ab.“ . .

Ein kurzer, steifer Kopfnicker, und wir waren — bald hätte ich gesagt: frei. Aber es gab damals noch weniger Freiheit in Preußen als heute. . . .

Abgespannt und aufgeregt zugleich von der Tortur, die länger als sechs Stunden gedauert hatte, ließen wir uns im Hotel zunächst ein Beefsteak geben. Dann nahmen wir in der Eile noch von einer offenen Droschke aus Berlins Prachtstraße Unter den Linden in Augenschein. Ich wollte meiner mutigen Lebensgefährtin doch wenigstens etwas von der gastfreien Haupt- und Residenzstadt zeigen! —

Auf dem Potsdamer Bahnhofe, in unmittelbarster Nähe des Billettschalters, wieder ein Schutzmann in Dienst: mit Pickelhaube und herabgelassener Schuppenkette! Er horchte scharf hin, als ich die Fahrkarten für uns löste, worauf er eine dicke Brieftasche unter dem Rock hervorzog und etwas hineinschrieb. . . .

Glücklicher Sterblicher, beglückwünschte ich mich: dein Leben liegt angefangen und beschlossen in der Sancta Casa heiligen Registern!

Wir atmeten tief auf, als der Zug aus dem Bahnhofe hinauswollte. —

* * *

Erst sieben Jahre später durfte Schweichel sein schweizerisches Exil mit Berlin vertauschen. Zwar zwang ihn die Not des Lebens, bald wieder weiter zu gehen, indem er sich für die nächsten fünf Jahre vorerst in Hannover, sodann in Leipzig redaktioneller und agitatorischer Tätigkeit widmete. Seit 1869 hat er aber in Berlin und Schöneberg seinen ständigen Wohnsitz gehabt. Hier ist er auch gestorben. Ein schlichter Marmorstein, ihm von seiner edlen Frau und tapferen Mitkämpferin gestiftet, bezeichnet die Stelle auf dem Schöneberger Friedhofe, wo Robert Schweichels Gebeine ruhen.

Ernst Krcowski.

der Seemacht benutzt haben, oder bestanden wirklich Absichten zu einer Aktion in Tripolitanien? Wir glauben nicht an kriegerische Absichten. Die italienische Regierung hat im eigenen Hause genug zu tun und weiß, daß die Kolonialabenteuer recht gefährliche Blitzableiter sind. Auch wäre nicht einzusehen, warum die Genugtuung von seiten der Türkei, an deren Gewährung nicht gezweifelt werden konnte, die kriegerischen Pläne durchkreuzen sollte. Wenn die Sache der Postämter nur ein Vorwand gewesen wäre, so müßte die italienische Flotte auch nach dem Nachgeben der Türkei ihre Operationen gegen Tripolis fortsetzen.

Der Zeitpunkt, den man für die Demonstration gewählt, hat zu allerlei Vermutungen Anlaß gegeben. Die einen sagen, die italienische Regierung habe das Placet des Deutschen Reiches abwarten wollen, ehe sie gegen die Türkei vorging. Andere behaupten, daß die Frage der Postämter erst in diesen Tagen akut geworden sei. Die Diplomatie wird sich kaum in die Karten sehen lassen — auch über das ob und wie des deutschen Einflusses wird man nicht leicht ins Klare kommen. Der „Avanti" meint, daß von deutscher Seite der Türkei jeder Widerstand widerraten worden sei — aber ausschlaggebend dürfte die eigene Zerrüttung und Machtlosigkeit gewesen sein. Sicher ist es, daß für die Wahl des Zeitpunktes auch der Umstand bestimmend war, daß das Parlament nicht tagte. Die äußere Politik läßt sich nicht gern von den Kammern dreinreden. Sie hüllt sich in ein gewisses Dunkel, entzieht sich der Sanktion des Parlaments und ist noch immer mehr von dynastischen und persönlichen Einflüssen abhängig, als von den allgemeineren Interessen der herrschenden Klassen. Die bürgerlichen Illusionen über die Allmacht ihres Parlamentarismus zeigen ihre Haltlosigkeit am besten bei diesem plötzlichen Szenenwechsel der äußeren Politik: diesmal war's nur eine Demonstration, wenn es aber einmal ernst wird, verfährt die Regierung auch nicht anders.

Giolittis Dank.

Rom, 21. April.

Der Minister des Innern hat den Polizisten, die an der „Waffentat" in der Piazza del Gesu teilgenommen haben, eine Gratifikation zukommen lassen. Man höre und staune: Die Schwerverwundeten bekommen 5 Lire, die Leichtverwundeten 3 Lire, die, die beschimpft wurden 2 und die übrigen 1,50 Lire. Wahrlich, ein fürstlicher Dank! Wenn auch diesmal keiner Anspruch auf die 5 Lire erheben kann, die ihn für Lebenszeit sicher gestellt hätten, so ist doch zu hoffen, daß wenigstens für jeden der Wackeren eine Beschimpfung abgefallen ist. So großartig und feinfühlig Giolittis Dank sich auch äußert, so würden wir doch andere Grundsätze für die Verteilung der Gratifikation passender gefunden haben: Für jeden Toten unter den Arbeitern hätte er 5 Lire spendieren sollen, für jeden Verwundeten 3, für die Geprügelten und Beschimpften 2 Lire. Freilich hätte Giolitti da viel tiefer in den Beutel greifen müssen, aber diese Form hätte auch dem Sinne des Spenders viel besser entsprochen. Und ein andermal könnte dann der Ministerpräsident gewiß auf eine viel reichere Bluternte hinweisen, wenn er vor Kammer und Senat die Polizisten wegen ihrer Pflichterfüllung preist! —

England.

Eine Nachwahl.

Von den sechs Nachwahlen, die die Erneuerung des englischen Kabinetts erforderlich macht, hat gestern die erste in Dewsbury, einem Hauptsitz der Textilindustrie von Yorkshire, stattgefunden. Hier kämpfte der neue Unterrichtsminister Runciman um seinen Parlamentssitz. Seine Gegner waren Boyd Carpenter für die Konservativen und Genosse Ben Turner, ein Führer der Textilarbeiter, für die Arbeiterpartei. Bei den letzten Wahlen standen sich dieselben Kandidaten gegenüber. Damals erhielt Runciman 6764, Boyd Carpenter 2954, Turner 2629 Stimmen.

Gestern wurde Runciman zwar wiedergewählt, aber mit verringerter Stimmenzahl. Er erhielt 5594 Stimmen, Genosse Turner 2446, während sich die konservativen Stimmen auf 4078 vermehrten. Gegen die Liberalen stimmten diesmal die irischen Katholiken, die die neue Unterrichtsbill bekämpfen. Auch scheint die wirtschaftliche Depression den Liberalen viele Stimmen gekostet zu haben. Jedenfalls steigert die Behauptung des Sitzes die Hoffnungen der Liberalen, auch Nord-Manchester, wo Winston Churchill sich der Wiederwahl unterziehen muß, zu behalten. —

Indien.

Die Kämpfe an der Grenze.

Simla, 24. April. Die Mohmands rückten gestern in großer Anzahl von mehreren Seiten zum Angriff vor, wurden aber durch Geschützfeuer zurückgetrieben; auch ein gestern abend erfolgter Angriff auf die Brücke von Adizai wurde zurückgeschlagen. Zwei Brigaden sind beordert, sich unter dem Oberbefehl des Generals Willcocks an der Grenze zusammenzuziehen, während eine dritte Brigade in Peschawar als Reserve Aufstellung nimmt.

Simla, 14. April. General Willcock meldet: da die Aufständischen die Verbindungslinie bedrohten, habe er sie heute früh mit allen verfügbaren Truppen in zwei Kolonnen angegriffen und von den Verschanzungen vertrieben. Der britische Verlust beträgt 60 Mann; über die Verluste des Feindes liegt noch keine Nachricht vor.

Amerika.

Politische Morde.

Auf den Präsidenten Cabrera der Republik Guatemala wurde vor einigen Tagen ein Attentat ausgeübt. Der Präsident wurde leicht verwundet. Ueber die schauerliche Rache, die der Mensch genommen hat, berichtet ein Telegramm aus Guatemala City vom 23. April folgendes:

Präsident Cabrera hat den Vertretern der Mächte von der umfassenden Verschwörung gegen seine Person Mitteilung gemacht, die in dem neulichen Mordanschlag gipfelte. Achtzehn Rädelsführer wurden auf seinen Befehl hingerichtet. Nachdem so die Strafe vollzogen worden ist, befinden sich jetzt auch die übrigen Verschwörer in den Händen des Militärs, zusammen mit den wegen des Mordanschlages auf Cabrera im vergangenen Jahre Verhafteten. Eine Proklamation des Präsidenten sagt, er vertraue auf die Loyalität des Volkes und werde die Ordnung mit fester Hand aufrecht erhalten. Die Umstände sind auch in der Tat ernster Natur, obgleich an der Oberfläche alles ruhig ist. Militär bewacht die Stadt und die Geschäfte sind zum Teil geschlossen. In einigen Stadtteilen gärt es stark und es gibt manche, die nicht zögern würden, alles aufs Spiel zu setzen, um Cabrera aus der Welt zu schaffen, der sich seit einem Vierteljahr nur zwei- oder dreimal öffentlich hat sehen lassen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik im Autobau der A. E. G. Oberschöneweide dauert unverändert fort. Die in der verflossenen Woche stattgefundenen Verhandlungen zwecks Beilegung des Streiks haben sich zerschlagen. Der Betrieb ist für alle Metallarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik bei Hugo Hartung in Moabit nähert sich seinem Ende. Die Streikenden standen fest und einmütig zusammen, aber die Zahl der Streikbrecher mehrte sich im Laufe der sieben Wochen des Kampfes so sehr, daß von den 140 verlassenen Arbeitsstellen 124 besetzt werden konnten. In den Reihen der Streikenden und Ausgesperrten selbst war nur ein Mann wankend geworden. Die Arbeiter können stolz auf ihre feste Haltung sein. Am Freitagmorgen kamen sie zu einer Besprechung zusammen, in der von einigen Leuten der Vorschlag gemacht wurde, um eine Unterhandlung bei Herrn Hartung nachzusuchen, da man meinte, es müsse ihm doch daran gelegen sein, sich die vielen tüchtigen Kräfte unter den Streikenden zu erhalten. Es ist bekannt, daß Hartung sehr viele minderwertige Arbeiter angestellt hat. Diese sind neuerdings auch unzufrieden geworden, weil er die Löhne noch mehr herabgesetzt hat. Für den gelben Verein, dem sogenannten Unterstützungsverein der Arbeitswilligen, hat Hartung übrigens 2000 M. gespendet. — Die Versammlung wählte drei Leute aus ihrer Mitte, die mit Herrn Hartung unterhandeln sollten und heute vormittag über das Resultat der Verhandlung ihren Mitarbeitern Bericht erstatten werden.

Ein Streik der Fensterreiniger ist bei der Firma Karl Juhre, Fensterreinigungs-Institut, ausgebrochen. Die dort Arbeitenden sind wegen Maßregelung von zwei Putzern in den Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Lohnbewegung der Koffermacher.

In einer außerordentlichen Versammlung der Koffermacher, die am Donnerstag im Gewerkschaftshause stattfand, berichtete der Obmann Schulze von der Schlichtungskommission über den Stand der Lohnbewegung und erklärte, daß, wie die Dinge jetzt liegen, eine friedliche Einigung mit den Fabrikanten nicht möglich erscheint. Die Verhandlungen der Schlichtungskommission seien gänzlich ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber auch die geringste Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ablehnten. Sie hätten schließlich einen Vertragsentwurf vorgelegt, der im allgemeinen mit dem alten, am 30. April ablaufenden Tarifvertrag übereinstimmt, aber bis zum 30. Juni 1911 gelten, somit zu einer Zeit ablaufen soll, die für die Arbeiter höchst ungünstig ist. Außerdem fehlt in dem Entwurf die im alten Vertrag enthaltene Bestimmung über die Freigabe des 1. Mai. In dieser Hinsicht versicherten die Arbeitgeber allerdings ehrenwörtlich, daß den Arbeitern auch in Zukunft bei der Feier des Tages nicht das geringste Hindernis bereitet werden sollte. In den Vertrag könnten sie das jedoch nicht aufnehmen, weil sie an einem Beschluß des Arbeitgeberverbandes gebunden seien. Der Redner bemerkte hierzu, daß diesem Punkt eine allzu große Bedeutung nicht beizumessen sei, da ja die Koffermacher, auch wenn es nicht im Vertrag stehe, den 1. Mai nach wie vor feiern würden. Da aber die Arbeitgeber auch sonst keinerlei Entgegenkommen zeigten, waren die Verhandlungen als gescheitert anzusehen. Als nun die Arbeitnehmervertreter fragten, ob die Arbeitgeber dafür wären, daß die Schlichtungskommission in ihrer Gesamtheit das Einigungsamt anrufe, erhielten sie die Antwort: „Nach dem Einigungsamt kommen wir doch nicht. Das würde nur der Stadt Geld kosten. Zulegen können und wollen wir nichts."

Inzwischen haben sich die Arbeitervertreter schon vor den Feiertagen an das Einigungsamt gewandt; eine Antwort war jedoch noch nicht eingegangen. Der Redner sagte zum Schluß, daß die Vertreter der Schlichtungskommission die Verlängerung des alten Vertrages durchaus nicht empfehlen könnten. Da jedoch der Vertrag vorschreibe, daß das Einschreiten des Einigungsamtes abzuwarten ist, ehe die Arbeit niedergelegt werden kann, könnten entscheidende Beschlüsse noch nicht gefaßt werden. Das müsse der nächsten Branchenversammlung überlassen bleiben. Jedenfalls würden dann auch weitere Mitteilungen über den Stand der Dinge gemacht werden können. Uebrigens sind die neuen Tarifforderungen auch schon einem Teil der nicht dem Fabrikantenverein angehörenden Arbeitgeber zugestellt worden, und soweit das noch nicht der Fall ist, wird es in den nächsten Tagen geschehen.

Die Diskussion, die dem Bericht folgte, zeigte, daß die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung mit der Haltung ihrer Schlichtungskommissionsmitglieder durchaus einverstanden war. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Koffermacher lehnt das Anerbieten des Fabrikantenvereins, den Vertrag bis zum 30. Juni 1911 zu verlängern, entrüstet ab und erklärt, daß die jetzigen Zeitverhältnisse einen Ausgleich durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gebieterisch verlangen. Sie ist damit einverstanden, daß das Einigungsamt in der Sache angerufen würde und erwartet, daß die Arbeitgeber dort ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben."

In die Verhandlungskommission wurden, außer den beiden Schlichtungskommissionsmitgliedern Schulze und Kansche, Blum, Jumer und Kahle gewählt.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen in der Schuhfabrik von Lipschütz, Schillingstr. 12, sind durch teilweise Bewilligung der Forderungen beigelegt. Der Streik bei der Firma Krause, Weinbergsweg 3, dauert unverändert fort. Auch eine Verhandlung mit dem Fabrikantenverbande verlief ergebnislos. Eine Einigung scheint somit noch in weiter Ferne zu liegen.

Nach einem Ausstande von sieben Tagen einigte sich der Schuhmachermeister Mäschle, Zimmerstr. 21, mit seinen Arbeitern und konnte Freitag die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Verband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

„Vorwärts" und Gastwirtsgehülfen-Verband.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts" findet sich eine Erklärung des Gastwirtsgehülfen-Verbandes, in der es am Schluß heißt:

„Ob der „Vorwärts" nunmehr von seinem Irrtum, „das Engagement des R. erfolgte durchaus in den Formen, die der Gastwirtsgehülfen-Verband bisher gut geheißen hat", befreit sein wird, soll uns sein ferneres Verhalten in diesem und ähnlichen Fällen lehren. Mit seinem bisherigen Verhalten zu den fraglichen Differenzen wird sich die Quartalsgeneralversammlung des Verbandes der Gastwirtsgehülfen am nächsten Freitag beschäftigen."

Wir hatten vor, diesen Teil der Verbandserklärung überhaupt nicht abzudrucken, um eine häßliche Auseinandersetzung mit dem Verbande zu vermeiden. Infolge eines Versehens geriet er jedoch mit in die Druckerei und dies zwingt uns zu einer nachträglichen Zurückweisung.

Wir haben in dem Streit des Gastwirtsgehülfen-Verbandes mit Herrn Voigt überhaupt redaktionell keine Stellung genommen, sondern nur beiden Teilen das Wort zur Erklärung gegeben. Wer die Notiz in der Ostemummer des „Vorwärts" aufmerksam liest, mußte derselben entnehmen, daß Herr Voigt konstatierte, daß das Engagement des R. in den üblichen Formen erfolgte, und daß nur der berühmte Druckfehler-Kobold sich das Vergnügen geleistet hat, ein paar „Gänsefüße" an verkehrter Stelle zu placieren.

Wir möchten den Gastwirtsgehülfen-Verband doch ersuchen, seinen Kampf mit Herrn Voigt zu führen, uns aber dabei aus dem Spiele zu lassen. Die Redaktion, welche der ersten Erklärung des Verbandes erst die Form gab, welche eine Veröffentlichung überhaupt ermöglichte, verdient dafür den Dank des Verbandes, aber nicht unqualifizierbare Vorwürfe wegen ihrer durchaus loyalen Handlungsweise.

Deutsches Reich.

Christlicher Terrorismus.

Der christliche Arbeitersekretär Salomon war vom Schöffengericht in Weiden wegen schwerer Mißhandlung eines freiorganisierten Arbeiters zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das dortige Landgericht als Berufungsinstanz setzte nun die Strafe auf 50 Mark herunter. — Hoffentlich finden sozialdemokratische Sünder vor diesen Richtern auch immer Gnade.

Eine Lohnbewegung der Steinsetzer Nürnbergs und Fürths endete mit einem Erfolg der Arbeiter. Es wurde ein auf drei Jahre gültiger Tarif abgeschlossen, der den Arbeitern wesentliche Verbesserungen bringt. Das ist nur der geschlossenen Organisation zu verdanken, der jetzt sämtliche Steinsetzer der beiden Städte, mit Ausnahme der in Nürnberg in städtischer Regie beschäftigten, angehören.

Der Kost- und Logiszwang ist noch vielfach im Bäckerberufe zu finden. In Nürnberg konnte er trotz aller Bemühungen bis jetzt noch nicht beseitigt werden, weil die Gehülfen ihren Indifferentismus nicht ablegen können. Nun wird die bayerische Industriemetropole von kleineren Städten beschämt. In Amberg reichte der Bäckerverband einen Tarif ein, der die Aufhebung des Kost- und Logiswesens und für die einzelnen Kategorien Mindestlöhne von 15—16, 17—19 und 21—23 M. forderte und von den Unternehmern nach kurzem Besinnen angenommen wurde. Ein Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als es sich um eine Stadt handelt, die mitten in der schwarzen Oberpfalz liegt.

Ausland.

Ein Streik der städtischen Gas- und Elektrizitätsarbeiter von Malmö.

Am Sonnabend vor Ostern war Malmö, die drittgrößte Stadt Schwedens, ohne Gas und Elektrizität. Die Arbeiter der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke hatten 6 Uhr morgens die Arbeit eingestellt. Nur ein paar Mann waren im Einverständnis mit den Streikenden zur Bewachung der Maschinen in den Betrieben geblieben. Als der Abend hereinbrach, lag die ganze Stadt im Dunkel. Die Straßenbahnen hatten ihren Betrieb schon am Nachmittag eingestellt. In vielen Werkstätten und Fabriken konnte nicht gearbeitet werden, ein Teil der Abendzeitungen konnte nicht erscheinen und im Hauswesen, in den Restaurants, in den öffentlichen Instituten, wie im Telephonbetriebe führte der Streik natürlich auch zu schweren Unbequemlichkeiten.

Die Stadtverwaltung hatte jedoch Vorsorge getroffen, daß der Streik nicht allzulange dauert. Sie hatte den Minister des Innern um Vermittelung ersucht, der sofort den Schlichtungsbeamten Dr. Elmquist sandte. Die Verhandlungen, die dann im Laufe des Tages gepflogen wurden, führten zur Einsetzung eines Schiedsgerichts von je vier Vertretern der Stadt und der Arbeiter, das die Streitigkeiten regeln soll. Die Arbeit wurde in den Beleuchtungs- und Kraftwerken gegen 10 Uhr abends wieder aufgenommen.

Es handelt sich bei dem Streik um Lohnforderungen. Langwierige Verhandlungen waren vorausgegangen, aber ergebnislos verlaufen. Die Arbeiter verlangten mindestens so viel Lohn, daß sie im Jahre auf 1217,50 Kronen kommen könnten, statt bisher 979,50 Kronen. Was die Stadt bot, waren nur 1011,96 Kronen.

Die Landarbeiter Schwedens werden sich in nächster Zeit zu einem großen, das ganze Land umfassenden Verbande zusammenschließen. Ein Kongreß des Mittelschwedischen Landarbeiter-Verbandes, der am Ostermontag zu Vesteras bei Eskilstuna tagte, beschäftigte sich mit dem Statutenentwurf für die Einheitsorganisation und wählte Delegierte zu dem allgemeinen Landarbeiter-Kongreß, auf dem der Zusammenschluß vollzogen werden soll. — Der Mittelschwedische Verband, auf dessen Kongreß 100 Ortsabteilungen durch 40 Delegierte vertreten waren, hat jetzt schon 4000 Mitglieder gegenüber 1200 am Schlusse des Jahres 1908. — Die Landarbeiter-Bewegung und ihre Organisationen haben sich, nachdem vor ungefähr zwei Jahren als erster der Schonensche Landarbeiter-Verband gegründet wurde, sehr schnell entwickelt. In ganz Schweden folgen die Landarbeiter mehr und mehr dem Vorbild der Industriearbeiter, und an manchen Orten haben sie schon bewiesen, daß sie auch wie die Industriearbeiter zu kämpfen und zu siegen verstehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gestrenge „Herren".

London, 24. April. (W. T. B.) Die Versammlung der Schiffsbauer-Vereinigung in Carlisle beschloß die allgemeine Aussperrung. Die Anträge auf Einsetzung eines Schiedsgerichts und friedliche Beilegung wurden abgelehnt.

Eintagsstreik.

Marseille, 24. April. (W. H.) Der Ausstand der Gemüsehändler ist beendet.

Die Ueberschwemmungen in Rußland.

Petersburg, 24. April. (W. T. B.) Die Nachrichten, die über die Ueberschwemmungen verschiedener Städte einlaufen, lauten fortgesetzt ernst. In Kaluga ist der Okafluß um 17 Meter gestiegen, das Militärlazarett, die Kathedrale, das Polizeiverwaltungsgebäude stehen unter Wasser. Die Eisenbahnverbindung zwischen einigen Städten des Gouvernements Kaluga ist unterbrochen, der Telegraph stellenweise beschädigt, die Dämme fortgespült. Im Gouvernement Orel ist die Bahnstrecke zwischen den Städten Bolwa und Brjansk beschädigt und der Verkehr ebenfalls unterbrochen. In Moskau ist infolge der Ueberschwemmung des Maschinenraumes des Elektrizitätswerkes die Stadt ohne Beleuchtung. Der ganze Kremlquai ist durch den Austritt des Moskwaflusses überschwemmt und die niedrig gelegenen Stadtteile stehen völlig unter Wasser. **Der Wasserstand erreicht stellenweise das zweite Stockwerk der Häuser** und ist höher als bei der Ueberschwemmung von 1856. Einige Dörfer des Gouvernements Moskau stehen gleichfalls völlig unter Wasser. In Brjansk ist besonders das Arsenal von der Hochflut bedroht, die Bahnlinie unterspült, gegen 500 Häuser unter Wasser. Auch in Bjely (Gouvernement Smolensk) sind durch das Steigen des Obschaflusses viele Häuser überschwemmt.

Die Bestie im Menschen.

Oberstein, 24. April. (W. H.) In dem benachbarten Hammerstein a. d. Nahe wurde am Dienstagabend die 72jährige Witwe Fuchs von ihrem 25jährigen Neffen, der bei ihr wohnte, ermordet. Der Täter, der einen Selbstmordversuch unternahm, gestand bei seiner Vernehmung die Tat sofort zu. Die alte Frau, die sich seiner Zudringlichkeit widersetzt hatte, ist von ihm so lange gewürgt worden, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Dann mißbrauchte er sie in einer nicht wiederzugebenden bestialischer Weise.

Feuer.

Zittau, 24. April. (W. H.) In der mechanischen Weberei von Wagner u. Co. in Olbersdorf ist heute früh Großfeuer ausgebrochen. Der Betrieb, in dem 700 Arbeiter beschäftigt sind, ist unterbrochen.

Frankfurt a. M., 24. April. (W. H.) Im Trockenraum der Pianofortefabrik von Ferdinand Schaaf in Bockenheim brach heute Feuer aus, dem große Holzvorräte zum Opfer fielen. Der Betrieb ist nicht gestört.

Frankfurt a. M., 24. April. (W. H.) Beim Wärmen von Milch am Gasherd gerieten im Hause Speyerer Straße 19 die Kleider eines fünfjährigen Mädchens in Brand, welches an den erlittenen schweren Verletzungen bald darauf verstarb.

Braila, 24. April. (W. H.) Im hiesigen Hafen wütete gestern abend in den Niederlagen der Baugewerksfirma Gaetano u. Franzini ein furchtbarer Brand, welcher auch auf die umliegenden Wohnhäuser sowie auf mehrere im Hafen ankernde Schiffe übergriff. Große Stöße von Holz und die gesamten Hafenanlagen wurden ein Raub der Flammen. Auch die umliegenden Fabriken schwebten in großer Gefahr, konnten jedoch vor dem Feuer gerettet werden. Erst gegen Morgen gelang es, das verheerende Element zu lokalisieren.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Berliner freie Jugendorganisation im Jahre 1907.

Der Bericht des Vorstandes für 1907, der gedruckt vorliegt, verzeichnet 2072 Mitglieder Ende 1907 gegen 1138 Ende 1906, also eine Steigerung um 934 Mitglieder. Sie ist indes noch stärker, als in dieser Zahl zum Ausdruck kommt, da im Jahre 1906 die Restanten nicht sogleich gestrichen wurden, wie im Jahre 1907.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 4929,52 M., eine Ausgabe von 4751,47 M., einen Bestand von 178,05 M. auf. Von den Einnahmen entfallen 3065,79 M. auf Mitgliederbeiträge, 124,36 M. auf freiwillige Beiträge und 454,50 M. auf Festüberschüsse. Von den Ausgaben 480 M. auf Bureaumiete, 132 M. auf Reinigung des Bureaus, 398,05 M. auf Verwaltungskosten, 1858,40 M. auf Mitgliedsbeitrag an die Vereinigung der freien Jugendorganisationen, 195,81 M. auf Zeitungen, 174,91 M. auf Broschüren, 3259 M. auf Flugblätter, 384 M. auf Festkosten, 62,60 M. auf das Berliner Mitteilungsblatt u. a. m.

Der Bericht gibt eine genaue Berufsstatistik der Mitglieder. Danach gehörten der Organisation Ende 1907 an 569 ungelernte Arbeiter (gegen 105 im Vorjahre) und 1479 gelernte Arbeiter (gegen 927 im Vorjahre); außerdem 45 Arbeiterinnen (gegen 11 im Vorjahre), wovon 23 ungelernte und 22 gelernte waren. (Im Vorjahre gehörten alle 11 weiblichen Mitglieder der Gruppe der ungelernten Arbeiterinnen an.)

Die ungelernten Arbeiter sind in solche unter und solche über 18 Jahre geschieden. Der ersteren Gruppe gehörten 486 (267 im Vorjahr), der zweiten 83 (22 im Vorjahr) an.

Bei den gelernten Arbeitern sind Lehrlinge und Ausgelernte unterschieden. Es waren von ihnen 1337 Lehrlinge (gegen 754 im Vorjahr) und 142 Ausgelernte (gegen 173 im Vorjahr).

Von den Arbeiterinnen standen 19 im Alter unter 18 Jahren (gegen 10 im Vorjahr) und 4 im Alter über 18 Jahren (gegen 1 im Vorjahr).

Von der regen Tätigkeit des Vereins zeugen die folgenden Angaben: Es fanden im Berichtsjahre statt: 6 Generalversammlungen, 10 Agitationsversammlungen, 12 allgemeine Mitgliederversammlungen, 306 Abteilungsversammlungen, 5 allgemeine Bezirksführerversammlungen, 15 Verwaltungssitzungen, 29 Vorstandssitzungen, 47 Ausflüge, 9 Unterhaltungsabende und Abteilungsvergnügen, 1 größeres Abteilungsvergnügen, 1 Vereinsfest. Die Vorträge in den Versammlungen behandelten folgende Themata: Weltgeschichte 3, Nationalökonomie 8, Arbeiterbewegung 15, Naturwissenschaft 3, Jugendbewegung 45, Schulwesen 5, Gesundheitspflege 2, Technik 1, Rechtslehre 8, Arbeiterschutz 6, Religionsgeschichte 4, Jugendfürsorge 1, Literatur 3, Biographien 4, Abstinenz 1, Kunst 8.

Mit dem Arrangement dieser Veranstaltungen war die Tätigkeit des Vorstandes nicht erschöpft. Er erwirkte an mehreren Kunst- und wissenschaftlichen Instituten (wie Ausstellung der Sezession, für Erfindungen der Kleinindustrie, Goethe-Verein, Treptow-Sternwarte, Arbeiter-Stenographenverein und einige Badeanstalten) Preisermäßigung für die Mitglieder des Vereins.

Im September wurde ein Rednerkursus gebildet, der aber des Ausbaues noch bedarf. Am 1. Oktober erschien die erste Nummer des monatlichen „Mitteilungsblattes" des Vereins.

Die Beschwerdestelle wurde im Jahre 1907 in etwa 130 Fällen in Anspruch genommen. Ihre Tätigkeit erstreckte sich gewöhnlich auf Auskunfterteilung in strittigen Fragen des Lehr- und Arbeitsverhältnisses und Fortbildungsschulwesens. Besonders krasse Mißstände wurden in der „Arbeitenden Jugend" veröffentlicht, immer mit gutem Erfolg. Zwei Klagen auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses wurden eingereicht; eine davon verlief zuungunsten des Klägers. Außerdem wurden Beschwerden über ungesetzliche Arbeitszeit in Fabrikbetrieben an den Gewerbeinspektor vermittelt.

Der Bericht schildert kurz die Kämpfe, die die Organisation mit den christlichen Jünglingsvereinen, den angeblich politisch und religiös neutralen „Jugendklubs", mit den Unternehmern usw. zu bestehen hatte, Kämpfe, die im allgemeinen erfolgreich waren. So brachte z. B. der Kampf gegen die christlichen Jünglingsvereine etwa 300 neue Mitglieder, wovon viele bis dahin den christlichen Vereinen angehört hatten.

Ueber die Stellung der Fortbildungsschule zum Verein sagt der Bericht, daß die Bekämpfung der Organisation in der Schule um ein bedeutendes nachgelassen habe. „. . . . Mag sein, daß die uns feindlich gesinnten Lehrer eingesehen haben, daß eine Gegenagitation unserer Sache nur nützt. Dann aber auch haben sehr viele Lehrer die Meinung über unsere Organisation sehr zu unseren Gunsten geändert. Sie, die nun unsere wahren Bestrebungen kennen gelernt und die Früchte unserer Erziehungsarbeit mit Freuden zu betrachten Gelegenheit hatten, haben den günstigen Einfluß, den unser Verein auf die Jugend sowohl in sittlicher wie fachlicher Hinsicht ausübt, erkannt. . . ."

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte haben der Organisation mancherlei zu schaffen gemacht. In Groß-Berlin wurden acht Versammlungen verboten und elf aufgelöst. Die Gründe, soweit sie angeführt wurden — immer hält es die Behörde nicht für nötig — sind in der Tat originell. Da hieß es: „Da die Räume des Lokals zu klein sind" (Marienfelde) — „weil der Verein nicht gemeldet ist" (Marienfelde) — „aus baupolizeilichen Gründen" (Reinickendorf) — „weil es eine Versammlung des „Lehrlingsvereins" ist" (Steglitz) — „weil über Jugendorganisation gesprochen wurde" (Adlershof) — wegen der Worte „die Jugendorganisation bezweckt" (Baumschulenweg) und „wir, die freie Jugendorganisation" . . . (Baumschulenweg). Am 9. Oktober sind sämtliche Versammlungen in Adlershof auch für die Zukunft verboten worden. Die Abteilung in Ober-Schöneweide wurde im Dezember polizeilich geschlossen auf Grund § 9 des Vereinsgesetzes, der zu Unrecht herangezogen ist. Die Beschwerden wurden teils ohne Grundangabe abgewiesen, teils wurden sie überhaupt nicht beantwortet. So ist beispielsweise eine am 25. Januar 1907 an den Landrat v. Stubenrauch zur Weitergabe an den Regierungspräsidenten eingereichte Beschwerde bis heute noch nicht beantwortet. Einige Beschwerden sind allerdings als berechtigt anerkannt worden. Einem Beschwerdeführer gab der Landrat v. Stubenrauch, jetzige Polizeipräsident von Berlin, die Antwort: „Daß ich keine Neigung habe, mich mit einem Lehrling zu unterhalten."

Ein Verfahren gegen den Gesamtvorstand wegen angeblicher verspäteter Meldung von Aenderungen der Mitgliederliste mußte eingestellt werden. Zwei Mitglieder wurden wegen Flugblattverbreitung zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt, das Mitglied Peters wurde wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten am 11. September mit 50 M. Geldstrafe belegt. Die Straftat soll durch Herausgabe des Liederbuchs für die arbeitende Jugend begangen worden sein und zwar durch den Abdruck des bekannten Mostschen Liedes: „Wer schafft das Gold zu Tage". Das Mitglied Kaufhold wurde wegen angeblicher Beleidigung der Polizei zu 50 M. Geldstrafe, Mitglied Wiebold wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 15 M. Geldstrafe verurteilt.

Mehrere Maßregelungen sind zu verzeichnen — mit dem Erfolge, daß die Betroffenen bessere Lehrstellen erhielten. Andere Meister versuchten es mit der Nadelstichpolitik; sie entzogen den Lehrlingen die Weihnachtsgratifikation oder wirkten dahin, daß ihnen eine Prämie in der Fortbildungsschule, die ihnen zugedacht war, nicht zuteil wurde, weil sie Mitglieder der Organisation waren. Trotzdem sind viele ihrer Mitglieder mit solchen Fortbildungsschulprämien bedacht worden. Der Bericht sagt: Auch auf die allgemein geistige und speziell fachliche Ausbildung der Jugend hat unser Verein einen recht günstigen Einfluß ausgeübt. Die Verleumdung der Gegner, er verbilde die Jugend, erziehe sie zu Phrasenhelden, Tunichtsguten usw., hat er statt mit Worten durch praktische Arbeit widerlegt. Nur natürlich ist es, wenn Funktionäre unseres Vereins im allgemeinen die tüchtigsten Handwerker in der Werkstatt und die fleißigsten Schüler in der Fortbildungsschule sind. Dafür spricht allein die Tatsache, daß die bei der Gesellenprüfung und in der Fortbildungsschule ausgegebenen Prämien in einem auffallend starken Prozentsatz Mitgliedern unserer Organisation zuteil wurden, von den vielen Jugendlichen ganz zu schweigen, die mit Prämien lediglich deshalb nicht bedacht worden, weil sie der freien Jugendorganisation angehörten. Denn merkwürdigerweise bestimmen über die Verteilung der Prämien auch in den Schulen meistens Innungsmeister.

Im Schlußabschnitt „Unsere nächsten Aufgaben" wird darauf hingewiesen, daß noch große Scharen Jugendlicher der Organisation fernstehen und gewonnen werden müssen. So zählen z. B. die evangelischen Jünglingsvereine an 3000 Mitglieder, dazu kommen die katholischen Jugendvereine und die Jugendklubs. An weiteren Aufgaben werden aufgezählt:

„. . . Da ist die Bibliothek auszubauen, gute Lektüre der Jugend in die Hand zu geben. Mehrere Lesesäle, Vereinszimmer sind zu beschaffen, die möglichst alleiniges Besitztum der Jugend sein müssen. Die Jugend, der das Getöse der Maschinen der Fabrik noch am Abend in den Ohren gellt, und deren Brust mit stickiger Luft der Werkstätte geschwängert ist, flieht den Lärm und den ungesunden Tabaksqualm der Wirtschaften. Sie haßt den gefährlichen Feind Alkohol. Für dieses, von jedem Freund der Jugend freudig begrüßte Bestreben der proletarischen Jugend scheint der Magistrat Berlins kein Verständnis zu haben. Eine Eingabe des Vereins an den Magistrat auf zeitweise Ueberlassung von Schulräumen für jene Zwecke hat er abschlägig beschieden. So muß denn die arbeitende Jugend auf andere Weise ähnliche Räume zu gewinnen suchen. Weiter sind Unterrichtskurse einzurichten. Und als ein ferneres Ziel muß uns allen die Errichtung eines freien Jugendheims voranleuchten. Diesen Plan mag mancher von uns zu kühn finden. Und doch ist er gar bald praktisch durchführbar, wenn die unbedingte Notwendigkeit seiner Verwirklichung von der Arbeiterschaft erkannt wird. Warum besitzt die arbeitende Jugend Berlins nicht schon längst ein solches Heim, wo sie Schutz, Kost, Logis, Pflege, Unterhaltung, Lektüre und Belehrung findet? Warum läßt man die „christlichen" Jünglingsvereine durch solche Lockmittel die Jugend an sich fesseln? Will man ihr schändliches Werk noch begünstigen dadurch, indem man es nicht bekämpft!? Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft sich endlich ihrer Pflicht gegenüber ihrer Jugend besinnt!"

Das Bureau des Vereins befindet sich Berlin C. 2, Stralauerstraße 13/14, vorn 3 Treppen. Es ist werktäglich von 5—8 Uhr geöffnet. Es wird dort unentgeltlich Auskunft über Lehr- und Arbeitsverhältnisse erteilt. Die Bibliothek und der Leseraum stehen Mittwoch von 7—9½ Uhr, Sonntags von 5—½10 Uhr zur freien Benutzung.

Vierzehnter Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

(Schluß.)

Vor Schluß der Vormittagsitzung des dritten Kongreßtages hält Genosse Spiekmann-Rotterdam, Mitglied des Parteivorstandes, ein Referat über den unter dem Scheine der Verbesserung von den Arbeitgebern geplanten Anschlag auf das bestehende Unfallversicherungsgesetz, das Redner das beste der bestehenden holländischen Sozialgesetze nennt, und gegen dessen Verschlechterung die Arbeiterklasse kämpfen müsse. Die Unternehmer wollen die Reichsversicherungsbank mit den ungünstigsten Risikos belasten, während sie selbst in ihrer Arbeitgeber-Risikobank nur die wenig belastenden Versicherten übernehmen wollen.

In der Diskussion bringt Genosse Duys-Zaandam, Beamter der Reichsversicherungsbank, ein reiches Tatsachenmaterial gegen die Arbeitgeber vor und deckt die Korruption im Versicherungsbetrieb auf.

Eine vom Parteivorstand beantragte Resolution, die sich scharf gegen jede Verschlechterung des Unfallversicherungsgesetzes wendet, wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Jahresbericht des Parteisekretärs van Kuykhof über die Parteifinanzen wird gutgeheißen und das Budget für 1908, in Einnahmen und Ausgaben 10 557 Gulden betragend, angenommen.

Der Parteitag beschließt die Gründung eines besonderen Wahlfonds, der durch die Ueberweisung eines größeren Betrages durch in den Kolonien wohnende Genossen ermöglicht wurde.

Hierauf fand noch eine kurze Debatte über den Broschürenhandel statt, der sich in der kurzen Zeit seines Bestehens gut entwickelt hat. Im letzten Jahre wurden 180 Broschüren in einer Auflage von 130 000 Exemplaren herausgegeben. Dann schritt man zum Schluß des Parteitages.

Genosse Gerhard-Amsterdam erklärte noch, daß er und andere Genossen nicht mit van Kol übereinstimmten, der gemeint hatte, es sei möglich, daß gläubige Katholiken und Protestanten Mitglieder der Partei werden könnten. Persönlich meine er, daß sie dies wohl werden, aber dann nicht mehr Anhänger ihrer Kirche bleiben könnten.

Der Vorsitzende W. H. Vliegen bedauerte diese Auslassung, die, gleich der van Kolschen Meinung, gänzlich persönlich sei, der die Partei sich nicht anschließen könne.

In seinem Schlußwort sagte Vliegen dann: Der letzte Tag sei ein Erfolg der Partei, überhaupt habe er in der zweiten Hälfte der Tagung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kapitalismus von beiden Richtungen gemeinschaftlich bekämpft werden könnte.

Diesen Worten schloß Genosse Mendels sich an.

Unter dem Singen der Internationale ging der Parteitag auseinander.

IX. Verbandstag der Dachdecker.

Mannheim, 23. April 1908.

(Eigener Bericht.)

Dritter Verhandlungstag.

Die heutige Tagung wurde mit der Beratung über die fernere Gestaltung der Beiträge begonnen, die vom Zentralvorstand eingehend begründet wird. Hierzu liegen Anträge vor auf eine anderweitige Regelung der Beiträge, und zwar vom:

Kleines Feuilleton.

Kunst fürs Volk. Daß heutzutage die soziale Frage nicht nur eine Magenfrage, ein Streben nach besserer Nahrung und Kleidung, nach größerem Verdienst überhaupt ist, sondern ebensowohl die Sättigung des geistigen Hungers des Volkes in sich schließt, ist namentlich im Laufe der letzten Jahre immer klarer geworden, doch ist bis jetzt zur Befriedigung dieser geistigen Forderungen, wie Professor Dr. Reich in den „Dokumenten des Fortschritts" (Verlag Georg Reimer, Berlin) erörtert, fast gar nichts getan. Mit zähem Eifer suchen die geistig regsamsten Kreise der aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft ihren Anteil an Wissenschaft und Kunst zu erstreiten. „Panem et circenses" (Brot und Spiele) lautet auch heute noch der Ruf, aber keine rohen und frivolen Zirkuskünste werden gefordert, sondern die reine Kunst in ihren edelsten Aeußerungen. Freude an der Natur ist zwar wünschenswert, kann aber den Menschen, der nach vielseitiger Entwickelung strebt, für die Entbehrung an Kunstgenüssen nicht vollauf entschädigen, abgesehen davon, daß das Aufsuchen der Natur mit immer mehr Opfern an Zeit und Geld verbunden ist. Um nun die Kunst dem Volk zu geben, muß sie vor allem aus der Knechtschaft des Reichtums befreit werden, dessen ausschließliche Domäne sie bis jetzt war. Auch die tiefsten und auserlesensten Kunstschöpfungen erfaßt der ahnungsvolle Instinkt der Menge nicht selten sicherer als der enge Horizont eines blasierten Genießers. Was ist nun bis heute schon geschehen, um die Kunst dem Volke zugänglich zu machen, und was kann noch geschehen? Bis vor wenigen Jahrzehnten waren die öffentlichen Museen noch Sonntags ganz geschlossen oder nur an drei Mittagsstunden sichtbar, auch an Wochentagen nur zu solchen Zeiten geöffnet, wie sie den Wünschen der Vergnügungsreisenden und Berufslosen entsprechen mochten, während die Masse der Erwerbstätigen ausgeschlossen blieb. In den neunziger Jahren hat dann eine rege Agitation erreicht, daß wenigstens Sonntags die Museen geöffnet wurden, doch war dies auch nicht das Richtige, da der Großstädter den Sonntag zum Aufenthalt in frischer Luft braucht. So entschloß man sich denn endlich, die Museen elektrisch zu beleuchten und bis 10 Uhr abends geöffnet zu halten, doch schloß sich von dieser segensreichen Maßnahme Deutschland fast ganz aus. Nur in einem Punkte kann es vorbildlich wirken, indem es Führungen unter sachkundiger Leitung durch die Museen veranstaltet. Für kleinere Städte wäre durch Wandermuseen Vorsorge zu treffen, wie dies die österreichische Regierung seit einiger Zeit tut. Jede Dorfschule lehrt singen, Musik ertönt aus vielen Wirtshäusern, sie ist die populärste Kunst. Trotzdem wird aber verhältnismäßig wenig zu ihrer Pflege getan. Die Gemeinden und der Staat müssen hier in Zukunft helfen, so daß regelmäßige Konzerte von honorierten Künstlern veranstaltet werden können. Was für die Musik gilt, bezieht sich auch auf das Theater, sei es nun Oper oder Drama. Seit Jahrhunderten war es Tradition, daß die Monarchen einen nicht unerheblichen Teil der Staatseinnahmen für ihr künstlerisches Vergnügen verwendeten; während aber ihre Galerien und Museen allmählich immer mehr in den Mitgenuß der Allgemeinheit übergingen, sind beim Theater infolge des hohen Eintrittsgeldes die Besitzenden immer mehr mitentscheidende Teilhaber geworden, während die häufigen Freitheater von früher in Fortfall gekommen sind. Da die Regierung sich nicht um die Theaterfrage des Volkes zu kümmern schien, so wurde in Berlin die „Freie Volksbühne" gegründet. Seitdem wird in einer Reihe deutscher Städte dafür gesorgt, daß ein paar Aufführungen hervorragender Dramen und Opern für Arbeiter alljährlich vertragsmäßig stattfinden. Der Staat hat die vielfachste Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Beträgen für die Literatur, für Massenverbreitung anerkannt guter Werke Erhebliches zu leisten. Die Errichtung von Volksbibliotheken wäre in erster Linie Sache der Gemeinden, in den Dörfern nicht minder als in den Städten. Die hervorragendsten Schöpfungen der Nationalliteratur aber sollten im eigenen Besitz jeder Familie sein, und der Staat sollte gut gedruckte billigste Ausgaben selbst veranlassen, statt dies nur den Buchhändlern zu überlassen. Das Gleiche gilt von den Reproduktionen der Meisterwerke der anderen Künste. Die Kunst ist kein Luxus für Bemittelte, sie ist eine Notwendigkeit für alle. Geben wir endlich dem Volk die Kunst und der Kunst das Volk, beiden zum Heile.

Wir geben diese Anregungen des um die Volkskultur verdienten Mannes ohne Kommentar wieder und brauchen wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß der Staat, der diese Forderungen verwirklicht, erst von der Arbeiterklasse geschaffen werden muß. Bis dahin ist — wenigstens in Preußen — das Proletariat wesentlich auf Selbsthülfe angewiesen.

Die Gleichheit im Gefängnis. Der Pariser Obergauner Rochette, der seine Mitbürger um einige 60 Millionen beschwindelt hat, ist endlich ins Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Er genießt natürlich alle Erleichterungen und Auszeichnungen, die einem so edlen Mitgliede der bürgerlichen Gesellschaft zukommen. Er empfängt Besuche, fährt mit seinem Automobil spazieren und kehrt höchstens nachts in das gastliche Gefängnis zurück. Dieses Beispiel mußte notwendigerweise die Sitten anderer Gefangener, die nach ihrer Auffassung sich keineswegs so gegen die Gesellschaft vergangen haben, wie der Gründer Rochette, gröblichst verderben. Sie verlangten kurz und bündig, ebenso gut behandelt zu werden. Unser Genosse Hervé, der gerade wegen seiner antimilitaristischen Propaganda eine Haftstrafe verbüßt, schrieb, wie wir dem von ihm geleiteten Blatte „La Guerre Sociale" („Der soziale Krieg") entnehmen, folgenden Brief an den Ministerpräsidenten Clemenceau: „Mein lieber Minister! Es wäre mir angenehm, jeden Dienstag von 2 Uhr nachmittags bis Mitternacht bei der Herstellung des „Guerre Sociale" zugegen sein zu können. Einem alten Journalisten, wie Ihnen, brauche ich kaum auseinanderzusetzen, welchen Nutzen es für eine Zeitung, für seine Leser wie für seine Redakteure hat, wenn der Chefredakteur von Zeit zu Zeit dabei ist. Was wäre wohl aus der „L'Aurore" geworden, zur Zeit, da Sie die Fälscherbande des Generalstabs in den Dreck zogen, wie ich die Mörderbande in Marokko in den Dreck zog, — wenn man Sie, plötzlich unter dem trügerischen Vorwande, Sie hätten die Armee verleumdet, eingesperrt hätte, ohne Ihnen zu gestatten, die Verirrungen Ihres Freundes Gohier zu überwachen! Da unsere Zeitung — trotz der Unterstützung des Kaisers Wilhelm — nicht über die Mittel verfügt, mir ein Auto zu bezahlen, so würde ich selbstverständlich den Weg vom Gefängnis in unser Bureau zu Fuß zurücklegen, wenn die Herren Polizisten, die mich zu begleiten hätten, damit einverstanden wären. Ich rechne auf das Interesse, das Sie immer dem „Guerre Sociale" bewiesen haben, und nicht minder auf Ihre Achtung vor der Gleichheit, deren Name sogar auf den Mauern unserer republikanischen Gefängnisse thront. Ich bin, mein lieber Minister und ehemaliger Kollege, Euer Exzellenz ergebenster Gefangener G. Hervé."

Gleichzeitig richtete ein anderer Sträfling namens Lacour ebenfalls einen Brief an den Minister, der folgendermaßen lautete: „Herr Minister, lieber Freund! Wir sind hier Zellennachbarn des Herrn Rochette, zwölf Maurergesellen, die Sie eingelocht haben, ohne Zweifel, um uns das Schicksal zu ersparen, von unseren Unternehmern auf die Straße geworfen zu werden. Wir danken Ihnen, daß Sie uns so vor der Aussperrung bewahrt haben, die alle unsere Maurerkollegen traf. Und wir möchten Sie ergebenst bitten, Ihrer Fürsorge die Krone aufzusetzen und uns zu erlauben, zur Arbeit zu gehen, da unsere Arbeitsstätten wieder geöffnet sind. Falls Sie meinen, nicht unsere definitive Aussperrung aus dem Gefängnis anordnen zu sollen, wo wir immerhin schon unsere 6 Monate zugebracht haben, so werden Sie doch uns sicherlich die unserem Nachbarn Rochette gewährte Gunst nicht verweigern wollen, und uns gestatten, alle Morgen zur Arbeit zu gehen, begleitet von zwei Wachtmeistern. Unsere Kameraden auf dem Bauplatze werden diesen sicherlich dieselbe Hochachtung beweisen, wie Ihnen selbst, falls Sie sich dahintrauen sollten. Mit ausgezeichneter Hochachtung im Namen der zwölf ausgesperrten Maurergesellen Lacour."

Herr Clemenceau wird sich diese beiden durch einen Gefängnisbeamten beglaubigten Briefe, die eine treffsichere Satire auf die bürgerliche Gerechtigkeit im allgemeinen und auf den Demokraten Clemenceau insbesondere sind, sicherlich nicht hinter den Spiegel stecken.

Gau Braunschweig:

Bei einem Stundenlohn			bis	35	Pf.	Wochenbeitrag			35	Pf.
„	„	„	von	36	„	40	„	„	40	„
„	„	„	„	41	„	45	„	„	45	„
„	„	„	„	46	„	50	„	„	50	„
„	„	„	„	51	„	55	„	„	55	„
„	„	„	„	56	„	60	„	„	60	„
„	„	„	„	61	„	65	„	„	65	„
„	„	„	„	66	„	70	„	„	70	„
„	„	„	„	71	„	75	„	„	75	„
„	„	„	„	76	„	80	„	„	80	„

Falls der Zentralvorstand in Zukunft gezwungen ist (im äußersten Notfall) für bestimmte Zeit Extrabeiträge auszuschreiben, sollen nicht wie bisher 50 Pf. bezahlt, sondern auf bestimmte Wochen ein doppelter Beitrag erhoben werden.

Gau Osten. Der wöchentliche Beitrag beträgt

bei einem Stundenlohn	bis	42	Pf.	=	40	Pf.
über	42	Pf.	„	47	„	= 45 „
„	47	„	„	52	„	= 50 „
„	52	„	„	57	„	= 55 „
„	57	„	„	62	„	= 60 „
„	62	„	„	67	„	= 65 „
„	67	„				= 70 „

Dementsprechend ist auch die Unterstützung bei Streiks und das Sterbegeld zu regeln.

Ferner liegen zu diesem Punkt noch Anträge aus allen Gegenden Deutschlands vor, die sich für Abschaffung der Extrabeiträge und eventueller Erhebung eines doppelten Beitrages aussprechen. Ferner ist beantragt von:

Mainz. 1. Die Beiträge sind nach der Höhe der Stundenlöhne zu bemessen. 2. Den Filialen sind 30 Proz. der Einnahmen zu belassen; davon sollen 5 Proz. für Eintreibung der Beiträge verwendet werden, unbeschadet der Nebenkosten, welche die Filialen durch eine geregelte Eintreibungsweise haben.

Vegesack. Die Extrabeiträge sollen nicht mehr erhoben, dafür die Beiträge in jeder Klasse um 15 Pf. erhöht werden.

Gau Norden. In einer Filiale dürfen nur zwei Sorten Marken geführt werden, danach sind auch die Unterstützungssätze zu regeln.

Leipzig. Die Beiträge sind nicht, wie bisher, nach Stundenlöhnen, sondern nach Tagesverdienst zu leisten. Durch dieses System würde eine gerechtere Verteilung der Lasten eintreten und die Verkürzung der Arbeitszeit mehr erstrebt werden.

Bremen und Eßlingen. Der Beitrag soll nach Stundenlöhnen berechnet und nur vom 1. März bis 15. Dezember, also wie früher, 42 Wochen lang erhoben werden.

Die übrigen 40 zu diesem Punkt gestellten Anträge sind meistens nur kleinere Abweichungen von den eben genannten. Von einschneidender Bedeutung ist nur noch der letzte Antrag des **Zentralvorstands:**

Mitglieder, die vorübergehend in einem anderen Berufe beschäftigt sind, zahlen einen Beitrag, der ihrem Lohn entspricht, aber nicht unter 35 Pf. pro Woche.

In eingehender Weise begründet der Zentralvorsitzende Georg **Diehl**-Frankfurt a. M. die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung, indem er auf die schon durchgekosteten und für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Kämpfe hinweist. Das sich immer mehr organisierende Unternehmertum läßt keine Möglichkeit unversucht, unsere schwachen Seiten auszunützen. Demgegenüber hat die Organisation die Pflicht, unsere Rüstkammer mit Waffen zu füllen.

Von **Hermann**-Bremen wird beantragt: daß Mitglieder, die in einer Woche drei Tage und länger arbeitslos sind und dieses in der von der Filiale zu beschließenden Weise melden, für die Woche, in die die Arbeitslosigkeit fällt, nur 25 Pf. Beitrag zu zahlen haben.

Bei der Abstimmung wird folgende Beitragsskala mit 26 gegen 3 Stimmen angenommen:

1. Klasse			bis	42	Pf.	Stundenlohn	40	Pf.	pro	Woche	Beitrag
2.	„	von	42	„	47	„	„	45	„	„	„	„
3.	„	„	47	„	52	„	„	50	„	„	„	„
4.	„	„	52	„	57	„	„	55	„	„	„	„
5.	„	„	57	„	62	„	„	60	„	„	„	„
6.	„	„	62	„	67	„	„	65	„	„	„	„
7.	„	„	67	„	72	„	„	70	„	„	„	„
8.	„	„	72	„	85	u. mehr	„	75	„	„	„	„

Ferner wird angenommen, daß in Zukunft Extrabeiträge in Wegfall kommen, dafür aber im Notfall ein doppelter Beitrag erhoben werden kann. Von in anderen Berufen vorübergehend beschäftigten Kollegen soll ein Beitrag von mindestens 40 Pf. erhoben werden. Die erhöhten Beiträge treten am 1. Juli 1908 in Kraft.

Nunmehr wendet sich der Verbandstag zum 4. Punkt der Tagesordnung:

Einführung weiterer Unterstützungseinrichtungen.

Der Referent H. **Höppner**-Berlin verweist eingangs seiner Ausführungen auf die bereits sehr ausführliche Debatte im Fachblatt und empfiehlt nach eingehender Begründung folgende Anträge:

Erhöhung der Reiseunterstützung auf 1 Mark täglich, nicht wie bisher nach Kilometern bis zur Höhe von 3 M. in einem Ort und bis zum Betrag von 20 M. im Jahr. An Umzugsunterstützung soll gewährt werden: nach 52wöchiger Mitgliedschaft:

von 10 bis 20 Kilometer	10 M.
über 20 bis 50 Kilometer	20 M.
über 50 Kilometer	30 M.

Bei Umzügen unter 10 Kilometer wird keine Unterstützung gezahlt.

An Sterbeunterstützung sollen nach den Vorschlägen des Referenten folgende Sätze gezahlt werden:

in der	1.	Beitragsklasse	20	M.
„ „	2.	„	25	„
„ „	3.	„	30	„
„ „	4.	„	35	„
„ „	5.	„	40	„
„ „	6.	„	45	„
„ „	7.	„	50	„
„ „	8.	„	55	„

Nach vollendeter zweijähriger ununterbrochener Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung

in der	1.	Beitragsklasse	30	M.
„ „	2.	„	35	„
„ „	3.	„	40	„
„ „	4.	„	45	„
„ „	5.	„	50	„
„ „	6.	„	55	„
„ „	7.	„	60	„
„ „	8.	„	65	„

Für jedes weitere volle Jahr steigt die Unterstützung um 2,50 M. bis zur Höhe von 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115 und 120 M.

Die Streikunterstützung beantragt Redner einer gründlichen Reform nach folgenden Vorschlägen zu unterziehen:

a) Für Mitglieder, die dem Verbande ein halbes Jahr angehören:

in der	1.	Beitragsklasse	2,00	M.	pro Tag.
„ „	2.	„	2,20	„	„ „
„ „	3.	„	2,40	„	„ „
„ „	4.	„	2,55	„	„ „
„ „	5.	„	2,70	„	„ „
„ „	6.	„	2,85	„	„ „
„ „	7.	„	3,00	„	„ „
„ „	8.	„	3,15	„	„ „

b) Für Mitglieder, welche dem Verbande noch nicht ein halbes Jahr angehören:

in der	1.	Beitragsklasse	1,50	M.	pro Tag.
„ „	2.	„	1,70	„	„ „
„ „	3.	„	1,90	„	„ „
„ „	4.	„	2,05	„	„ „
„ „	5.	„	2,20	„	„ „
„ „	6.	„	2,35	„	„ „
„ „	7.	„	2,50	„	„ „
„ „	8.	„	2,65	„	„ „

Für jedes Kind unter 14 Jahren wird 1 M. pro Woche Unterstützung gezahlt. Wenn für einen Streikenden bei einer Unterstützungsauszahlung weniger als fünf Unterstützungstage in Betracht kommen, dann beträgt das Kindergeld 20 Pf. pro Tag und Kind.

Besonderen Wert legt Höppner auf die Einführung der Krankenunterstützung, da die Arbeitslosenunterstützung vorläufig nicht, wenigstens nicht bei den soeben beschlossenen Beiträgen durchzuführen ist. Zur Einführung der Krankenunterstützung hat er im Einverständnis mit dem Zentralvorstand folgende Vorschläge unterbreitet:

Der Verband kann seinen Mitgliedern Unterstützung gewähren in Krankheitsfällen, wenn sie:

a) dem Verband ununterbrochen mindestens zwei Jahre angehört und für 90 Wochen Beiträge bezahlt haben und

b) von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungsgesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen,

und zwar auf folgender Grundlage:

in der	1.	Beitragsklasse	pro	Tag	35	Pf.	pro	Woche	2,10	M.
„ „	2.	„	„	„	40	„	„	„	2,40	„
„ „	3.	„	„	„	45	„	„	„	2,70	„
„ „	4.	„	„	„	50	„	„	„	3,00	„
„ „	5.	„	„	„	55	„	„	„	3,30	„
„ „	6.	„	„	„	60	„	„	„	3,60	„
„ „	7.	„	„	„	65	„	„	„	3,90	„
„ „	8.	„	„	„	70	„	„	„	4,20	„
„ „	9.	„	„	„	75	„	„	„	4,50	„
„ „	10.	„	„	„	80	„	„	„	4,80	„

Nach vierjähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung um 60 Pf. pro Woche und steigt von da an alle zwei Jahre um 30 Pf. pro Woche bis zu einer Höhe von

4,50	M.	in der	1. Beitragsklasse
4,80	„	„ „	2. „
5,10	„	„ „	3. „
5,40	„	„ „	4. „
5,70	„	„ „	5. „
6,—	„	„ „	6. „
6,30	„	„ „	7. „
6,60	„	„ „	8. „
6,90	„	„ „	9. „
7,20	„	„ „	10. „

An das Referat knüpfte sich eine sehr lebhafte Debatte, die morgen fortgesetzt werden wird. Eine Nachmittagssitzung findet nicht statt, dafür haben die Delegierten bereits gestern und heute Ueberstunden gemacht, um sich nachmittags Heidelberg anzusehen.

Erste Konferenz der Flaschenmacher Deutschlands.

Im Gewerkschaftshaus zu **Hamburg** tagten am 19. und 20. April die im Zentralverband der Glasarbeiter organisierten Flaschenmacher Deutschlands, um über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Flaschenindustrie zu beratschlagen. Vertreten waren 33 Orte durch 42 Delegierte, zwei waren nicht erschienen. Vom Zentralvorstand waren anwesend Girbig, Gebel und Dornheim. Der österreichische Glasarbeiterverband war vertreten durch Friedrich-Graz und Marx-Teplitz.

Zur Frage der

Arbeitszeit und Nachtarbeit,

die als erster Punkt der Tagesordnung die Konferenz beschäftigte, lag folgende **Resolution** vor:

„Nach der seitens der Organisation aufgenommenen Statistik besteht in den deutschen Flaschenfabriken keine einheitliche Arbeitszeit; dieselbe schwankt zwischen acht und elf Stunden. Dieser Zustand ist für die Arbeiter keineswegs förderlich, sondern wirkt in gesundheitlicher Beziehung äußerst schädlich. Angesichts der ungesunden Verhältnisse in den Flaschenfabriken fordert die Konferenz die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. — Da aber auch die Nachtarbeit ungemein schädlich für die Arbeiterschaft wirkt, so fordert die Konferenz gleichfalls, daß die Arbeit nicht vor morgens 5 Uhr beginnen darf und spätestens abends 11 Uhr beendet sein muß. — Die dreischichtige Arbeitsweise verwirft die Konferenz und fordert die Beseitigung derselben, weil sie die überaus schädliche Nachtarbeit in sich schließt."

Emil **Girbig**-Berlin, der auch die vorstehende Resolution eingebracht, referierte über das Thema, auf die Schädlichkeit der Nachtarbeit hinweisend. Der Referent stellte fest, daß bei der übermenschlich langen Arbeitszeit von elf Stunden in der Nachtschicht, oft die Pause noch um eine halbe Stunde gekürzt wird, so daß in der Nachtschicht, die an und für sich weit aufreibender wirkt als die Tagschicht, die Arbeit noch um eine halbe Stunde länger währt. Die Arbeit ist in fast allen Betrieben doppelschichtig. Nur in sieben Fabriken wird am Tage gearbeitet, in fünf Fabriken in drei Schichten. Die aufreibende Arbeit und die fast in allen Betrieben vorherrschende schlechte Luft, die besonders im Sommer herrschende ungeheure Hitze, muß den Körper frühzeitig ruinieren. Die Unternehmer nehmen keine Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter; der Profit ist mehr wert wie Leben und Gesundheit der Ausgebeuteten.

Nach längerer Diskussion wird die Resolution angenommen.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung:

Abschaffung sämtlicher Nebenarbeiten und unentgeltliche Gewährung aller Arbeitsgeräte

referiert Emil **Hoffmann**-Oldenburg. Die Nebenarbeiten verlängern die Arbeitszeit und sind sehr gesundheitsschädlich. Unter allen Umständen muß das Ausleeren beseitigt werden, damit der Glasarbeiter nicht mit erhitztem Körper und ungenügender Kleidung allem Unwetter ausgesetzt ist. Das Hafeneinsetzen sei nicht Arbeit des Glasarbeiters, es geschehe oft unter größter Lebensgefahr, und mancher Glasmacher sei schon dabei verunglückt und zum Krüppel geworden. Ferner sei der Unternehmer verpflichtet, Arbeitsgeräte zu liefern. Hier sei es Mode, daß die Kollegen alle Geräte und Material selbst liefern und Instandhalten müssen, höchstenfalls gibt es freie Getränke, was unter allen Umständen zu verwerfen sei.

Es gelangt nachstehende Resolution zur Annahme:

„Da die Arbeit des Glasmachers ein sehr anstrengende und aufreibende ist, und diese die Entfaltung der gesamten Arbeitskraft während der Produktion erfordert, beschließt die Konferenz, daß sämtliche Nebenarbeiten, wie Ausleeren der Kühlöfen, Ringvorsetzen, Einbringen der Schiffchen usw., nicht mehr vom Glasmacher auszuführen sind, sondern hierfür besondere Arbeiter eingestellt werden müssen. Weiter fordert die Konferenz die Gewährung sämtlicher Arbeitsgeräte, wie Pfeifen, Scheren, Klötze usw. durch die Fabriksleitung. Der Flaschenmacher betrachtet sich lediglich als Angestellter des Betriebes und fordert aus diesem Grunde unentgeltliche Gewährung und Instandhaltung sämtlicher Arbeitsgeräte."

Hierauf referiert über Punkt 3:

Lohn- und Wohnungsfrage,

Otto **Oehmke**-Altona: Mehr und mehr erstrebe man heute eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, während man früher weniger dazu geneigt war. Man hatte den Tarifverträgen den Vorwurf gemacht, sie hinderten den Arbeiter, die gute Konjunktur auszunutzen; man müsse aber auch beachten, daß die Verträge den Arbeiter in schlechten Perioden bis zu einem gewissen Grade schützen. Sie hinderten auch keineswegs die technischen Fortschritte. Der Arbeitsvertrag des einzelnen trete immer mehr in den Hintergrund; in Betracht komme nur noch die Gesamtheit beim Vertragsabschluß. Redner erörtert die Verhältnisse in der Flaschenmacherbranche. Schon seit der ersten Glasarbeiterbewegung hatte man eine tarifliche Regelung im Auge gehabt.

Bisher sei es nur den Glasschleifern und Bläsern in Thüringen und den Rohglasarbeitern an einigen Orten gelungen, Tarife abzuschließen, den Flaschenmachern jedoch noch nicht, obgleich es bei diesen am ersten möglich sei. Die verschiedene Berechnung nach Schock oder Hüttenhundert müsse beseitigt werden, vor allen Dingen auch das fluchwürdige Prämiensystem. Auf einigen Betrieben werden Abzüge gemacht, wenn der Arbeiter nicht eine bestimmte Lohnsumme erreicht, auch dann, wenn der Minderverdienst durch Betriebsstörungen hervorgerufen wurde. Die Durchschnittslöhne von 50 Fabriken betragen: 5 Fabriken unter 20 M. pro Woche, 16 Fabriken über 30 M., 29 Fabriken 20 bis 30 M. Redner erörtert dann noch die Lohnzahlung und ersucht, darauf hinzuwirken, einheitliche Normen zu schaffen für bestimmte Bezirke, resp. für das ganze Reich. Die Wohnungsfrage ist von einschneidender Bedeutung für uns. Fast überall wohnen die Glasarbeiter in den Wohnungen der Unternehmer. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses muß auch sofort die Wohnung geräumt werden. Der Arbeiter gelangt dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis, da auch sehr oft eine Ueberwachung stattfindet. Was der Arbeiter liest, wo er verkehrt, wann er im Hause ist usw., alles erfährt der Unternehmer. Es sind Bestimmungen getroffen, die eines freien Menschen unwürdig sind und daher einer Sklavenordnung gleichen. Hier eine Probe:

„Kein Arbeiter ist berechtigt, ohne Erlaubnis des zuständigen Betriebsbeamten Fremde zu beherbergen. Jedes Familienmitglied, welches an der Wohnung teilnehmen soll, muß beim Einzug oder wenn es später kommt und länger als 14 Tage bleibt, sofort nach Ablauf dieser Zeit bei dem Betriebsbeamten zur Eintragung in das Wohnungsbuch gemeldet werden."

„Arbeiter, welche sich zu spät verheiraten und der Storch innerhalb der ersten neun Monate erscheint, haben keinen Anspruch auf freie Wohnung. Dieselben müssen eine private Wohnung beziehen und erhalten nicht den geringsten Mietszuschuß."

Dies nur ein paar Fälle. Redner ersucht, diesen Fragen näher zu treten und sie zu erörtern, damit es gelingt, Besserungen herbeizuführen.

Referent unterbreitet der Konferenz folgende **Resolution:**

In der Erwägung, daß die Entlohnung der Arbeiter in den deutschen Flaschenfabriken für die angefertigten Flaschen eine sehr verschiedene ist und dieser Zustand für die Arbeiter wie für die Industriellen keineswegs vorteilhaft sein kann, beauftragt die Konferenz die Organisationsleitung der Arbeiter, mit der Organisationsleitung der Industriellen in Verhandlung zu treten, um einen einheitlichen Lohntarif für alle Fabriken und alle Sorten Flaschen für eine bestimmte Zeit anzustreben.

Die Konferenz fordert: Abschaffung des Prämiensystems und Einführung von wöchentlichen Abrechnungen auf allen Hütten nach vollem Hundert. Schaffung eines einheitlichen Lohntarifes, der alljährlich zu erneuern ist. Der Tarif ist nach Gewicht und Inhalt zu regeln. Der Preis soll in der festzusetzenden Gewichtsskala von 50 zu 50 Gramm auf- und abwärts steigen.

Weiter fordert die Konferenz, daß das Wohnungsverhältnis vom Arbeitsverhältnis völlig getrennt abgeschlossen wird und eine Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht gleichbedeutend mit der Lösung des Wohnungsverhältnisses ist.

In der Diskussion schlägt **Hahmann**-Hainholz vor, daß der Vorstand zur Regelung dieser Materie mit der Unternehmerorganisation in Verbindung tritt. Beim Auszug aus der Wohnung müßten bei ihm noch 6 M. gezahlt werden für Instandsetzung.

Auch die übrigen Redner schlagen vor, in der Lohnfrage einmal an die Unternehmer heranzutreten, um eine Regelung herbeizuführen.

Nach dem Schlußwort des Referenten wird die Resolution angenommen.

Zur Lohnfrage,

dem vierten Punkt der Tagesordnung, führte Albert **Gebel**-Berlin u. a. aus: Wenn auch die Einführung der Maschine in unserer Branche fortschreite, so würde die Handarbeit noch nicht verschwinden, es müßten immer noch Lehrlinge sein. Die Lehrlingsfrage sei ein Schmerzenskind für die Gewerkschaften. Im Handwerk bestehen oft vier Jahre Lehrzeit und doch würde nichts gelernt. Die Regierung hätte wohl Fachschulen eingerichtet, damit der Lehrling eine Ausbildung erhalte, jedoch sei der Besuch nach der Arbeit unzweckmäßig, dann sei der Lehrling müde und abgespannt. Die sozialdemokratische Partei direkt hätte zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, außer in den einzelnen Körperschaften. In Oesterreich verlangte man, daß der Lehrling in Staatswerkstätten ausgebildet würde. Hierin liege auch ein guter Grundgedanke. In unserer Branche habe man sich gestritten, welches System das beste sei: ob das Klotzersystem oder das altdeutsche. Früher konnten nur die Glasmacherkinder das Glasmachen erlernen. Von Kindheit an waren diese in der Hütte, mußten helfen und lernten in der Pause; wenn sie dann zum arbeiten fähig waren, bekamen sie eine Werkstätte.

Das Klotzersystem sei doch noch das beste, da hier der Lehrling unter fachmännischer Aufsicht stehe. Leider trete durch das Akkordsystem gleich die Ausbeutung ein. Redner weist darauf hin, daß er die Lehrlingsfrage im „Fachgenossen" angeregt habe, die Kollegen seien jedoch nicht näher darauf eingegangen. In den Versammlungen müsse diese Frage geklärt werden. Bisher hätten wir durch die Entlohnung durch den Glasmacher noch keine Schwierigkeiten gehabt, dadurch sei es uns noch eher möglich, einen Druck auszuüben und den Lohn für den Lehrling festzusetzen. Der Lohn könnte dann prozentual festgesetzt werden. Wichtig sei die Beschränkung der Anlernung. Der Lehrling soll nicht zur Ausbeutung da sein, sondern tüchtig im Beruf werden. Der Glasarbeiter auf den Siemenswerken muß sich Lehrlinge halten, um sich ernähren zu können, wenn das überall so wäre, wo solle das hinführen! Referent unterbreitet der Konferenz eine entsprechende Resolution.

Ein Antrag Döhlen: Lehrlinge dürfen nur unter Zustimmung der Ortsverwaltung angelernt werden, und der Antrag Grabein-Flensburg: Moher erhalten das erste Jahr 25 Proz., das zweite Jahr 30 Proz., das dritte Jahr 35 Proz. vom Verdienst, werden dem Vorstand überwiesen.

Folgende Resolution gelangt zur Annahme:

In Erwägung, daß eine glückliche Lösung der Lehrlingsfrage unter der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung kaum möglich ist, da auch in dieser Frage sich die Interessen der Unternehmer und Arbeiter teilweise diametral gegenüberstehen — in fernerer Erwägung, daß eine ständige Reservearmee naturgemäß die gesamte Lebenshaltung der Arbeiter unseres Berufes ungünstig beeinflußt, beschließt die vom 19. bis 20. April 1908 in Hamburg tagende Flaschenmacherkonferenz, auf eine prozentuale Festsetzung der Zahl der Lehrlinge (entsprechend der Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Flaschenmacher) hinzuwirken.

Als beste Form der Lehrlingsausbildung sieht die Konferenz das sogenannte Mohersystem an, da bei diesem System der Lehrgang des Lehrlings unter ständiger Beaufsichtigung steht, wodurch eine geeignete Ausbildung ermöglicht wird. Eine Lehrzeit von drei Jahren ist als vollkommen ausreichend zur Aneignung der erforderlichen technischen Fertigkeiten anzusehen.

Bei dem Thema:

Bezahlung von schlechtem Glas und Bruch,

führt Emil **Girbig**-Berlin aus: Der Glasarbeiter muß sehr viel von seiner Ware verlieren ohne sein Verschulden, dadurch entsteht für ihn ein bedeutender Lohnausfall. Die Gewerbegerichte haben nun in letzter Zeit entschieden, daß dieses dem Arbeiter bezahlt werden müsse. In den meisten Arbeitsordnungen finden wir nun Bestimmungen: „Betriebsstörungen werden nicht bezahlt". Wenn nun viel Bruch vorhanden ist, werden die Industriellen immer

Betriebsstörungen herausfinden und der Arbeiter wird sein Recht nicht erhalten. In einigen Fabriken ist es durchgeführt, daß Bruch bezahlt wird, auf den meisten jedoch nicht. Sehr oft wird von den Beamten unter allen Umständen verlangt, zu arbeiten, wenn nachher die Ware nichts taugt, wird nicht bezahlt. Wenn die Arbeiter dann klagen, werden sie entlassen. Bruch läßt sich sehr gut vermindern durch gutes Glas, gute Kühlöfen und genügend Einträger. Die Klagen der Unternehmer würden sofort verschwinden, wenn die Einträger eine vernünftige Bezahlung und Behandlung erhalten. Die Glasarbeiter dürften die Einträger auch nicht als minderwertig betrachten, sondern als Arbeitsbrüder. Wenn den Einträgern in den Kantinen jedoch stinkende, durchaus ungenießbare Nahrung vorgesetzt wird, so ist es erklärlich, daß sie solchen Verhältnissen entfliehen. Wir müssen verlangen, daß wir den vollen Ertrag unserer Arbeit erhalten.

Folgende Resolution gelangt zur Annahme:

Fast in allen Flaschenfabriken fordern die Industriellen und deren Beamte, daß die Arbeiter verpflichtet sind, schlechtes Glas zu verarbeiten, trotzdem die Gewißheit besteht, daß die davon angefertigten Flaschen unbrauchbar sind. Werden dann aber die Flaschen dem Kühlofen entnommen, dann werden dieselben als untauglich zum Verkauf verworfen. Da aber auch zugleich durch die Verarbeitung von schlechtem Glas ungemein viel Bruch entsteht, beschließt die Konferenz der Flaschenmacher, daß die Arbeiter für alle von schlechtem Glas angefertigten Flaschen Bezahlung verlangen und ebenso der dem Glasmacher im Kühlofen entstandene Bruch bezahlt wird. Weiter fordert die Konferenz, daß auch dem Arbeiter eine Entschädigung für die Zeit gegeben wird, in der wegen schlechten Glases nicht gearbeitet werden kann.

Zum Punkt 6:

Der Arbeitsnachweis

sprach Girbig: Der Arbeitsnachweis gehört in die Hände der Arbeiter, weil sie über ihre Arbeitskraft zu verfügen und zu bestimmen haben. Die Unternehmer erklären jedoch, sie hätten zu bestimmen, da sie die Arbeit vergeben. Seit 1901 hätten die Flaschenmacher keinen Einfluß auf den Arbeitsnachweis. Durch den Kraienkamp werden die Kollegen ausgesperrt, welche für unsere Interessen eintreten. Bei Sperren werden die Arbeiter auch von den nicht berührten Firmen gesperrt, sie erhalten dort keine Arbeit. Sperren wirken nur dann, wenn wir die Kollegen aus der Fabrik herausziehen können und niemand hineinkommt. Wir brauchen hier keine besondere Resolution, hier sind für uns die Beschlüsse der modernen Arbeiterschaft maßgebend.

Breitholz legt folgenden Antrag vor:

„In Anbetracht, daß wir die Macht der Organisation fördern wollen, beschließt die erste Flaschenmacherkonferenz, daß, sobald der Vertrauensmann erfährt, daß Kollegen auf einer anderen Fabrik in Arbeit treten wollen, er sich mit dem Vertrauensmann der betreffenden Zahlstelle in Verbindung zu setzen oder sich an den Hauptvorstand zu werden hat, um Auskunft über die Verhältnisse zu erhalten."

Der Antrag Breitholz gelangt zur Annahme, ferner ein Antrag Philipp-Stralau:

„Die Konferenz möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, Umfrage bei jenen Fabrikanten zu halten, welche dem Ring nicht angeschlossen sind, ob diese Willens sind, mit uns einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten."

Der folgende Punkt betraf

Die Flaschenmaschine.

E. Girbig: Schon vor Jahren habe man Maschinen gehabt, jedoch hatte stets sehr gutes Glas verarbeitet werden müssen. Man scheine mit dem Geschrei über die neue Erfindung einen gewissen Zweck zu verfolgen. Das Patent kostet 16 Millionen; nun hätte der europäische Verband 12 Millionen aufgebracht. Wenn das Patent wirklich gut und einwandsfrei sei, so hätten die Hetze und Genossen es sicher sofort erworben. Wir begrüßen jeden Fortschritt, da er zum Nutzen der Menschheit führt. Bei Einführung der Setzmaschine bei den Buchdruckern sei es diesen möglich gewesen, kraft ihrer Organisation alles zu regeln. Nun wünschen die Kollegen einzelner Zahlstellen für die Flaschenmacher höhere Beiträge zu erheben; der Unterstützungsfonds solle zentralisiert werden. Stralau hätte jetzt den 70 Pf.-Beitrag eingeführt. Redner weist darauf hin, wenn die Flaschen alle so seien, wie die Flasche, welche den Delegierten zur Ansicht vorgelegen, so brauchten wir die Maschine sicher nicht zu fürchten.

In seinem Schlußwort geht Girbig auf die Frage der Unterstützungsfonds ein. Das Geld müsse am Orte bleiben, um etwa notwendige Ausgaben decken zu können, es müssen Bestimmungen getroffen werden, daß Kollegen, welche jahrelang an einem Orte bezahlt haben, an einem anderen Orte eventuell auch Unterstützung erhalten.

Punkt 8 der Tagesordnung betrifft die

Internationale Verbindung.

Referent A. Gebel-Berlin weist zunächst auf die früheren Beschlüsse hin (Jena, Hannover). Redner erläuterte dann noch des näheren die Verhältnisse mit England. Es sei notwendig, daß die Kollegen in Versammlungen zum nächsten internationalen Glasarbeiterkongreß Anträge stellen, damit diese dann veröffentlicht werden können. Der Kongreß müsse für einen Sekretär sorgen in einem Lande, wo die Kollegen mehrere Sprachen beherrschen. Die Unternehmer hätten sich international vereinigt, auch unsere Pflicht sei, darauf hinzuwirken, daß eine feste internationale Organisation geschaffen werde.

Es gelangen folgende Anträge Stralau zur Annahme:

Um die engere Verbindung unter den Flaschenmachern zu fördern, sollen sich die Konferenzen im Anschluß an die Generalversammlung wiederholen.

Drohen in mehreren Flaschenfabriken Streiks auszubrechen, wozu nicht genügend Mittel vorhanden sind, um dieselben tatkräftig zu unterstützen, so ist solchen Orten der Vorzug zu gewähren, wo die Lohnverhältnisse am schlechtesten sind oder es sich um die Existenz der Organisation handelt.

Nach einer Debatte über die Maifeier erhält Girbig das Schlußwort: Wir haben uns über alle Fragen ein klares Bild geschaffen, alle Punkte waren gleich wichtig, alle Delegierte waren von dem Gefühl beseelt, etwas Gutes zu leisten. Wir bedürfen nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisation. Es ist unser Streben, das Ziel möglichst schnell zu erreichen.

Aus der Partei.

Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei Englands.

London, 21. April. (Eig. Ber.)

Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) tagte in Manchester und war von 160 Delegierten besucht. Dem Jahresberichte ist zu entnehmen, daß die S. D. P. jetzt 12 000 Mitglieder zählt. Die Parteidruckerei hatte einen Umsatz von 7000 Pfd. Sterl. Bei den städtischen und anderen lokalen Wahlen erhielten die Parteikandidaten 35 751 Stimmen. Die wichtigste Debatte des Kongresses betraf die Frage des Anschlusses an die Arbeiterpartei. Von den Rednern für den Anschluß sind die Genossen Knee (Schriftsetzer) und Hyndman zu nennen. Knee sprach ganz im Sinne der Marxschen Briefe an Bolte und der Kritik von Engels, wonach die Aufgabe der Sozialisten darin besteht, innerhalb der Arbeiterbewegung zu wirken und sie zum revolutionären Bewußtsein zu erziehen. Hyndman meinte, es gab eine Zeit, wo es für die Sozialisten am besten war, außerhalb der Arbeiterbewegung zu stehen. Jetzt aber hat sich die Lage geändert. Eine tüchtige sozialistische Minderheit könnte innerhalb der Arbeiterpartei für die Vorbereitung des sozialistischen Gedankens sehr viel leisten. Gegen den Anschluß sprachen u. a. die Genossen Quelch, Carmichael und Pierson. Quelch behauptete, daß die Arbeiterpartei noch lange nicht sozialistisch ist, ein Anschluß an die Arbeiterpartei würde einem Geständnis gleichkommen, daß die Sozialdemokratische Partei seit Jahren eine falsche Taktik verfolgte und daß die rote Fahne in die Tasche gesteckt werden müßte. Carmichael sprach im selben Sinne. Pierson meinte, die S. D. P. könnte sich ebenso gut den Neutheologen anschließen, da auch diese dem Sozialismus zustrebten.

Die Abstimmung über diese Frage ergab folgendes Resultat: 130 gegen, 30 für den Anschluß.

Alle anderen Resolutionen und Debatten betrafen innere Organisationsfragen und Parteiangelegenheiten.

Maifestblätter.

Die Mainummer des „Wahren Jacob" gelangt in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Sie wird enthalten die farbigen Bilder „Zum ersten Mai" und „Flottenvermehrung", sowie die weiteren Bilder „Maifeier 1908", „Vorsorglich", „Der Herr Divisionspfarrer", „Befähigungsnachweis für ausländische Diplomaten", „Der Sprachenparagraph", „Russischer Bettler", Studie von Rudolf Hannich, „Nachklänge vom Journalistenstreik", „Der Talismann des Freisinns", „Der Modernist in der Küche", „Frommer Wunsch" und „Der Blockabgeordnete in den Ferien". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Wir kommen!" von Ludwig Jessen, „Reichsvereinsgesetz", „Freundschaftliche Begegnung" von A. Scholz, „De schlabbe Boblezer", „Lob der Unschuld", „Wir wollen den Frühling" von Clara Bohm-Schuch, „Junker Lenz", „Er demonstriert nicht" und „Russischer Bettler"; aus den zahlreichen Prosabeiträgen erwähnen wir die Humoreske „Ein fröhliches Maifest" von Alwin Rudolph und „1999. Ein Traum in der Mainacht". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die Mainummer des „Süddeutschen Postillon" ist im Verlage des Genossen M. Ernst in München erschienen. In weihevoller Tönung gibt sich das Titelbild, eine mächtige Opferflamme in die Höhe sendend. Das farbige Vollbild, das Caudinische Joch behandelt den Journalistenstreik im Reichstage. — Diavolo gibt eine Zeichnung: Die Liebe hört nimmer auf. — A. F.s Mißlungener Pflichteifer ist eines der besten Bilder aus deutschem Patriotenleben. — Auch ein Demonstrierender, Steinbergs Schlußbild zur Mainummer. Eine Beilage enthält Adolf Menzels berühmtes Eisenwalzwerk, das den Dichter des Postillions zu einem Mairuf begeistert. — E. M., Maienhoffnung (Ged.) — Maigedanken. — Rot und gelb (Ged.) — Bemerkung (Ged.) — Schweres Dasein. — Das Kaviarfäßchen, eine Humoreske. — Der Junker, Ged. von L. P. — Glossen. — An den Freisinn (Ged.) — Immunität und Disziplin (Ged.) — Der alte Diplomat an seinen Sohn (Ged.) Interessante Beiträge vom Abderiden und seinen Genossen. Preis 10 Pf.

Die österreichische Maifestschrift, die im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand u. Co., Wien VI. Gumpendorfer Straße 18, erschien, weist einen Fortschritt in der Ausstattung auf.

Die Beilage ist auf besserem Papier in Schwarzdruck hergestellt, wodurch das Bild „Ein Triumphzug der Freiheit" nach einem Stiche aus der französischen Revolutionszeit mugemein gewinnt. Das Titelbild zeigt einen jugendfrischen Mädchenkopf. Aus dem sorgfältig zusammengestellten, mehr belletristischen Inhalte nennen wir die Aufsätze von Dr. Otto Bauer, Karl Leuthner, Hugo Schulz, Hans Pilz, Max Winter, Adolf Braun und Edwin Kristan. Die Festschrift, die Dr. Ellenbogen redigiert hat, kostet 20 Heller.

Maifeierbeschlüsse.

Das Gewerkschaftskartell, die Gewerkschaftsvorstände und die Parteileitung zu Dortmund haben in gemeinschaftlicher Sitzung nach lebhafter Diskussion die Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission als für Dortmund nicht bestehend gemäß der Frankfurter Resolution erklärt.

Das Gewerkschaftskartell in Köln erklärte sich gegen die Vereinbarungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission, sie seien unglücklich formuliert und undurchführbar. Die statutarischen Bestimmungen der Gewerkschaften würden durch sie zum Teil einfach außer Kraft gesetzt. Nach längerer Debatte wurde die Resolution des Frankfurter Kartells und der Parteiinstanzen angenommen.

Eine Zentralbibliothek für den Wahlkreis Dortmund. In Dortmund wurde eine Vereinbarung zwischen Gewerkschaftsausschuß und Zentralvorstand der Partei getroffen, daß die Bibliothek des Kartells auch den organisierten Parteigenossen des ganzen Wahlkreises zur Verfügung stehen soll. Die Bibliothek soll nach dem Gebäude der „Arbeiter-Zeitung" verlegt werden, wo auch ein Lesezimmer eingerichtet werden soll.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In die deutsche „Freiheit" zurückgekehrt ist der Genosse Robert **Müller vom „Sächsischen Volksblatt" in Zwickau**, nachdem er zwei Monate Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung verbüßt hat.

Soziales.

Die Rentenbeschneidungskreisekommission.

Ueber die oberamtliche Bereisung mehrerer landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaftsbezirke enthält der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1907 recht bemerkenswerte Angaben. Die Klagen der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer und der ihnen nahestehenden Kreise, beispielsweise der preußischen Landwirtschaftskammern, über das Anwachsen der Unfallkosten waren beständig gestiegen. Um die Berechtigung dieser Klagen nachzuprüfen, die Ursachen der Steigerung zu erforschen und Mittel zur Abhülfe zu suchen, wurde eine größere Anzahl von Sektionsbezirken mehrerer landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften von zwei Mitgliedern des Reichsversicherungsamts bereist.

Zahlreiche berufsgenossenschaftliche Organe aller Art wurden herangezogen, die Rentenempfänger von neuem ärztlich untersucht und zum großen Teil von den Kommissionsmitgliedern persönlich begutachtet. Bei diesen eingehenden örtlichen Erhebungen sind, wie der Bericht des Reichsversicherungsamts hervorhebt, nicht nur die sich nach den geltenden Reichsgesetzen bietenden Mittel zur Abhülfe, sondern auf Wunsch des Staatssekretärs des Innern auch gesetzgeberische Maßnahmen ins Auge gefaßt worden, welche unter Vermeidung eines Rückschrittes in der vom Gesetze beabsichtigten sozialen Fürsorge zur Beseitigung vorgefundener Mißstände vorzuschlagen wären. Es haben deshalb zeitweise an den Bereisungen auch zwei Beauftragte des Reichsamts des Innern, ferner mitunter je ein Beauftragter der preußischen Minister des Innern und für Medizinalangelegenheiten teilgenommen. Diese Erhebungen haben sich bisher auf die Bezirke der Brandenburgischen und der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft erstreckt. Ueber das sachliche Ergebnis der Erhebungen bemerkt das Reichsversicherungsamt, daß es in zahlreichen Fällen an der für die zutreffende Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit erforderlichen Aufklärung der medizinischen und sonstigen Verhältnisse gefehlt hat und daß insbesondere bei der Kontrolle der laufenden Renten vielfach bessere Veranstaltungen getroffen werden sollten als bisher. Es sei nach den Erhebungen wahrscheinlich, daß die Rentenlast wegen der Unzulänglichkeit der Ermittelungen in vielen Fällen nicht unwesentlich höher ist, als sie sein würde, wenn die vorgefundenen Mängel beseitigt oder nach Möglichkeit gemindert wären.

Hiernach ist bei den Revisionen von der Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen vorläufig nichts zu spüren gewesen. Vielmehr wird die Rentengewährung an Unberechtigte und die Bewilligung zu hoher Renten auf „technische Mängel im Verwaltungsapparat" zurückgeführt. Gehen derartige Erhebungen durchaus fehlerlos vor sich, so kann es sich bei dem massenhaften Material doch in der Hauptsache nur um Stichproben handeln. Und die sind in solcher wichtigen Frage selbstverständlich nicht maßgebend für die Behauptung des Anwachsens der Unfallrentenlasten. Will man aber der Reisekommission absolut zu einem Erfolg verhelfen, woran ja die notleidenden Agrarier das größte Interesse haben, so ist die Vorlegung „geeigneten" Materials nicht allzu schwer. Was kommt also schließlich bei der Geschichte heraus? Ein allgemeines Herabdrücken des gesetzlichen Rentenrechts zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeitgeber. Daß die Reisekosten der Kommission vielleicht höher sind als die herausspintisierten Rentendifferenzen, das spielt natürlich keine Rolle. Die Hauptsache bleibt: den Agrariern den Willen tun und den Geldbeutel schonen!

Bayerische Armenpflege. Das wohlhabende, in dem romantischen Altmühltal gelegene Städtchen Pappenheim stellt seinen Ortsarmen wohl ein dürftiges Obdach zur Verfügung, überläßt ihnen aber die Sorge um des Leibes Notdurft selbst. Wer zu gebrechlich ist, um sich durch Arbeit ernähren zu können, muß sehen, wie er das Nötige durch Betteln zusammenbringt. Diesem Zwang unterliegt auch ein erblindeter Armer, der vorige Woche einen Bettelgang in die Umgegend antrat, aber nicht mehr zurückkehrte. Der Blinde hatte sich in der bergigen und waldreichen Gegend verirrt und war in eine enge, entlegene Schlucht geraten, aus der er nimmer herausfand. Nach zwei Tagen fand man ihn bewußtlos in der Schlucht. Göttliche Weltordnung!

Aus der Frauenbewegung.

Der erste Kongreß italienischer Frauen.

Rom, den 21. April. Vom 23. bis zum 30. April wird in Rom der erste Kongreß der italienischen Frauen tagen. An den Arbeiten können als Stimmberechtigte alle Delegierte von Frauenvereinen teilnehmen, ferner die Referentinnen und die Frauen, die sich vor der Eröffnung des Kongresses als Rednerinnen haben eintragen lassen. Der Kongreß wird sich in sechs Sektionen teilen: Erziehung und Bildung, soziale Hülfstätigkeit, moralische und rechtliche Lage der Frau, Literatur und Kunst, Hygiene und Auswanderung. An allgemein wichtigen Fragen werden die des Stimmrechts, der Ehescheidung und der Erforschung der Vaterschaft verhandelt werden. Das Organisationskomitee, in dem die gute Hälfte aus Damen des norditalienischen Adels besteht, schützt sich durch eine recht eigenartige Geschäftsordnungsklausel vor einer Ueberrumpelung durch eine unliebsame Mehrheit, deren Zustandekommen durch die Bestimmungen der Einberufung möglich wäre. Zur Abstimmung kommen nur die Tagesordnungen, die von der Präsidentschaft angenommen werden. Das ist nicht gerade vielversprechend.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg. Montag, den 27. April, abends 8½ Uhr, im „Schwarzen Adler", Inh. Gebrüder Arnold, Frankfurter Chaussee 5. Vortrag. Herr Walter Zimmermann: „Aus dem Zeitalter der Renaissance".

Friedrichshagen. Montag, den 27. April, 8½ Uhr, im Restaurant „Wilhelmsbad", Seestr. 45: Vortrag Dr. Bruno Wille. — Die Genossen werden ersucht, die entliehenen Bücher der Bibliothekkommission zurückzugeben.

Tegel-Borsigwalde. Mittwoch, den 29. April, bei Woltschack in Borsigwalde, Kommandstraße 1. Vortrag. Tagesordnung: „Warum müssen die Frauen den Organisationsgedanken pflegen?" Referent Emil Dittner.

Köpenick. Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr, bei Joch, Schöneiinder Straße 1. Vortrag. Genossin Berta Lungwitz: „Kinderausbeutung und ihre Verhütung".

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 54—57, Bullenfleisch Ia 63—68, IIa 52—62, Kühe, fett 46—56, do. mager 34—42, Fresser 48—56, Bullen, dänische 40—61. Kalbfleisch, Doppellender 110—130, Mastkälber Ia 87—95, IIa 76—85, Kälber ger. gem. 53—68, do. holl. 50—55. Hammelfleisch Mastlämmer 71—74, Hammel Ia 63—67, IIa 57—62, ungar. 0,00. Schafe 42—55. Schweinefleisch 52—58. Rottwild, per Pfd. 0,50—0,61. Wildschweine, per Pfd. 0,40—0,50, Frischlinge 0,50—0,60. Kaninchen, Stück 0,70—1,10. Schneehühner, Stck. 0,80—0,90. Birkhähne, Stck. 1,75—2. Birkhennen 0,00. Schnepfen, Ia Stück 2,25—2,75, do. IIa 1,50—2,00. Fasanenhähne, junge, Stck. 2,50—3, do. alte 2,75. Hühner, Ia per Stück 1,50 bis 2,50, dito IIa Stück 0,60—1,40, dito Wolga-, Stück 1,20—1,90. Hamburger Rükken, Stück 0,80—1,20, Poulets 0,60—1,10. Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00. Tauben, junge, Stück 0,50—0,80, dito alte 0,40—0,60, dito italien. 0,50—0,80. Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 1,75 bis 3,00, dito Hamburger, per Stück 3,00—4,30. Gänse per Pfd. 0,00, do. russische 0,50—0,55, do. junge Hamburger 0,80—1,10. Puten Ia per Pfd. 0,70—1,00, do. IIa. und alte 0,60—0,61. Hechte per 100 Pfd. 116—132, do. mittel 0,00, do. groß 41—60, do. groß-mittel 86, do. matt 0,00. Zander, mittel, matt 0,00, do. groß 110, do. großmittel 0,00. Schleie, groß 0,00, do. uns. IIa 0,00, dito klein IIa 0,00. Aale, klein 0,00, do. mittel 115—126, do. groß 135—138. Karpfen 30—35er 0,00, do. 40er 0,00, do. 50er 87, do. 50er Lausitzer 0,00, do. 70er 0,00. Rodbow 0,00. Plötzen 0,00, dito groß 48—55. Aland 0,00. Quappen, klein 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische, klein 0,00, matt 39. Barse 91—102, do. klein 0,00. Bleie 59—61. Bleifische 0,00. Karauschen 0,00. Winter-Rheinlachs, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs Ia, p. 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, p. 100 Pfund 20—25. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Mall 0,00, schwedische 0,00, englische 0,00, Stralsunder 3,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,00, do. Rügenwalder, 0,40—0,50. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,60, do. mittelgroß 0,90—1,20, klein 0,00—0,00. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 4,00—5,00, dito ½ Kiste 2,00—2,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, mod. 35—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ Lo. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4—5, do. Rieler- 10. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 10—11 cm 5—6,50, do. unsortiert 0,00, Galizier, klein 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Lands-, unsortiert per Schock 3,00—3,25, do. große 3,40—4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 119—121, IIa 116—120, IIIa 110—116, abfallende 105—110. Saure Gurken Schock 4,50—5. Pfeffergurken Schock 4,50—5. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,00—3,25, weiße runde 2,50—3,00, mag. bon. 2,75—3,25. Porree, per Schock 1,25—2,00. Meerrettich, Schock 8—14. Spinat per 100 Pfund 6—15. Sellerie, per Schock 8—20, do. pomm. 0,00. Zwiebeln per 100 Pfd. 6,00—7,00. Petersilie, grün. Schockbund 1,00—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,08—0,12, junger, per Stück 0,25. Mohrrüben, 100 Pfund 4,00—5,00. Karotten, per 100 Pfund 14—30. Wirsingkohl, holl. p. Schock 11—22. Rotkohl, Schock 14—15. Weißkohl p. 100 Pfd. 5—7. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 60—75, do. in Körben 18 Stück 3,75—4,00. Rosenkohl, franz., per 100 Pfund 0,00. Grünkohl 0,00. Kohlrüben, Schock 3,00—5,00. Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 5,00—6,00, Schockbund 5,00—6,00. Schnittlauch, Schockbund 0,60—1. Tomaten, kanar., per Kiste 2,50—3,75. Rote Rüben, per 100 Pfund 7,00—8,00. Rhabarber 100 Bund 4—5. Radieschen 20 bis 30. Rübchen 0,00. Eskarol, 100 Stck. 0,00. Endivien, 100 Stck. 30. Radieschen, Schock 2,50—2,75. Waldmeister, Mandel 0,75—1,00. Meerkohl 1,80—2,00. Sprotzkohl, 100 Pfd. 14—15. Birnen, Kochbirnen hiesige, per 100 Pfd. 6—10,00, Tafelbirnen Ia 30—32, do. IIa 6—17, Italiener Ia 25—28, do. IIa 18—20. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 0,00, do. IIa 22, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 5—14, Koch- 5—12, Tafeläpfel Ia 15—23, do. IIa 0,00, Amerikaner, per Faß 21—34, Italiener, lose, 100 Pfd. 8—14, do. in Körben per 100 Pfd. 10—16, do. in Kisten 10—25. Weintrauben, Almeria, per Faß 12—30. Ananas I, per Pfund 0,70—0,78, do. II 0,50. Bananen, kanar., per 100 Pfd. 23—27, Jamaica 24,00—25,00. Maronen, italienische, per 100 Pfund 0,00. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 22—25, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 22—35. Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 6,50—9,50, do. 360 Stück 7—10, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Marcia, 200 Stück 7,50—10,00 do. 300 Stück 8,00—12,00, do. Blut- 200 St. 8,50—12,00, do. Blut- 300 Stück 10,00—13,00, do. Valencia 420 Stück 14,00—18,00, do. 714 Stück 19—25,00, do. Messina 160 Stück 9—12,00, do. 200 Stück 10—12,50, do. 300 Stück 12—13,00, do. Blut- 100 Stück 7—8,00, do. 150 Stück 7—8,00, do. 80 Stück 6,50—7,00, do. 160 Stück 12—15, do. 200 Stück 12—15, do. Kalif. 0,00. Datteln, per 100 Kart. 12, do. per 10 Pfd. 6,00, do. Kalif. 100 Pfund 28—30.

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 26. April 1908, vormittags 10 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom ersten Quartal 1908 und Bericht der Revisoren. 2. Berichterstattung über die stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund. 3. Die Maifeier.

☛ Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. ☚ 30/5

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Zweigvereinsvorstand.**

NB. Die zu obigem Datum angesetzten Bezirksversammlungen finden wegen der Generalversammlung **nicht statt.** D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

☛ Einsetzer! ☚

Morgen Sonntag, 26. April, vorm. 9½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung der roten Kartenkleber.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Unterstützung der Arbeitslosen am 1. Mai? **Die Branchenkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Montag, 27. April, abends 8½ Uhr, im „Volkshause", Rosinenstr. 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** über: **„Freie Fortbildungskurse für Arbeiter."** 2. Kassenbericht vom ersten Quartal 1908. 3. Maifeier. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

83/10 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Montag, 27. April, abends 8 Uhr, in Bökers Festsälen, Weberstr. 17:

Mitglieder-Versammlung sämtl. Branchen

Tages-Ordnung: 73/4
1. **Vortrag** des Kollegen **Dornheim.** 2. Abrechnung und Bericht der Ortsverwaltung.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten 156/18

Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbranche: Mittwoch, den 29. April 1908.
Treibriemenbranche: Montag, den 27. April 1908.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 30. April 1908.
Militärbranche: Heute Sonnabend, den 25. April 1908.
Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 30. April 1908.
Wagenbranche: Donnerstag, den 30. April 1908.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, den 30. April.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 27. April 1908.

Die Kollegen sind verpflichtet, vorstehende Branchenversammlungen recht zahlreich zu besuchen. **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler

und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Bezirk A am **Sonntag, den 26. April, vormittags 10½ Uhr,** im Gewerkschaftshaus, Saal 3.
„ B am **Sonntag, den 26. April, vormittags 10½ Uhr,** bei **Ehlert,** Wienerstr. 25.
„ C am **Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr,** bei **Schulz,** Alte Jakobstr. 18/19.
„ D am **Montag, den 27. April, abends 8½ Uhr,** bei **Hummel,** Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vierteljährlicher Kassenbericht pro 1. Quartal 1908. 3. Anträge zur Generalversammlung und Delegiertenwahl. 4. Verschiedenes.

Die Zahlstelle vom Bezirk A ist von Naunynstr. 78 nach **Naunynstr. 14** bei **Schubert** verlegt worden.

286/11 **Die Ortsverwaltungen.**

Für das „Hamburger Echo"

wird zu möglichst baldigem Eintritt ein erfahrener **Redakteur** gesucht. Bewerber wollen ihre Meldungen mit Angabe des Zeitpunktes, wenn der Eintritt erfolgen kann, Mitteilung der Gehaltsforderung und Schilderung der bisherigen Tätigkeit unter der Aufschrift „Redakteurposten" bis 6. Mai richten an die **Geschäftsleitung der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.,** Hamburg 36, Fehlandstraße 13. 286/12

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut u. Mützen Engros-Geschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen

Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00
Weiche do. v. 1,50-6,00
Herren-Mützen v. 0,40-2,50
Kinder-Mützen v. 0,40-3,00
Herren-Strohhüte v. 0,50-13,50
Kinder-Strohhüte v. 0,40-3,00
Garn.-Damenhüte v. 1,00-5,25

Nur fehlerfreie moderne Ware

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe.

Der Jahresbericht ist erschienen und kann im Kassenlokal **Engelufer 15, 2 Treppen** in Empfang genommen werden.

213/19 **Der Vorstand.**

Möbelfabrik „STERN"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanzkonto per 31. Dezember 1907.

Aktiva.

Kassenbestand		1257,73
Warenbestand		57645,—
Inventar-Konto	4447,90	
15 % Abschreibung	667,90	3780,—
Bank-Konto		24424,10
Debitoren-Konto		15552,15
Verlust- und Gewinn-Konto		3623,58
	M.	106282,56

Passiva.

Anteil-Konto	720,—
Reserve-Fonds	395,—
Unkosten-Konto	1390,—
Darlehn-Konto	98911,34
Kreditoren-Konto	4866,22
M.	106282,56

Die Zahl der Genossen beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 24; eingetreten sind im verflossenen Geschäftsjahre keine, ausgetreten 3.

Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt M. 720,—, die Haftsumme auch M. 720,—.

Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich um M. 90,— verringert.

1603b] **Der Vorstand.**

Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für Brennabor-Räder!

Kein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17–18 □ □ Veteranenstr. 1–2

Zu Extra-Preisen

Mehrere Waggon Porzellan und Glas

so lange Vorrat

Echt Porzellan

16000 Stück Teller	flach	Stück	10 Pf.
	tief	Stück	15 Pf.
	Dessert	Stück	8 Pf.
	Kompott	Stück	5 Pf.
3600 Stück Kompottschalen		Stück	5 Pf.
300 Stück Saucièren		Stück	48 Pf.
150 Stück Terrinen	oval u. rund	Stück	1.75
150 Stück Kartoffel-Schüsseln	oval mit Deckel	Stück	98 Pf.
1500 Stück Braten-Schüsseln		Stück	28 48 68 98 Pf.
900 Stück Leuchter	usw.	Stück	8 Pf.
1690 Stück Kaffeeservice	für 2 Personen bestehend aus: Kaffeekanne, Zuckerdose, Milchtopf, 2 Tassen	Stück	50 Pf.

Glas

Wassergläser	Stück	4 u. 7 Pf.
Bierbecher ⅜ oder ½ Liter	Stück	10 Pf.
Viktoriabecher mit Goldrand ⅜ oder ¼ Liter	Stück	15 Pf.
Likörgläser 6	Stück	28 Pf.
Compotièren 3 teilig, großer Satz		50 Pf.
Compotièren 5 teilig, großer Satz		88 Pf.
Sturzkaraffen mit Glas		20 Pf.
Käseglocken 28 Pf., geschliffen		58 Pf.
Butterdosen 19 Pf., Zuckerschalen		10 Pf.
Likörservice	Stück	50 Pf. und 95 Pf.
Zitronenpresser	Stück	8 Pf.
Weißbierpokale	Stück	20 Pf.
Kompotteller	Stück	4 Pf. und 8 Pf.
Bierkannen	Stück	58 Pf.

Ein großer Posten
Bunte Einzelsachen
feinste Dekorationen
(Teller, Kaffeekannen, Tassen usw.)
außerordentlich billig.

Spezial-Garnitur (neunteilig)
6 Kompotteller
1 Zuckerschale
1 Butterdose
1 Käseglocke
zusammen 95 Pf.

Begründet 1879.

Im eigenen Interesse

eines jeden Käufers von Herren- und Knabengarderobe liegt es, sich von der Leistungsfähigkeit meiner seit dem Jahre 1879 im Osten Berlins bestehenden Firma zu überzeugen. Ich führe nur gute und reelle fertige Bekleidung vom einfachsten bis zu dem elegantesten Genre. Eine Spezialität meiner Firma ist Anfertigung nach Maß von besten deutschen und englischen Stoffen in eigenen Werkstätten im Hause. Garantie für guten Sitz und tadellose Verarbeitung zu mäßigen Preisen. Der fortdauernd wachsende Zuspruch aus allen Kreisen bietet die beste Gewähr für die Reellität meiner Firma.

JULIUS LINDENBAUM

Herren- und Knabengarderobe
Große Frankfurterstraße 141 Ecke der Fruchtstraße.

Lieferant des Berliner Konsumvereins.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere
elegante fertige Herren-Moden
Massanfertigung, feinste Verarbeitung.
Grosses Stofflager.
Erstklassige Schneider-Werkstatt im Hause.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
Rosenthalerstrasse 40-41, I (Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, I
Bahnhof Jannowitzbrücke

Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach **Pichelswerder** zum **Alten Freund.** 26552*

Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 25299*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10–2, 5–7, Sonn. 10–12 Uhr

Centralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35,
neben der Zentral-Markthalle,
liefert an jedermann elegante fertige
Herren-Garderoben
sowie nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentl. ☛ Teilzahlung von 1 M. an ☚
Zuschneiderei und Werkstätten im Hause.
Lagerbesuch lohnend.
Auf Wunsch besucht Sie unser Stadtreisender mit den neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.
Kein Waren-Kredithaus, daher billigste Preise.

Die **Marke „Problem"** ist in allen vom Zigarrenhändler-Bunde unabhängigen Geschäften in bewährter Güte zu haben. 2718L*

Cigarettenfabrik „Problem".

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlkreis Osthavelland.

Die Wählerlisten zur Landtagswahl liegen am 30. April und 1. und 2. Mai aus. Die Genossen werden zur Einsichtnahme in dieselben aufgefordert.

Rixdorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins hiermit zur Kenntnis, daß am Dienstag, 28. April, in Hoppes Festsälen die Generalversammlung stattfindet. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung darf niemand fehlen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonntag früh findet Flugblattverbreitung über den ganzen Ort statt. Ferner mögen die Genossen die neue Bezirkseinteilung des Wahlvereins beachten. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntagmorgen findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich den Bezirksführern zahlreich zur Verfügung zu stellen.

Lankwitz. Am Sonntag vormittag findet eine Flugblattverbreitung statt. Da mit dieser Flugblattverbreitung der Landtagswahlkampf für unseren Ort eröffnet wird, erwarten wir, daß sich jeder Genosse daran beteiligt.

Zehlendorf. Am Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Ehrenpflicht jedes Genossen ist es, sich zu dieser Arbeit einzufinden. Der Vorstand.

Wannsee. Sonntag, 26. April, nachmittags 4 Uhr, findet im „Fürstenhof" eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent ist Genosse F. Zubeil. Vormittag von 10 Uhr ab vom „Fürstenhof" aus Flugblatt- und Handzettelverteilung zur Versammlung. Parteigenossen, sorgt für zahlreichen Besuch der Versamlung und seid pünktlich zur Parteiarbeit zur Stelle.

Mariendorf. Sonntag, 26. April, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung betreffs Landtagswahl statt. Jeder Parteigenosse muß sich in seinem Bezirkslokal einfinden. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Sonntag, 26. April, früh ½8 Uhr, findet vom „Wirtshaus Schmargendorf" aus eine Flugblattverbreitung statt, wozu jeder Genosse verpflichtet ist, zu erscheinen. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung betreffend Einsichtnahme in die Wählerliste treffen sich die Genossen früh 8½ Uhr in den Bezirkslokalen. Gleichzeitig wird auf die am Dienstag, 28. April, bei Speer, stattfindende Generalversammlung hingewiesen. Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntag, 26. April, vormittags 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung für den ganzen Ort statt. Treffpunkt bei Albert Gobin, Roonstr. 2. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am Dienstag, 28. April, ein Zahlabend für beide Bezirke bei Albert Gobin stattfindet. Das Erscheinen aller Parteigenossen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Die Genossen treffen sich am Sonntag früh 8 Uhr in den bekannten Lokalen zur Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Britz-Buckow. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, sich pünktlich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Rummelsburg. Am Sonntag, 26. April, findet in sämtlichen ländlichen Bezirken, wie auch in Boxhagen-Rummelsburg, eine allgemeine Flugblattverbreitung zur Landtagswahl statt. Die Parteigenossen werden gebeten, recht zahlreich in den bekannten Lokalen zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß auch für unseren Ort am Sonntag früh von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Der Vorstand.

Weißensee. Sonntag, 26. April, früh 7½ Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Pflicht eines jeden Genossen ist es, sich hieran zu beteiligen. Außerdem hat jede Abteilung mindestens vier Genossen am selben Tage zur Landagitation zu stellen. Abmarsch früh 7 Uhr von Roßkopf, König-Chaussee 38, aus. Das Wahlkomitee.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Sonntag früh 8 Uhr findet die Flugblattverbreitung für die Genossen von Mahlsdorf von Schliefe, für Mahlsdorf-Süd von Linke aus statt. Die Genossen von Kaulsdorf treffen sich bei Mees, Frankfurter Chaussee. Der Vorstand.

Neuenhagen. Am Sonntag, 26. April, früh 8 Uhr, findet für den ganzen Bezirk eine Flugblattverbreitung statt. Es ist notwendig, daß sich möglichst viel Genossen beteiligen. Ausgabe der Flugblätter an den bekannten Stellen. Ferner diene den Genossen zur Nachricht, daß am 28., 29. und 30. April in den einzelnen Gemeindebureaus die Landtagswählerlisten ausliegen, deren Einsichtnahme dringend notwendig ist.

Pankow. Morgen, Sonntag, von 8½ Uhr morgens ab, von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung, auch in den Landbezirken. Rege Beteiligung ist notwendig. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Am Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt. Wir erwarten das Erscheinen aller Genossen. Der Vorstand.

Birkenwerder. Die Arbeiterschaft wird hiermit auf die am Sonntag, 26. April, nachmittags 4 Uhr, stattfindende öffentliche Versammlung im „Paradiesgarten" aufmerksam gemacht. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Landtagswahlen." Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Zahlreiche Beteiligung ist Pflicht. Der Vorstand.

Niederschönhausen-Nordend. Die Flugblattverbreitung am Sonntag findet von allen vier Bezirkslokalen aus statt. Diejenigen Parteigenossen, welche die Agitationstour nach Schildow-Mühlenbeck mitmachen, ersuchen wir, heute, Sonnabend, abends 9 Uhr, zu einer Aussprache nach dem Lokal von Fröhlich, Eichenstraße 70, zu kommen. Daselbst wird auch das Material ausgegeben. Der Vorstand.

Mühlenbeck. (Bezirk Nieder-Schönhausen.) Sonntag, den 26. April, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof zur Sonne (Inhaber A. Bärsch) die fällige Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kubig-Pankow: Die bevorstehende Landtagswahl und der Wert unserer Beteiligung an derselben. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Da das bisherige Vereinslokal für die Genossen von Blankenfelde und Schildow (Zur historischen Mönchsmühle, Inhaber Florian Knappe) gesperrt ist, werden dieselben ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Abmarsch der Nieder-Schönhausener Genossen nachmittags ½2 Uhr von Bratvogel (Nordend) aus. Der Vorstand.

Franz.-Buchholz. Zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen um 9½ Uhr bei Kähne. Diejenigen Genossen, welche sich an der Verbreitung in Blankenburg, Karow und Buch beteiligen wollen, treffen sich um 7 Uhr bei Kähne. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Nowawes. Am morgigen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung zur Landtagswahl statt. Treffpunkt 8 Uhr morgens beim Genossen Gruhl, Priesterstr. 69. Ehrenpflicht eines jeden Genossen ist es, sich daran zu beteiligen. Die Wählerliste zur Landtagswahl liegt am 29., 30. April und 1. Mai im Rathause in der Priesterstraße, Zimmer 2, von 8 bis 3 Uhr für jedermann öffentlich zur Einsicht aus. Des weiteren werden die Mitglieder des Wahlvereins darauf aufmerksam gemacht, daß am morgigen Sonntag, vormittags von 9—12 Uhr, in den bekannten Lokalen das Einkassieren der Beiträge stattfindet. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Falkenhagen-Seegefeld. Sonntag, den 26. d. Mts., findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen wollen sich zahlreich frühmorgens bei den Bezirksführern melden.

Bezirk Waidmannslust. Am Sonntag, 26. April, Flugblattverbreitung im ganzen Bezirk. Die Genossen treffen sich: in Borsigwalde bei Reuter, in Wittenau bei A. Schulz, in Waidmannslust im „Schweizerhaus", in Hermsdorf im „Forsthaus". Alle Genossen müssen zur Stelle sein. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Berliner Tanzbär.

Die zur Vorberatung für das Jubiläum der Städteordnung, welche am 19. November 1908 ihr hundertstes Lebensjahr vollendet, eingesetzte gemischte städtische Deputation hat am Donnerstag ihre erste Sitzung abgehalten und unter der Leitung des Oberbürgermeisters Kirschner eine Reihe von „schönen Ideen" erörtert, die beredtes Zeugnis ablegen für den Geist, der im verkrachten „Freisinn" von heute obenauf ist. Wenn die Hundertjährigkeit der Städteordnung an sich nicht vollständig stillschweigend übergangen wird, so hat das einen Sinn. Schon nach den in dieser Vorberatung gemachten Vorschlägen hat es indes ganz den Anschein, als ob die Jubiläumsfeier nicht in eine energische Betonung des demokratischen Freiheitsgedankens, sondern in eine devote Kniebeugung nach oben ausklingen wird. Das ist ja bei der reaktionären Krummrückenpolitik der Blockbrüder, die selbst im Roten Hause an der Spree nicht zu knapp vertreten sind, auch kaum anders möglich. Wollen die rückgratlosen Freisinnsverschacherer etwa die Selbstverwaltung, die zum großen Teil noch heute bloß auf dem hundertjährigen Staatsaktenpapier steht, mit wahren Worten verherrlichen, so mögen sie sich vorsehen, keine Geschichtsfälschung zu begehen. Es gebricht hier an Raum, um zu schildern, mit welchen unsäglichen Mühen und Opfern, unter welchen Demütigungen Frau Berolina sich einen kleinen Teil der Selbstverwaltung, der ihr durch die Städteordnung zugestanden war, erst erkämpfen mußte. Zur Charakterisierung sei bloß aus der Entwickelung der Berliner Armenverwaltung kurz folgendes angeführt:

Vom November 1808 an sollte die Armenverwaltung gesetzlich dem Magistrat und den Stadtverordneten untergeordnet sein. An Stelle des bisherigen königlichen Armendirektoriums, welches sich durch seinen bureaukratischen Geschäftsgang bei der Bevölkerung höchst unbeliebt gemacht hatte, wurde eine interimistische Verwaltung eingesetzt, welche teils aus königlichen Beamten, teils aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgerdeputierten bestand, aber vorerst noch nicht den städtischen Behörden untergeordnet war. Auch diese neue Verwaltung konnte sich nicht im Vertrauen der Bürger befestigen. Die Bezirksvorsteher mußten damals persönlich kollektieren gehen, ernteten aber weit mehr bittere Worte als Geld. Die Lage verschlechterte sich derart, daß man das Kapitalvermögen angreifen mußte, um die aufgelaufenen Schulden bezahlen zu können. Endlich schien eine Kabinettsorder vom 3. Mai 1819 die Wünsche der städtischen Behörden zu erfüllen. Hiernach ging die Verwaltung des bisherigen gemischten Armendirektoriums einschließlich der von demselben abhängigen Anstalten, jedoch mit Ausnahme der königlichen Charité, an die Stadtgemeinde über. Trotzdem hatte die neue Regelung des Armenwesens immer noch ihre Bedenken. Durch den Vorbehalt der Ernennung eines königlichen Kommissars mit unbestimmten Befugnissen wurde nämlich die kaum gewonnene Selbständigkeit der städtischen Armenbehörde bedroht. Auf Beschwerde an das Ministerium des Innern erfolgte eine scharf abweisende Antwort. Erst der König selbst lenkte ein und beseitigte durch die Kabinettsorder vom 13. September 1819 auch die Konkurrenz des königlichen Armenkommissars. Am 29. Dezember 1819 übernahm die neugebildete städtische Armendirektion endgültig die Verwaltung des Berliner Armenwesens.

Es hat also länger als ein Jahrzehnt gedauert, um bloß auf diesem einen, so unendlich wichtigen Gebiete das papierne Recht der Stadt in die volle Tat umzusetzen. Aber auch nachdem hat es zu keiner Zeit, unter keinem Hohenzollern an Versuchen gefehlt, das Selbstverwaltungsrecht der Berliner Stadtverwaltung herabzudrücken. Das muß immer von neuem wiederholt werden, damit nicht die hellköpfigen Jungen dasselbe Jammerlied zwitschern, welches die kindischgewordenen Freisinnsgreise singen. Wo es der Regierung und der Krone in den Kram paßte, bot man gern und willig den kleinen Finger, um dafür früher oder später die ganze Hand zu nehmen. Streckte aber der Berliner Bär mal die Tatzen aus, so fuhr ihm auch gleich die „gepanzerte Faust" in den Rücken. Ja, es gab Zeiten, in denen das stolz geblähte Berliner Wappentier verzweifelte Aehnlichkeit hatte mit einem Tanzbären im goldenen Maulkorb. Den Blockonkels im Stadtparlament braucht man nur den Knüppel unter die Arme und die eiserne Kette statt der güldenen um den Hals zu legen, dann ist der moderne Berliner Tanzbär fertig. Meister Fischbeck als besondere Sehenswürdigkeit bekommt natürlich einen Gummiknüppel zwischen die Pranken.

Was will denn eigentlich die Stadt Berlin so großartig feiern? Sie hat es in hundert Jahren noch nicht mal soweit gebracht, daß sie den Gemeindesteuerzuschlag selbst in dringlichster Vermögensmisere auf mehr als hundert Prozent der Staatssteuer festsetzen darf, ohne ein sofortiges regierungsfreundliches Dreinreden in ihr vielgerühmtes Selbstverwaltungsrecht fürchten zu müssen. Sie fragt für jedes Denkmal, das sie einem ihrer großen Mitbürger auf ihrem eigenen Grund und Boden errichten will, höflichst und untertänigst um die Erlaubnis dazu an, und sie darf noch kaum mal mucksen, wenn ihr selbst dieses kleine, eigentlich doch selbstverständliche Recht beschnitten oder gar verweigert wird. Der Märchenbrunnen und neuerdings das Virchow-Denkmal haben klar gezeigt, daß die Berliner Stadtverwaltung unter königlicher Vormundschaft steht. Jede bemerkenswerte Schmuckanlage, jede Verschönerung der Reichshauptstadt, von den Verkehrsprojekten gar nicht zu reden, ist abhängig von der allerhöchsten Geschmacksrichtung. Und das nennt man Selbstverwaltung! Kommt aber ein gesalbtes und gekröntes Haupt nach Berlin zum Besuch, so hat die Stadtverwaltung ohne viele Fragerei das Recht, unbeschränkt tief in den Beutel zu greifen und königliche Gäste, die den Berliner Bürger als solchen, von gewissen Geschäftsleuten abgesehen, herzlich wenig interessieren, mit dem Steuergelde der Bürger zu hofieren. So könnten bloß aus den letzten Jahrzehnten noch Dutzende von allgemeinen Beispielen dafür angeführt werden, daß die Stadt Berlin in vielen Prinzipienfragen nicht den Mut gefunden hat, sich von der entwürdigenden Stellung des Regierungswaisenkindes freizumachen. Alle Augenblicke wird dem Bären der Knüppel vor die Beine geworfen. Hinter den Kulissen brummt er mutig ein Weilchen — dann tanzt er vor den Kulissen zum Ergötzen der Geheimen Räte und anderer Leute. Und so wird er wahrscheinlich auch am 19. November 1908 tanzen zur Feier seiner hundertjährigen Schlafmützigkeit.

Die Große Berliner Straßenbahn in Nöten.

Die öffentliche Meinung wird jetzt von der „Großen" mit Hilfe der bürgerlichen Presse — voran der „Lokal-Anzeiger" — mit Hochdruck bearbeitet, ein Artikel jagt den anderen. Zum Teil sind dieselben so gehalten, als ob es Stimmen aus Fachkreisen sind, die sich da vernehmen ließen, zum Teil kommen sie aus dem Hauptbureau der „Großen"; in Wirklichkeit entstammen sie ein und derselben Quelle. Dabei muß man bewundern, mit welcher dreisten Ungeniertheit diese Presse die Hand dazu bietet, ihre Leser wider besseres Wissen irre zu führen. Die Redaktionen der einzelnen Blätter können und müssen wissen, daß alles das, was in diesen Artikeln verzapft wird, mit der historischen Wahrheit im Widerspruch steht oder daß Wesentliches verschwiegen wird, und zwar mit Absicht verschwiegen wird. Die „Große Berliner" hat allerdings alle Ursache, diese an sich bewährte Methode in verstärktem Maße einzuschlagen, denn die nackte Wahrheit ist, daß ihre seither eingereichten Projekte, sechs an der Zahl, durch die fachmännischen Gutachten des Regierungsrat Kemmann, des Prof. Cauer von der Technischen Hochschule in Charlottenburg, sowie des Prof. Dr.-Ing. Blum von der Technischen Hochschule in Hannover einfach totgeschlagen worden sind. Vor kurzem hat der letztgenannte Herr im großen Hörsaale der Technischen Hochschule zu Charlottenburg vor einem Auditorium von Hunderten von Fachmännern einen Vortrag über die Tunnelprojekte der „Großen" gehalten Man muß das Gelächter gehört haben, das die Hörer anstimmten, als Prof. Blum die Projekte zerpflückte und ihre technische Unmöglichkeit darlegte.

Niemand ist aufgestanden und hat in der dem Vortrag folgenden Diskussion auch nur den Versuch gemacht, die Pläne der „Großen" zu verteidigen.

Auf die Veröffentlichungen der drei oben genannten Fachleute hat die Große Berliner ihr Heil in einer Erwiderung versucht, der sie eine Anzahl gewaltiger Karten und Pläne beigab. In den Vorbemerkungen zu dieser Erwiderung sagt sie unter anderem wörtlich: „Wenn wir uns auch mit den Verkehrsgrundregeln der fremden Städte zwar vertraut halten, so haben wir doch von jeher unseren eigenen Verkehr in allen seinen Regungen und Bewegungen bis ins kleinste verfolgt. Wir führen eine umfangreiche Statistik, wie sie keine andere Straßenbahn aufzuweisen hat. Ohne Besitz solcher genauen Kenntnis des Innenlebens unseres Verkehrs wird es nicht möglich sein, ein zutreffendes oder maßgebendes Urteil über die diesseitigen Pläne und Entwürfe zu fällen." Mit diesen Worten wollte die Gesellschaft also die Kritiken als bedeutungslos hinstellen.

Die „Große" sagt dann weiter über die aufs heftigste angegriffene Gleisverschlingung: „Die von Herrn Kemmann aufgestellten Schlußfolgerungen bezüglich der Verzweigung, der Viergleisigkeit und der Bahnsteiganlagen müssen wir als verfehlt bezeichnen und werden das im einzelnen in der Folgeordnung des Berichts widerlegen."

Und heute hat die „Große" dieses Projekt, welches sie mit solch stolzen Worten und mit so viel „Fach- und Sachkenntnis" verteidigte, zurückgezogen! Zurückgezogen, um „etwas Besseres" an seine Stelle zu setzen. Nun was an diesem neuesten siebenten Projekt besseres vorhanden ist, ist eben der „Großen" von dem von der städtischen Verwaltung veranlaßten Gutachten eingeläut worden.

Dieses neueste Projekt wird jetzt wieder in allen Tonarten gepriesen, genau so gepriesen und von denselben Leuten, wie die ersten sechs Projekte auch. Dabei befindet sich dieses Projekt in einem Stadium, daß niemand weiß, wie es am Ende aussehen wird. Wir haben schon vor kurzem berichtet, daß Herr Micke bei der Konferenz im Ministerium zugeben mußte, daß dieses neueste Projekt nur eine Skizze sei, sodaß also noch kein Mensch, auch die „Große" nicht, weiß, wie es aussehen wird. Ja, es scheint fast, als ob die „Große" ihr eigenes Projekt nicht kennt, denn in einer Zuschrift, welche sie an die Presse versendet und die auch wir gestern erhielten, behauptet sie, „es sei nicht wahr, daß nach dem neuen Projekt auch Häuser in der Leipziger Straße untertunnelt werden sollten."

Demgegenüber stellen wir fest, daß in den Zeichnungen, welche von der „Großen" der Stadt eingereicht und der Verkehrsdeputation vorgelegt wurden, am Bahnhof Leipziger Straße—Friedrichstraße eine Untertunnelung von Häusern eingezeichnet ist. In der Zuschrift wird auch Klage darüber geführt, daß von magistratsoffiziöser Seite behauptet worden sei, das neue Projekt würde einen Kostenaufwand von 100 Millionen Mark erfordern. Uns ist von einer solchen offiziösen Behauptung nichts bekannt. Jedenfalls wird die Behauptung der „Großen", daß das Projekt nur 88 Millionen erfordere, ebensowenig Anspruch auf Richtigkeit erheben können, denn sie sagt ja selbst, daß sie sich über die Ausmündung am Dönhoffplatz noch nicht entschieden habe, mit der ja die Ueberquerung des Spittelmarkts als Hochbahn zusammenhängt.

Ferner wird in der Zuschrift gesagt: „Die Hauptschwierigkeiten für die Durchführung ihrer Projekte lagen bisher darin, fremden Interessen, die störend aufgetreten, Rechnung zu tragen, besonders machten die Kreuzungen an den Untergrundlinien, vor allem mit den städtischen Linien, wiederholt Veränderungen erforderlich. Die Trace der städtischen Nord-Südbahn wurde ja, wie bekannt, wiederholt Veränderungen unterworfen und erst jetzt scheint die Führung durch die Friedrichstraße endgültig zu werden."

Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit. Die von den städtischen Behörden beschlossene Linienführung durch die Linden- und Markgrafenstraße ist vom Minister nicht genehmigt worden mit der ausdrücklichen Begründung, weil dadurch die Tunnelprojekte der Großen Berliner Straßenbahn unmöglich würden. Dabei hatte die Stadt mit ihrem Projekt die Priorität, denn es ist

bekannt, daß das Untergrundbahnprojekt Nord-Süd früher in die Oeffentlichkeit trat als die Tunnelprojekte der Großen Berliner. Die Linienführung durch die Friedrichstraße entstammt einem Eventualantrag des Stadtverordneten Haberland, einem der wärmsten Verteidiger der Projekte der Großen Berliner Straßenbahn. Auf dieses Projekt hat sich der Minister zurückgezogen und es der Stadt zur Ausführung empfohlen. Das weiß die Straßenbahngesellschaft und doch wagt sie es, mit solchen Behauptungen an die Oeffentlichkeit zu treten.

Das macht ihr weiter keine Schwierigkeiten, weil die Presse vom Schlage des „Lokal-Anzeiger" alles wahllos aufnimmt, was ihr von dieser Seite zugeht. Wenn zum Beispiel am Donnerstag in einem zweifellos von der „Großen" inspirierten Artikel der Versuch gemacht wird, zu beweisen, daß man infolge der Tunnelanlage der „Großen" in Zukunft 12 bis 15 Minuten schneller fahren könnte im Zuge der Potsdamer und Leipziger Straße, so ist diese Behauptung durch Kemmann und Blum längst widerlegt. Die Anschauungen der betreffenden Sachverständigen sind jedem Laien verständlich. Wenn sie ausführen, daß der Verkehr im Tunnel immer abhängig bleibt von dem mit ihm in Verbindung stehenden Oberflächenverkehr, das heißt, jede Stockung im Oberflächenverkehr überträgt sich ohne weiteres auf den Tunnelbetrieb, denn wenn man auf den, mit den Tunnelgleisen in Verbindung stehenden Oberflächengleisen nur langsam fahren kann, so kann man eben im Tunnel auch nur langsam vorwärts kommen. Der Betrieb im Tunnel wird eben immer ein straßenbahnmäßiger bleiben, niemals ein Schnellverkehr werden. Darüber sagt nun der beregte Artikel: „Der Schnellverkehr ist allerdings zunächst noch als „Zukunfts"musik anzusehen. Vorläufig soll im Tunnel nur der normale Verkehr stattfinden, bei denen die Züge an jeder Haltestelle halten." An jeder Haltestelle? Nun wir konnten schon kürzlich berichten, daß das neue oder allerneueste Projekt der Großen für die Strecke von der Kurfürstenstraße bis zum Dönhoffsplatz nur 5 Haltestellen vorsieht, also schon hierdurch allein eine große Verkehrserschwerung für das fahrende Publikum entsteht.

Dazu kommt, daß eine Menge Linien neu in den Tunnel eingeführt werden sollen, die natürlich an der Mündung desselben auf der Oberfläche eine große Stauung des Verkehrs hervorrufen, die andere schon mindestens so stark wie die Leipziger Straße belastete Gegenden noch mehr belasten werden. Nach dem neuesten Projekt soll der Tunnel der Leipziger Straße mit einer Hochbahn den Spittelmarkt überschreiten und an der Petrikirche in der Gertraudtenstraße zum Oberflächenbetrieb übergehen. Man stelle sich nur einmal eine solche Anlage in dieser engen Straße mit ihrem starken Verkehr vor; dagegen ist die Schwebebahnanlage in der Rosenthaler Straße die reine Spielerei!

Die Wirkung ist also die: Um die Potsdamer und Leipziger Straße zu entlasten, werden andere Straßen mit ebenso großem Verkehr noch mehr belastet, der Verkehr für das Publikum in diesen Gegenden wird ungemein erschwert. Dafür soll der Tarif erhöht werden, den auch die bezahlen müssen, die gar keinen Nutzen, sondern Schaden von der Tunnelanlage haben, wie Kemmann nachgewiesen hat. Außerdem verlangt die „Große" die Konzession auf 90 Jahre verlängert. Hat sie erst die Verlängerung der Konzession in der Tasche, so ist an irgend welche Verkehrsverbesserungen auf Kosten der „Großen" nicht mehr zu denken; sie werden aus den Mitteln der Steuerzahler zu bestreiten sein. Die Vororte aber, die sich heute in der Entwickelung befinden und später notwendig Verkehrsverbesserungen brauchen, werden genau so behandelt und jede Verkehrserweiterung mit schweren Opfern erkaufen müssen. Die „Große" wird dann erklären, sie habe als Erwerbsgesellschaft in erster Linie die Interessen ihrer Aktionäre zu vertreten.

Und diese Art, Verkehrshindernisprojekte ins Leben zu rufen, findet die Unterstützung des Verkehrsministeriums, gestützt auf ein Gesetz, das bei seiner Schaffung gar nicht auf städtische Straßenbahnen berechnet war. Wir haben mit Absicht gesagt, Ministerium, denn ob der Minister so oder so heißt, die Haltung bleibt der „Großen" gegenüber dieselbe. Ja, wir sind überzeugt, wenn ein Mann wie der seitherige Landrat des Kreises Teltow, Herr v. Stubenrauch, der durch seinen Kreis den Teltow-Kanal gebaut, den Betrieb des Kanals in eigene Regie genommen, den Dampferverkehr auf dem Kanal und den Seen gefördert hat, der Kreisbahnen gebaut und selbst durch den Kreis betreiben läßt, wenn der Herr anstatt Polizeipräsident Minister geworden wäre, auch er hätte dieselbe Haltung wie der jetzige Minister eingenommen. Hier sind eben mächtigere Kräfte am Werke, gegen die der einsichtsvollste Mann, selbst wenn er Minister ist, nicht aufkommen kann.

Hier könnte nur ein Sturm der Entrüstung der Bevölkerung Groß-Berlins helfen, der aber infolge der Verwahrlosung der bürgerlichen Presse künstlich unmöglich gemacht wird.

Für die Umgestaltung des Scheunenviertels sind die Arbeiten jetzt in Angriff genommen und durch die Trümmermassen des ausgedehnten Geländes ziehen sich bereits zum Teil neue Straßenzüge. So ist die rechtsseitige Gabelung, die von der Kaiser-Wilhelm-Straße nach dem Prenzlauer Tor führt, zwischen Hirten- und Bartelstraße mit einem provisorischen Pflaster versehen. Die neue Weydingerstraße läuft an der Ecke der Bartel- und Lintenstraße platzartig aus und ist auch hier das zukünftige Straßengelände schon abgesteckt. An der Einmündung des Straßenzuges zur Hirtenstraße wird in den nächsten Tagen mit der Abdeckung des eingebauten Tunnels der Untergrundbahn begonnen und alsdann die Verbindung mit der Kaiser-Wilhelm-Straße resp. dem neu anzulegenden Babelsberger Platz hergestellt. In der kleinen Alexanderstraße ist der durch die Verbreiterung des Straßenzuges erforderliche neue Bürgersteig durch Aufschüttung und Einlegen der Bordschwellen bereits angedeutet. Die neue Koblankstraße, welche eine geradlinige Verbindung der Straßburger mit der Kaiser-Wilhelm-Straße schaffen soll, wird, nachdem die dazwischen liegenden Häuser niedergerissen sind, gegenwärtig planiert. Auch in der neuen Amalienstraße, welchen Namen die linksseitige Gabelung vom Babelsberger Platz nach dem Schönhauser Tor erhalten wird, werden jetzt, nachdem der Untergrundbahntunnel zum größten Teile geschlossen ist, die Regulierungsarbeiten in Angriff genommen. Die hierdurch notwendig gewordene Niederlegung der Häuserblocks in der Grenadier-, Linien- und Lothringer Straße findet gegenwärtig statt. Insgesamt werden zurzeit 26 Gebäude abgerissen, die letzten Häuser im Scheunenviertel, die der Neugestaltung des Stadtviertels weichen müssen. Gleichzeitig setzt aber bereits die Bauspekulation ein. Eines der ältesten Häuser in der Lintenstraße, das von der Spitzhacke verschont bleibt, wird gegenwärtig modernisiert und im Erdgeschoß werden große Läden ausgebrochen.

Aus dem Gewerksausstellungsfonds sind alljährlich im Monat Januar zehn Stipendien zu je 60 M. an Gewerbegehilfen (Gesellen) behufs ihrer weiteren gewerblichen Ausbildung zu verteilen. Anspruch darauf haben nur Gesellen, die Inländer sind und Zeugnisse ihres guten Verhaltens und über erworbene Geschicklichkeit vorlegen können. Bewerber müssen auch mindestens zwei Jahre lang in hiesigen Werkstätten als Gesellen gearbeitet haben. Gesellen, die in Berlin geboren sind, werden bevorzugt. — Bewerber, die vorgenannte Bedingungen erfüllen können, haben ihre selbstgeschriebenen Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes, der Geburtsurkunde und der Originale oder beglaubigten Abschriften ihrer Lehrzeugnisse sowie der Führungs- und Geschicklichkeitsatteste ihrer Arbeitgeber bei dem Kuratorium des Gewerksausstellungsfonds, Stralauer Straße 3—5, eine Treppe, bis spätestens Ende September d. J. einzureichen. Gesuche, bei denen auch nur eins der vorstehend bezeichneten Beweisstücke mangelhaft ist oder ganz fehlt, können nicht berücksichtigt werden.

Um der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schule nach Möglichkeit vorzubeugen, sind die Vorsteher der hiesigen Gemeinde- und Privatschulen angewiesen worden, jeden Fall von Infektionskrankheiten unter den Kindern der Polizei auf vorgeschriebenem Formular zu melden. Nach einer neuerlichen Verfügung an die Rektoren ist jeder vorkommende Fall bestimmter Krankheiten gleichzeitig auch dem Schularzte mitzuteilen. Nun sind mehrfach Zweifel darüber entstanden, was unter dem in der „Anweisung zur Verhütung ansteckender Krankheiten durch die Schule" erwähnten Begriff „Behausung" zu verstehen ist. Seitens des Unterrichtsministeriums ist deshalb eine Erläuterung dieses Begriffs, welche auch für die Eltern der Kinder von Interesse ist, gegeben worden. Danach ist unter der „Behausung" einer Person ihre Wohnung einschließlich desjenigen Teiles des Hauses zu verstehen, der außer der eigentlichen Wohnung in ihrer Benutzung steht. Hierher werden auch Werk- und Arbeitsstätten, Bureauräume, gemeinsame Schlaf- und Unterrichtszimmer in Erziehungsanstalten zu rechnen sein. Gemeinsam benutzte Treppen und Flure dagegen werden nur dann als Bestandteile der Behausung anzusehen sein, wenn die an demselben liegenden Wohnungen nicht in sich abgeschlossen, sondern auf die gemeinsame Benutzung gewisser Einrichtungen, wie Wasserausläufe, Aborte und dergl. angewiesen sind. Ferner sind als Behausung im Sinne des Gesetzes auch Schiffe und Flöße anzusehen. — Diese Ausführungen sind insofern von Wichtigkeit, als bei Ausbruch bestimmter Krankheiten, „innerhalb der Behausung" Schulkinder sofort vom ferneren Schulbesuch auszuschließen sind und eine „Absonderung" dieser Kinder zwecks Fortsetzung des Schulbesuchs in kleineren Haushaltungen danach kaum möglich sein dürfte.

„Groß-Berlin".

Der Schöneberger Magistrat hat jetzt beschlossen, dem Magistrat von Berlin die Anregung zu geben, eine zwanglose Organisation der Gemeinden Groß-Berlins zu schaffen, damit in periodischen Zusammenkünften Vertreter der interessierten Gemeinden gemeinsame Fragen gemeinsam erörtern können. Die ursprünglich beabsichtigte Errichtung eines Zweckverbandes Groß-Berlin hält der Magistrat nicht für erstrebenswert, da ein solcher Verband nur für einzelne bestimmte Zwecke geschaffen werden kann. Die Lösung der Frage „Groß-Berlin" auf dem Wege der Zweckverbände würde daher immer wieder von neuem die Gründung eines besonderen Zweckverbandes erforderlich machen, sobald sich das Bedürfnis dazu bei einem einzelnen Verwaltungszweige oder einem einzelnen Unternehmen für eine Mehrheit von Gemeinden herausstellt. Es könnte also hier immer nur von Fall zu Fall beschlossen werden, eine allgemeine Regelung sei ausgeschlossen. Auch was den Gedanken der Eingemeindung oder einer anderen organisatorischen Verbindung zwischen den Groß-Berliner Gemeinden betrifft, könnten Schritte in dieser Richtung nicht von einer einzelnen Gemeinde, sondern nur von der Gesamtheit oder wenigstens von einer Mehrheit der Groß-Berliner Gemeinden getan werden.

Bei der Ueberweisung armer kranker Personen an die Berliner Kranken- und Heilanstalten ist folgendes zu beachten: Es sind zu überweisen: 1. Geisteskranke, Deliranten an die Irrenanstalten Dalldorf und Herzberge; 2. Epileptiker an die Anstalt Wuhlgarten und die Charité; 3. Geschlechts- und Hautkranke an das Rudolf Virchow-Krankenhaus, die Charité und eventuell an die Finsen-Klinik; 4. Augenkranke, Hals-, Ohren- und Nasenkranke an das Rudolf Virchow-Krankenhaus, die Königl. Klinik und die Charité; 5. Aussatz- (Lepra-) Kranke, Cholera-, Fleckfiebhuskranke, Gelbfieber-, Pest- und Pockenkranke an das Rudolf Virchow-Krankenhaus und die Charité; 6. Schwangere an das Rudolf Virchow-Krankenhaus und die Charité; 7. Kinder an das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus, ferner an das Rudolf Virchow-Krankenhaus sowie die Krankenanstalten im Friedrichshain, Moabit, am Urban, St. Hedwigs-, Bethanien- und das Elisabeth-Krankenhaus; die Charité nimmt innerlich und äußerlich leidende Kinder, sowie auch Syphilis-, Cholera-, Pocken- usw. kranke Kinder auf. 8. Knochen- und Gelenkkranke an die Universitäts-Poliklinik für orthopädische Chirurgie, sowie an das Rudolf Virchow-Krankenhaus und die Krankenanstalten im Friedrichshain, Moabit und am Urban. Kranke Frauen nimmt die Anstalt in der Eitschiner Straße auf.

Städtische Beamtenausschüsse. Die Vereinigung der städtischen Architekten, Ingenieure und Techniker zu Berlin hat aus Anlaß der vom Magistrat geplanten Neuregelung des städtischen Beamtenrechts auf einer einheitlichen Grundlage für alle einzelnen Beamtengruppen, wiederholt die bisher nicht beantwortete Eingabe auf sofortige Errichtung von Beamtenausschüssen an diesen gerichtet. Hierin wird die Erfüllung dieser Forderung nicht nur für die festangestellten Beamten sondern auch für die diätarisch beschäftigten Beamten verlangt.

„Lohnende" Heimarbeit.

Fast jeden Tag erscheint im Arbeitsmarkt der „Morgenpost" und des „Lokal-Anzeiger" eine Annonce, in welcher Damen besserer Stände und jeden Alters eine saubere, lohnende und regelmäßige Beschäftigung nachgewiesen wird, wenn sie einen acht- bis vierzehntägigen Kursus im Nähen von Prima Herrenkrawatten durchgemacht haben, der durchaus preiswert ist und ihnen unter Garantie zu einer sicheren Existenz verhilft. Die „Erste Berliner Krawattenakademie", wie sie sich nennt, befindet sich in der Lindenstraße, nicht weit vom Dönhoffplatz. „Reingefallene", die dort ihr Lehrgeld losgeworden sind, ohne zu dem gewünschten Ziel zu gelangen, teilen mit: Der Kursus ist nicht so billig, wie man nach den Inseraten schließen sollte. Bei achttägiger Lehrzeit von täglich zwei Stunden kostet er zehn, bei vierzehntägiger zwanzig Mark. Außerdem muß das Lehrmaterial extra vergütet werden, was durchaus nicht wohlfeil ist, da ausschließlich auf Seide gearbeitet wird. Wenn man den „Direktor" der Akademie und seine Frau, die den Unterricht erteilen, darauf hinweist, daß täglich in Zeitungsinseraten zu lesen ist, daß in anderen Krawatten-Lehranstalten der Kursus bloß 1 M. bis 1,50 M. kostet, erhält man die malitiöse Antwort: „Probieren Sie es doch nur. Was Sie dafür lernen, wird auch danach sein. Für einen solchen Spottpreis wird ihnen allenfalls eine Krawatten-Fasson angezeigt werden, während Sie bei mir in sämtlichen vorkommenden Mustern gründlich unterwiesen werden, so daß Sie sich eine sichere, auskömmliche Existenz gründen können."

Im Vertrauen auf diese angenehme Verheißung entschlossen sich eine frühere Wirtschafterin, die es überdrüssig war, in abhängiger Stellung die Launen ihrer „gnädigen Herrschaft" zu ertragen, und eine kinderreiche Schneidersgattin, die bei dem keineswegs glänzenden Verdienst ihres Mannes genötigt war, zum Unterhalt ihrer zahlreichen Familie etwas beizutragen, einen Kursus im Krawattennähen zu versuchen. Wie bereits erwähnt, kostet der Unterricht ein hübsches Stück Geld — für Leute, die nicht mit Glücksgütern gesegnet sind —, da die Ausgabe für die Lehrmittel dem Honorar für die Unterweisung beinahe gleichkam. Da es sich um ihre Existenz handelte, gaben sich die beiden Schülerinnen selbstverständlich redliche Mühe, den Anweisungen ihrer Lehrmeister, des Ehepaares Steinberg, auf das genaueste nachzukommen. Als der Kursus zu Ende war, baten sie um Beschäftigung, wie es ihnen sowohl im Prospekt als auch mündlich bestimmt versprochen worden war. Sie erhielten auch Krawattenschilder und Plastrons zu Hause anzufertigen. Vorher wurde ihnen die Bedingung gestellt, für das Material, die Seidenstoffe, eine Kaution zu hinterlegen, die ihnen bei der Ablieferung zurückgezahlt wurde, wenn die Arbeit zur Zufriedenheit des gestrengen Lehrherrn ausfiel — anderenfalls ihnen samt dem vereinbarten Arbeitslohn flöten ging. Der Verdienst war äußerst gering, so daß es selbst bei der allerbescheidensten Lebenshaltung nicht möglich war, davon zu existieren. Für ein Dutzend Krawattenschilder wurden 80 Pf. bezahlt, so daß eine sehr geübte Arbeiterin vom frühen Morgen bis tief in die Nacht angestrengt bei der Arbeit sitzen muß, um es auf drei Dutzend am Tage zu bringen und im günstigsten Falle, d. h. wenn jedes einzelne Krawattenschild Gnade vor den kritischen Augen des Arbeitgebers findet, 90 Pf. am Tage zu verdienen. Die nicht ganz tadellos ausgefallenen Sachen werden den Arbeiterinnen zur Verfügung gestellt und ihnen dafür der Lohn und die Auslagen für das Material abgezogen. Bei den Plastrons und den übrigen Krawattenteilen bleibt der ärmliche Tagelohn ungefähr derselbe.

Als es zur Ablieferung kam, fand der strenge Meister stets etwas zu tadeln und an jedem Stück etwas auszusetzen, trotzdem die Arbeit bei ihm gelehrt und ganz nach seinen Angaben angefertigt war. Der ohnehin spärliche Tagelohn wurde um ein Drittel, oft sogar bis unter die Hälfte reduziert. Nach kurzer Zeit sahen die enttäuschten Arbeiterinnen ein, daß sie bei solchen kläglichen Einnahmen auf die Dauer nicht bestehen konnten und versuchten ihr Heil an anderen Stellen, wo Heimarbeit in Krawatten vergeben wird. Ueberall, wo sie sich meldeten, erhielten sie eine abschlägige Antwort. Es wurde ihnen anheimgestellt, noch einen Kursus durchzumachen, bevor sie auf Beschäftigung rechnen durften. Der Unterricht in der „Ersten Berliner Krawatten-Akademie" wurde als ungenügend hingestellt, weil dort nur gelehrt wurde, auf Seide zu arbeiten, während eine perfekte Krawattennähterin auch die Sachen aus Batist und anderen Stoffen anzufertigen verstehen müßte. Keine hatte indessen Lust, noch weiteres Lehrgeld zu zahlen, daher hingen sie das Krawattennähen gänzlich an den Nagel. Die Wirtschafterin hat es vorgezogen, sich nach einer neuen Stelle umzusehen, wo sie außer freier Station an barem Geld mindestens ebensoviel verdient, wie bei der elend bezahlten Heimarbeit in der Krawattenindustrie. Die Schneidersfrau will eine besser entlohnte häusliche Beschäftigung ausfindig machen.

Bemerken wollen wir noch, daß Herr Steinberg den Behörden wegen der von ihm geübten Geschäftspraxis „gut" bekannt ist. Die Berliner Gewerbedeputation hat sich schon öfters mit ihm beschäftigen müssen, auf dem Gewerbegericht ist er Stammgast und auch die Gerichte haben sich schon mit dem Herrn zu befassen gehabt. Wir selbst haben oft genug schon in unserem Blatt vor dieser Krawattenakademie gewarnt.

Der in der Friedberg-Affäre verhaftete vielgenannte Prokurist Bohn ist gestern gegen eine Bürgschaftssumme von 20 000 M. aus der Haft entlassen worden.

Aus ordnungspolizeilichen Gründen.

Wer in Preußen die Absicht hat, eine öffentliche Veranstaltung zu arrangieren, ist gehalten, diese seine Absicht vorher der Polizei kund und zu wissen zu tun. Unsere liebe Polizei ist um das Wohl der Staatsbürger sehr besorgt, deshalb bekümmert sie sich auch darum, was diese tun und treiben; sie behält sich das Recht vor, zu bestimmen, was ein preußischer Einwohner hören und sehen darf. Dabei werden allerdings feine Unterschiede gemacht; es ist etwas ganz anderes, wenn es sich um eine Veranstaltung handelt, zu der das „gutsituierte" Publikum das Gros der Besucher stellt, oder ob Arbeiter, sozialdemokratische Arbeiter zusammenkommen. Gerade die letzteren haben es unserer Hochwohllöblichen angetan. Eine geradezu rührende Fürsorge wendet die Polizei ihren Veranstaltungen zu. Hatten da unsere Genossen im vierten Wahlkreis die Absicht, bei der diesjährigen Maifeier in Kellers Festsälen eine in Ad. Hoffmanns Verlag erschienene Dichtung mit lebenden Bildern: „Ein Kämpfer für Wahrheit und Recht" von J. Perkhun aufzuführen. Diese Absicht teilten sie pflichtschuldigst der Polizei mit. Mit einer bei der Polizei sonst nicht überall üblichen Schnelligkeit erhielten die Genossen auf ihr in der Sache am 14. April eingereichtes Schreiben die vom 18. April datierte Antwort, daß diese Dichtung aus ordnungspolizeilichen Gründen zur Aufführung nicht zugelassen werden könne.

Was die Polizei mit diesem Begriff eigentlich sagen will, ist nicht recht klar, vielleicht weiß sie es selber nicht; aber dieser Ausdruck ist so allgemein, daß er sich leicht und überall anwenden läßt. Die Dichtung selbst ist verhältnismäßig harmlos, daß nicht recht ersichtlich ist, wieso durch ihre Aufführung die Ordnung betroffen werden könnte. Das beweist schon die Tatsache, daß sie in Hamburg anstandslos öffentlich aufgeführt worden ist, abgesehen davon, daß zu unzähligen Malen Vereine sich den „Kämpfer für Wahrheit und Recht" vorführen ließen. Was aber in Hamburg ohne Bedrohung der öffentlichen Ordnung geschehen kann, ist in Preußen noch lange nicht rechtens. In Berlin entscheidet über die Aufführung nicht nur die Theaterpolizei, die sich schon einen unsterblichen Namen gemacht hat, sondern auch die politische Polizei. Das vorliegende Verbot ist denn auch von der Abteilung VII, der politischen Abteilung, ausgegangen. Und die muß es doch wissen, wann die Ordnung bedroht ist. Deshalb das Verbot aus ordnungspolizeilichen Gründen.

Unsere Genossen werden auch ohnedem auskommen und für eine der Bedeutung des Tages entsprechende Maifeier sorgen. Die Polizei hat uns hier wieder einmal in die Hände gearbeitet; immer weitere Kreise werden erkennen lernen, welche Unfreiheit in Preußen herrscht.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand vorgestern in der Hasenheide, Ecke der Wissmannstraße statt. An der dort befindlichen Weiche sprang der Anhängewagen eines Zuges der Linie 15 aus den Schienen und fuhr gegen den Motorwaggon eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnzuges der Linie 55. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Fahrgäste von ihren Sitzen geschleudert wurden. Hierbei erlitten der Schlosser Kretschmann aus Rixdorf Verletzungen am Auge, der Kaufmann Niedsgieß Verletzungen am rechten Knie und ein Herr Fritz Simbe, dessen genauere Personalien nicht festgestellt werden konnten, Verletzungen im Gesicht. Der Vorderperron des Motorwaggons war bei dem Zusammenstoß eingedrückt worden, an dem Anhängewagen das Perrondach zertrümmert.

Schon wieder ein Dachstuhlbrand. Gestern früh wurde ein größeres Löschaufgebot der Feuerwehr nach der Freienwalder Straße 31 gerufen. Als die Züge dort eintrafen, brannte wieder einmal ein Dachstuhl. Helle Flammen schossen aus dem Dachgeschoß des Vorderhauses. Unter Leitung des Brandmeisters Steiner ging die Wehr über eine mechanische Leiter und die Treppen hinweg mit zwei Dampfspritzenrohren gegen das Feuer vor, wodurch es gelang, die Gefahr in kurzer Zeit zu beseitigen. Allem Anschein nach liegt auch in diesem Falle Brandstiftung vor. — Außerdem hatte die Wehr gestern früh in der Krautstraße 4/5 noch einen größeren Tischlereibrand abzulöschen.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags kamen noch drei Brände aus. Zuerst wurde die Feuerwehr gegen 3 Uhr nach dem Eckhause Rosenthaler Straße 62—Mulackstraße gerufen. Als die Löschzüge dort eintrafen, hatten die Hausbewohner das Feuer aber bereits allein gelöscht. Man fand zwei von einander getrennt liegende Brandherde vor, beide direkt unter dem Dach. — Eine Stunde später erfolgte Alarm nach der Liebenwalder Straße 50 und gegen 5 Uhr nach der Kremmener Straße 8 Ecke der Wolliner Straße. Die Feuerwehr war jedoch schnell zur Stelle und verhinderte eine größere Ausdehnung des Feuers.

Ein alter Heiratsschwindler, der schon seit länger als 25 Jahren in gemessenen Zwischenräumen Kriminalpolizei und Strafgericht beschäftigt, ist wieder einmal festgenommen worden, der 66 Jahre alte Vermittler Ferdinand Gombert, der Inhaber und Leiter des Heiratsvermittelungsbureaus „Reform" in der Adalbertstr. 1, Ecke Dresdener Straße.

Im Hörsaale der Treptow-Sternwarte (Restaurant Jenner, Treptower Chaussee 21) spricht Herr Dozent Jens Lüpen am Sonntag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag über: „Der Mars und seine

Bewohner", um 7 Uhr über: „Eine Nacht auf dem Monde". Am Montag, den 27. April, abends 9 Uhr, lautet das Thema: „Unser Standpunkt im Weltall". Mit diesem Vortrag beginnt im Auftrage der Humboldt-Akademie ein zehnstündiger Vortragszyklus: „Einführung in die Astronomie". Hörerkarten sind an der Kasse erhältlich. Mit dem großen Fernrohr wird jetzt die Venus von 2 bis 7 Uhr und Jupiter von 7 bis 12 Uhr abends gezeigt. Kleinere Fernrohre stehen den Beobachtern gratis zur Verfügung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Das Armenhaus „eine moralische Gefahr".

Das Elend der niederen Volksklassen beginnt den bürgerlichen Schichten bereits lästig zu werden. Diese Tatsache ist zwar bekannt, sie ist aber von besitzenden Kreisen öffentlich noch nie so rückhaltlos betont worden, wie in einer von den Inselbewohnern zahlreich besuchten Versammlung, in der vorgestern gegen die Einrichtung eines provisorischen Armenhauses in dortiger Gegend Stellung genommen wurde. Nach lebhafter Diskussion wurde folgender, vom „Schöneberger Tageblatt" mitgeteilten Resolution zugestimmt:

„Die heute abend im Restaurant Geisler, Sedanstr. 55, zahlreich erschienenen Bewohner des Stadtteils „Insel" richten an den Magistrat die folgende Bitte, von der, wenn auch nur provisorischen Errichtung eines Armenhauses in der Sedanstraße oder überhaupt auf der „Insel" abzusehen. Es würden für Hausbesitzer als auch für Mieter die größten Nachteile verschiedener Art daraus entstehen. Die Hausbesitzer würden in wirtschaftlicher Beziehung auf das empfindlichste geschädigt, da durch die Errichtung eines Armenhauses die besseren Mieter veranlaßt würden, die Sedanstraße zu meiden, und die natürliche Folge wäre, daß die Häuser hier bedeutend entwertet würden. Die Mieter andererseits könnten ihre Kinder nicht mehr ohne eine gewisse moralische Gefährdung die Straße allein passieren und sie daselbst sorglos spielen lassen, da sich immerhin zweifelhafte Elemente zahlreich dorthin zusammenfinden würden. Der Name „Sedanstraße" würde daher sehr bald in doppelter Beziehung in Mißkredit geraten. Aus diesen Gründen bitten wir den hochwohllöblichen Magistrat nochmals dringend, von der Errichtung eines Armenhauses in der Sedanstraße abzusehen."

Eine solche Resolution legt beredtes Zeugnis dafür ab, daß in den Kreisen der Besitzenden das Gefühl für das Elend und die Not erloschen ist. Die Enterbten und Opfer der kapitalistischen Gesellschaft sollen untergebracht werden, wo ihrer die Bourgeoisie nicht mehr ansichtig wird. Empörend ist es geradezu, wenn jene Unglücklichen eine „moralische Gefährdung der Kinder" darstellen sollen. Es ist ein starkes Stück, daß eine Versammlung die vom Tisch des Lebens Gestoßenen in so entwürdigender Weise zu bezeichnen wagt. „Armut schändet nicht", heißt bekanntlich ein auch von bürgerlichen Theologen angewendetes Sprichwort. Nach oben angeführter Resolution soll durch ein Armenhaus aber eine ganze Straße in „Mißkredit" geraten. Das ist eine Verwechselung der Begriffe: In Mißkredit kann nur die heutige Gesellschaft geraten, weil sie den Nährboden bildet, auf welchem das Elend treibhausmäßig gefördert wird.

Wir können uns nicht denken, daß der Schöneberger Magistrat dem Ersuchen der Versammlungsbesucher Folge leisten wird.

Rixdorf.

Die Tat eines Lebensmüden rief in der vorgestrigen Nacht in der Emserstraße berechtigtes Aufsehen hervor. Der 32 Jahre alte Tischler Robert K. aus der Siegfriedstraße 4 schoß sich, mitten auf dem Fahrdamm stehend, eine Revolverkugel in die Brust und brach bewußtlos zusammen. In einem Krankenwagen wurde der Selbstmordkandidat sofort nach dem städtischen Krankenhause gebracht, wo er fast hoffnungslos daniederliegt. Angeblich hat K. wegen Arbeitslosigkeit Hand an sich gelegt.

Unter dem schweren Verdacht des Kindesmordes und zahlreicher anderer schwerer Vergehen ist gestern die 30 Jahre alte Klara Rost geb. Nölte aus der Weichselstr. 55 durch die hiesige Kriminalpolizei verhaftet worden. Mit ihr zugleich wurde ihr Bräutigam, der 24 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Hermann Köhn festgenommen.

Schöntwalde (Bezirk Pankow).

An Stelle der Vereinsversammlung referierte in einer öffentlichen Versammlung die Kreisvertrauensperson, Genossin Neumann-Lichtenberg, über: „Welches Interesse haben die Frauen am öffentlichen Leben". Rednerin besprach die gesellschaftliche Stellung der Frau vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Sie ging besonders ein auf die Tätigkeit der vaterländischen Frauenvereine, welche, in der Regel unter der Leitung einer Pastorsfrau stehend, unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit die Aufmerksamkeit der Proletarierfrauen vom öffentlichen Leben ablenken, ja durch sie sogar indirekten Einfluß auf die Männer zu gewinnen suchen. Der Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit von den zirka 130 Versammlungsbesuchern (darunter etwa 40 Frauen) entgegengenommen. Dem Wunsche, recht bald wieder eine ähnliche Versammlung zu veranstalten, wird baldigst nachgekommen werden, in der Hoffnung, daß die Teilnahme der Frauen eine noch regere wird.

Waidmannslust.

Zu der Tabelle über die Ergebnisse der Gemeindewahlen ist zu berichtigen, daß in Waidmannslust 1904 14, 1905 95 und 1908 114 Stimmen abgegeben worden sind.

Gerichts-Zeitung.

Der Versuchung erlegen.

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I hatten sich gestern der frühere Postbote Hermann Protz, der Sargtischler Harnau und der Sargtischler Schrödter nebst Ehefrau wegen Bestechung zu verantworten. Protz war auf dem Postamte 21 auf der Turmstraße beschäftigt. Zu diesem Bestellbezirke gehört auch das Krankenhaus Moabit, das in Todesfällen die Angehörigen mittels Rohrpostbriefes von dem Ableben ihrer Familienmitglieder in Kenntnis setzt. Auf Betreiben der Schrödterschen Eheleute ließ er sich dazu bewegen, ihnen die ihm in seiner dienstlichen Tätigkeit zur Kenntnis gekommenen Adressen mitzuteilen, dadurch erhielt Schrödter Gelegenheit, den Hinterbliebenen Sargofferten zu machen. Für diese Liebesdienste erhielt er Geschenke von 3 bis 5 M. Außerdem wurden Protz auch noch durch einen Aktenheftet bei dem Krankenhause Moabit Adressen Verstorbener mitgeteilt, die er an Schrödter weitergab. Auf Ersuchen der Frau des Angeklagten Harnau hat Protz auch dieser einige Male Adressen übermittelt. Bei der Untersuchung durch den Postinspektor gestand Protz ein, daß ihm die Adressen der Rohrpostbriefe in seiner dienstlichen Eigenschaft bekannt geworden seien. Es erfolgte daraufhin seine Entlassung und gegen die Beteiligten wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Im Gegensatz zu seinem früheren Geständnis behauptete Protz im gestrigen Termine, daß er sich die Adressen gar nicht in seiner Eigenschaft als Postbote verschafft, sondern als Privatperson erhalten habe. Der Staatsanwalt erachtete das Gegenteil für erwiesen, hielt aber eine milde Beurteilung für angebracht, da Protz sich wohl allzu schlimmes nicht bei seinem Vorgehen gedacht und der Verlockung, sich einige Mark Nebenverdienst zu verschaffen, erlegen sei.

Der Gerichtshof war im Gegensatz zum Staatsanwalt der Auffassung, daß solche Verstöße von Beamten strenge Bestrafung erfordern und verurteilte Protz zu einem Monat Gefängnis. Das Schroedtersche Ehepaar wurde zu je 150 M. Geldstrafe verurteilt und Harnau freigesprochen.

Folgen einer Autowettfahrt.

Wegen Beleidigung eines Amtsdieners hatte sich gestern der Ingenieur Otto Lüders in seiner Eigenschaft als Redakteur der Zeitschrift „Rad und Auto" vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Am 28. Juli v. J. war von dem Gauverband eine Wirtschaftlichkeitsfahrt „Rund um Berlin" veranstaltet, für welche eine behördliche Genehmigung nicht erteilt war. In einer Zuschrift in Nr. 42 von „Rad und Auto" beschwerte sich ein Teilnehmer an der Fahrt „Rund um Berlin" darüber, daß im Dorfe Siethen bei Trebbin der Amtsdiener Lorenzen sich mit der Uhr in der Hand an einer Scheune aufgestellt und anstatt durch irgend ein Zeichen zur Verlangsamung der Fahrt anzuhalten, alle diejenigen notiert habe, die nach seiner Ansicht zu schnell gefahren seien. In einer redaktionellen Note zu dieser Zuschrift wurde das Verfahren des Amtsdieners Lorenzen gegeißelt und als ein Verstoß gegen seine Pflichten hingestellt. Hierdurch fühlte sich der Amtsdiener beleidigt. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten, der ausführte, daß er auch jetzt noch das Vorgehen des Beamten für unzulässig halte und als Redakteur eines Sportblattes doch wohl berechtigt sei, dagegen Front zu machen, zu 150 M. Geldstrafe.

Gewerbe- oder Handlungsgehülfe?

Es kommt im Geschäftsbetriebe nicht selten vor, daß ein Angestellter, der seine Tätigkeit mit gewerblicher Beschäftigung begann, nach und nach in eine kaufmännische Beschäftigungsart übertritt. Es wird in solchen Fällen von den Prinzipalen vielfach angenommen, daß der Beginn der Tätigkeit für die Zugehörigkeit des Angestellten zum gewerblichen Berufe maßgebend ist. Daß diese Ansicht indessen eine irrige ist, bestätigte eine vorgestern seitens der ersten Kammer des Kaufmannsgerichts ergangene Entscheidung. Der als Kläger gegen die Firma B. auftretende Angestellte D. war als Schreiber bei der Firma eingetreten und auch im Anfang als solcher mit einfachen Schreibarbeiten in den Fabrikräumen beschäftigt worden. Als Kündigungsmodus war die 14tägige Kündigungsfrist vereinbart worden. Allmählich wurde der Schreiber mit mehr in das Kontorfach schlagenden Arbeiten, wie das Führen kleiner Bücher usw., betraut. Auf Grund dieser veränderten Tätigkeit hatte D. die ihm erteilte Kündigung mit 14tägiger Frist nicht angenommen. Das Kaufmannsgericht entschied, daß Kläger als Handlungsgehülfe zu erachten sei, und sprach ihm das geforderte Restgehalt zu. Wenn auch D. als Gewerbegehülfe eingetreten sei, so stempele ihn die veränderte Tätigkeit zum kaufmännischen Angestellten. Dafür spreche das eigene Zeugnis des Beklagten, der den Kläger in einem Briefe an eine Behörde als „Kontoristen" bezeichne. Es sei auch nicht anzunehmen, daß Beklagter so intensive Bemühungen unternommen hätte, eine Zurückstellung des Klägers vom Militärdienst durchzusetzen, wenn D. nur gewerblicher Werkstattschreiber gewesen wäre.

Schadenersatzpflicht des Hausbesitzers.

Wegen mangelhafter Verwahrung einer Kellertreppe hatte die Witwe C. gegen die Baptistengemeinde in Hamburg Schadenersatzansprüche erhoben. Es war hier, wie es oft der Fall ist, der Kellereingang so angelegt, daß er vom Hausflur, in dem täglich der Verkehr von Menschen ein großer war, nur durch eine Tür abgeschlossen wurde. Die Klägerin hatte in der Tür, auf der sich ein unleserliches Schild: „Kein Eingang" befand, einen Eingang vermutet und war, nachdem sie dieselbe geöffnet und einen Schritt getan hatte, die Treppe hinabgefallen. Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg erkannten die Ansprüche der Klägerin gegen die beklagte Hauseigentümerin zum Teil für gerechtfertigt an und verurteilte das Oberlandesgericht die beklagte Baptistengemeinde zum Ersatze des Schadens zu drei Vierteilen. Zu einem Viertel wurde die Klägerin wegen eigener Unvorsichtigkeit beim Oeffnen der Türe abgewiesen. Es sei Pflicht des Hausherrn, gefährliche Eingänge kenntlich zu machen und so für die Sicherheit des Verkehrs im Hausflur zu sorgen.

Gegen dieses Urteil hatte die Baptistengemeinde Revision beim Reichsgericht eingelegt und sich besonders auf einige Reichsgerichtsurteile berufen, die grobes überwiegendes Verschulden annehmen, wenn jemand einen dunklen Raum betritt, ohne sich über die näheren Verhältnisse zu vergewissern. Der VII. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision, und führt hierzu aus: „Die Revision hat zu Unrecht die Analogie derjenigen Fälle herangezogen, wo jemand ohne Vorsicht in einen unbekannten dunklen Raum hineingegangen war; denn die Klägerin hat sich einer gleich groben Unvorsichtigkeit nicht schuldig gemacht. Sie ist vielmehr beim Oeffnen der nach Innen schlagenden Tür, da gleich hinter dieser die Stufe war, schon beim ersten fast unwillkürlichen Schritt zu Fall gekommen. Es erscheint nicht rechtsirrig, wenn das Berufungsgericht darin eine geringere Fahrlässigkeit erblickt, als in den von der Revision erwähnten Fällen angenommen worden ist."

Niemand will es machen!

Ein geradezu jämmerliches Bild von den Vereinsverhältnissen in den evangelischen Arbeitervereinen entrollte eine Gerichtsverhandlung, die dieser Tage vor dem Schöffengericht in Weinböhla bei Meißen stattfand. Der Vertrauensmann des dortigen evangelischen Arbeitervereins, ein Korbmacher P., soll in drei Fällen Gelder, Beiträge und Spargelder, die er einzuholen und an die Kassiererin abzuliefern hatte, für sich behalten haben. Er entschuldigt sich mit großer Vergeßlichkeit und findet auch die Bestätigung der Kassiererin, die außerdem noch aussagte: „Es habe überhaupt eine große Schlamperei im Verein bestanden!" Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, man hätte doch einen anderen Vertrauensmann wählen können, antwortet sie prompt, es fände sich kein anderer, „niemand will es machen!" Der „vergeßliche" Vertrauensmann wurde trotz der entlastenden Aussagen seiner Mitchristin zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt.

Die ganze Verhandlung ist eine treffliche Satire auf den ganzen evangelischen Arbeitervereinsrummel. Arbeiter sind in den Vereinen überhaupt nur sehr wenig. Sie sind nur gut als Statisten, zum Einholen der Beiträge und ähnlichen untergeordneten Diensten, während Lehrer und Geistliche meistens die Leitung haben.

Vermischtes.

Ein entmündigter Herzog.

Laut Bekanntmachung des mecklenburgischen Amts- und Regierungsblattes hat der Großherzog von Mecklenburg den jungen Herzog Borwin zu Mecklenburg auf „dessen Antrag" entmündigt. Hierzu schreibt das „Berliner Tageblatt": „In Wahrheit hat der Großherzog nach dem mecklenburgischen Hausgesetz die Entmündigung verfügt. Der Großherzog selbst gilt auch als der Vormund des Entmündigten und bestellt eine geeignete Persönlichkeit als Pfleger zur Regulierung der geschäftlichen und pekuniären Angelegenheiten. Wie wir des weiteren von maßgebender Stelle erfahren, stand Herzog Borwin von Mecklenburg als blutjunger Offizier bei den Zieten-Husaren in Rathenow. Er unternahm, wie das ja andere Offiziere auch tun, häufige Vergnügungsausflüge nach Berlin, und auf Berliner Pflaster ist es auch gewesen, wo der Offizier in die Hände von Wucherern gefallen ist. Es sind durchweg Bewucherungen der allerschlimmsten und allerplumpsten Art, so daß man sich eigentlich wundern muß, wie ein Mensch darauf hineinfallen konnte. Als Erklärung kann nur die vollständige Unerfahrenheit des Herzogs dienen. Auf der anderen Seite darf allerdings auch nicht verhehlt werden, daß der Leichtsinn des Entmündigten ein gut Teil am Hereinbrechen der Katastrophe die Schuld trägt. Der Herzog bezog nämlich eine durchaus auskömmliche Apanage, so daß er weder Schulden machen, noch sich Wucherern auszuliefern brauchte. Gegen diese Wucherer wird selbstverständlich mit aller Energie und Strenge vorgegangen werden. Jedenfalls aber hielt man es, da es nun einmal so weit gekommen war, für am besten und ratsamsten, wenn der so jämmerlich Bewucherte den Abschied vom Militär nimmt und entmündigt wird. Der entmündigte Herzog hat sich zu seinen Eltern begeben. Sein Vater, Herzog Paul Friedrich zu Mecklenburg, der mit einer Prinzessin Mané zu Windisch-Graetz verheiratet ist, lebt auf einem Schloß in Steiermark. Ein eigenartiger Zufall will es übrigens, daß auch der Vater des Herzogs Borwin entmündigt worden ist. Doch trug an der Verhängung dieser Kuratel damals nicht der Vater, sondern seine Gattin die Schuld." — An den Verirrungen des Herzogs sind natürlich die schlechten Menschen schuld, die seine „Unerfahrenheit" benutzten, um ihn zu verführen. Bei Gott — „kein Engel war so rein".

Selbstmord im Gefängnis. In dem Geraer Gerichtsgefängnis hat sich der Landwirt und Stellmacher Göth aus Dorna entleibt, der wegen Meineides in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert war. Die unglückselige Tat, so schreibt das „Geraer Tageblatt", ist um so bedauerlicher, als die Schuld Göth' noch keineswegs erwiesen ist. Er scheint aus Scham gehandelt zu haben.

In Kindesnöten. Auf dem bei Weichselmünde liegenden Oderkahn des Schiffers Schmidt aus Thorn kam vorgestern, der „Danz. Zeitung" zufolge, die Frau des Schiffers zur Entbindung. Da es der Kranken bei der Geburt an jeglicher Hülfeleistung mangelte, verstarben Mutter und Kind und wurden von dem später heimkehrenden Schiffer als Leichen aufgefunden.

Ein Familiendrama. Wie aus Prag gemeldet wird, tötete wegen ehelicher Zwistigkeiten in Zabjublicz der Eisenbahnangestellte Johann Kablicek durch Beilhiebe seine Frau und seinen achtjährigen Sohn, worauf er Selbstmord beging.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. April, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappel-Allee 15/17: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10½ Uhr in der Schule Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Es werde Licht". — Damen und Herren sind als Gäst herzlich willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg), Filiale Baumschulenweg. Heute, abends ½9 Uhr bei Köding, Baumschulenstr. 67.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. G. 19. 1. Wenden Sie sich an Herrn Ludwig, Kolbergerstr. 23. 2. Vogelhandlungen finden Sie im Adreßbuch, 2. Band, Teil IV, Seite 444. — **C. W. Schöneberg.** 1895. Prinzen-Allee-Pankow. — **M. S. 8.** Wenden Sie sich an das Kuratorium der städtischen Siechenanstalten, Bureau C. 2, Rathaus, Zimmer 111/114. — **H. H. 00.** Antwort finden Sie in der Notiz „Zu versteuerndes Einkommen" in der 3. Beilage des „Vorwärts" vom 24. April d. J. — **F. S. 21.** Wird zu verschiedenen Zwecken verwandt. Kilogramm zirka 12 M. — **O. F. 35.** Frage 1.—4. Auskunft erteilt Ihnen die Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Charitéstr. 3. — **T. G. 55.** 1. Mit Ihrer Aufnahme in den preußischen Staatsverband steht Ihnen auch das Wahlrecht zu. Sie müssen auf Grund der Bescheinigung gegen Ihre Nichtaufnahme Protest erheben und werden dann nachgetragen. Wo und wann die Listen ausliegen, stand in der Donnerstagnummer des „Vorwärts". 2. Darüber hat unsere Expedition keine Kontrolle. — **A. Tempel 100.** Bureau der Akademie der Künste, Pariser Platz 4. — **M. Seydelstraße.** Nein. — **H. M. 100.** 1. Unterstützungspflicht besteht, wenn die Mutter sich nicht selbst unterhalten kann und Sie nicht besondere Entlastungsgründe haben, z. B. große Verpflichtungen durch zahlreiche Familie, Krankheiten usw. 2. Keine Stellungspflicht und keine Nachricht an den Arbeitgeber. — **Maxstraße 14.** 1. Fünf Jahre, wobei jede richterliche Handlung die Frist von neuem in Lauf setzt. 2. Antrag genügt. 3. Verfolgung noch möglich. 4. Nein. — **P. T. 40.** Armenunterstützung nur von der Gemeinde des Wohnorts. — **G. R. 3.** Ohne nähere Angaben Antwort unmöglich. Gehen Sie mit den Papieren in die Landesversicherungsanstalt Matthäikirchstr. 19. — **W. W. 1777.** 1. Stempelung zur Gültigkeit niemals nötig. Nichtstempelung nur über 150 M. Vertragswert strafbar. 2. Keine Melde- und Zahlungspflicht. — **G. B.** Da beide Eltern leben, haben sie allein über die Verwendung des Geldes zu entscheiden. — **Tod und Erbschaft.** Schwiegertochter erbt nicht. — **Mantenffelstr. 5.** Wenn monatsweise gemietet ist, Kündigung am 15. zum Monatsschluß. — **G. D. 178.** Die Verhältnisse der Anstalt sind uns in diesen Einzelheiten nicht bekannt. Richten Sie Ihre Fragen an die Verwaltung der Kolonie. — **P. P. 871.** Der Verlobte, der die Aufhebung des Verlöbnisses verschuldet, muß dem anderen Teile und dessen Eltern oder denen, die an Stelle der Eltern gehandelt haben, angemessenen Schadenersatz leisten (Ersatz von Ausgaben, Entschädigung für die etwa aufgegebene Stellung u. dergl.). — **R. 44.** Die zweite Frau des Schwiegervaters hat aus dessen Nachlaß den Pflichtteil zu beanspruchen. Wenn Ihr Schwiegervater weder Kinder noch Enkel noch Geschwister oder Geschwisterkinder hat, beträgt der Pflichtteil die Hälfte der Erbschaft; sind Kinder oder Enkel da, so hat die zweite Frau ¼ der Erbschaft, und sind Geschwister oder Geschwisterkinder da, ½ der Erbschaft und Pflichtteil zu fordern. — Der Schwiegervater kann Ihnen oder Ihren Kindern das Geld schon bei Lebzeiten zuwenden. — **A. L. 87.** Solche Geldhülfe ist unzulässig. Sie können dafür bestraft werden, müssen auch auf eine Klage das Geld herausgeben. — **G. 109.** In den Abzahlungsverträgen ist gewöhnlich vorgeschrieben, daß der Möbelhändler von der Retention zu benachrichtigen ist. Tun Sie es auf jeden Fall. — **A. H. 150, Steglitz.** Stellen Sie dem Hauswirt durch eingeschriebenen Brief eine Frist von acht Tagen zur Beseitigung des Uebels, kündigen Sie ihm an, daß Sie sonst ziehen würden und klagen Sie dann auf Gestattung des Auszuges. — **K. H. 127.** 1. Bei vorübergehender Unterstützung: nein. 2. Nein; doch muß der Steuerpflichtige selbst die Wahrheit angeben. — **P. G. 72.** 1. Er darf das Kind nicht wegnehmen. 2. Der Vormund beantragt beim Vormundschaftsrichter ein Armutszeugnis für das Kind und läßt sich beim Gericht eine Klage auf Unterhalt aufsetzen, beantragt darauf beim Gericht in Charlottenburg das Armenrecht und die Beiordnung eines Anwalts. —

Witterungsübersicht vom 24. April 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 7–1 Uhr	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 7–1 Uhr
Swinemünde	754	SSO	3	halb bd.	7	Haparanda	764	N	2	wolkenl.	–1
Hamburg	749	SO	5	bedeckt	7	Petersburg	766	ONO	1	wolkenl.	3
Berlin	754	SO	2	wolkig	6	Scilly	753	N	5	heiter	4
Frankf. a. M.	751	SSW	3	Regen	8	Aberdeen	751	NW	1	wolkenl.	–3
München	754	SO	2	bedeckt	8	Paris	747	SSW	3	bedeckt	9
Wien	756	O	1	wolkenl.	6						

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. April 1908.
Veränderlich, vorherrschend wolkig, am Tage etwas kühler mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 4. cm	seit 22. 4. cm[1]	Wasserstand	am 23. 4. cm	seit 22. 4. cm[1]
Memel, Tilsit	510[2]	–6	Saale, Grochlitz	203	–12
Pregel, Insterburg	193	–10	Havel, Spandau[3]	165	0
Weichsel, Thorn	292	–4	„ Rathenow[3]	169	–2
Oder, Ratibor	207	–18	Spree, Spremberg[3]	126	–4
„ Krossen	234	+5	„ Beeskow	152	–1
„ Frankfurt	228	–1	Weser, Münden	60	–5
Warthe, Schrimm	126	–2	„ Minden	134	–2
„ Landsberg	124	+1	Rhein, Maximiliansau	329	+1
Netze, Bordamm	52	–5	„ Kaub	233	–5
Elbe, Leitmeritz	60	–13	„ Köln	261	+1
„ Dresden	–33	–15	Neckar, Heilbronn	89	–1
„ Barby	316	–11	Main, Wertheim	175	–6
„ Magdeburg	274	–8	Mosel, Trier	92	–2

[1]) + bedeutet Wachs, – Fall, – [2]) Unterpegel. — [3]) heute um 6 Uhr morgens 498 cm.

Für Ausflügler

empfehlen wir: 246/2

Neu! **100** Neu!

Ausflüge um Berlin

mit 12 Illustrationen und 20 Karten von Georg Siegerist.

Preis gebunden 1.50 Mark.

Märkisches Wanderbuch.

Mit 38 Karten . . . . . Preis 2.50 M.

Wanderbuch für die Mark Brandenburg

und angrenzende Gebiete.

Mit 53 Karten.

Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins . . . . Preis 1.50 M.

Zweiter Teil:

Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte. . . Preis 2.00 M.

Dritter Teil:

Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte . . . Preis 2.50 M.

Wanderführer mit Karten-Atlas für Oberspree und Dahme . . . . . Preis 1.00 M.

Wanderführer mit Karten-Atlas für den Grunewald . . . . . Preis 1.00 M.

Spezialkarten für alle Ausflugsorte der näheren u. weiteren Umg. Berlins im Preise von 0,50—1,50 M.

Ferner empfehlen wir:

Radfahrerkarte von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinewand gezogen, zusammenlegbar . . . . . Preis 1,75 M.

Radfahrerkarte von Brandenburg, auf Leinewand gezogen, zusammenlegbar . . . . . Preis 2,50 M.

Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Wegen der vielen Angriffe

unserer verehrten Konkurrens haben wir uns entschlossen, das Schöneberger Geschäft Hauptstr. 10 und die anderen 4 Geschäfte **aufzugeben,** das heißt, wir werden das gesamte Unternehmen in eine Gesellschaft umwandeln, und zwar am 31. 12. 08. Aus diesem Grunde veranstalten wir einen

Gr. Total-Ausverkauf

50% unter Preis 50%.

Wir haben uns entschlossen, bis zum 30. April noch auf untenstehende

6 Serien einen Extra-Rabatt von 10% zu gewähren.

Serie 0: Herren-Paletot Stück 6,65 M. | Serie IV: Herren-Paletot Stück 13,50 M. | Serie IX: Herren-Paletot Stück 25,00 M.

Serie I: Herren-Anzug Stück 8,75 M. | Serie VI: Herren-Anzug Stück 17,50 M. | Serie XI: Herren-Anzug Stück 34,00 M.

Streng feste Preise! | Nur kein Neid, wer kann, kann! | ::: Serien-Preise! :::

BLITZ

9 Rosenthaler Str. **9** Ecke Auguststraße | **137** Gr. Frankfurter Str. **137** | Schöneberg

85 Chaussee-Straße **85** | 29-30 Kottbuser Damm 29-30 | **10** Haupt-Straße **10**

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf, Teppiche mit Farbenflecken und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 6488*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 6499*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 6500*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 6518*

Tischdecken, Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 6538*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 6548*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2933R*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 3315

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 3325*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Installateure und Händler kaufen Gastronen, Zugampeln, Beleuchtungsgegenstände, Hängelicht, Gaskocher allerbilligst bei Baumann, Alte Jakobstraße 125, Spezial-Großhandlung. *

Teppiche mit Farbenflecken Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhof. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. [†27

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhof. †27

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †27

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Bork, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 6788*

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Fabriklager aller Systeme. Teilzahlung. Druda, Rosenthalerstraße 19. †132*

Hermannplatz 6! Pfandleihhaus! Spottbilligste Einkaufsquelle! Für Arm und Reich! Staunend billige Sommerpaletots! Herrenanzüge! Extragroßer Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Riesenauswahl! Verkaufsräume im Pfandleihhause Hermannplatz 6, auch Sonntags geöffnet! †101

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nax, Mulackstraße 14.

Billige Hosenwoche. Freitag, Sonnabend und Sonntag vom 24. bis 26. April außerordentlich billiger Verkauf hocheleganter Beinkleider aus feinsten Maßstoffen, früher 9 bis 15 Mark, jetzt 6—12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 15915*

Monatsgarderobenhaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 5778

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 5788

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweilochgaskocher 5,00, Gasbügelapparat, Gasplätteisen! spottbillig! Extragroße Spargaskocher! 2,00, Gaslyren 1½ Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 5188*

Mehr als 1000 Personen, Herren, die bisher nur Maßanzüge trugen, haben schon bei Schlesinger, Turmstraße 58, fertige Anzüge gekauft und sind damit sehr zufrieden. Allerdings kaufen diese Herren nicht 20 Mark-Anzüge, sondern solche von 36—60 Mark

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 3286*

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,35, Tapestriebrüsselt 5,35, Axminster 4,65. Inventur-Ausnahmepreise. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1155*

Gestickte Erbstüllstores 3,85. Echt Spachteltores 7,85, Sezessionstüllstores 1,75. Inventur-Räumungspreis. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1145*

Bekanntmachung. Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Ecke Stralsunderstraße jetzt täglich großer Pfänderverkauf, Herrenanzüge, Sommerpaletots, einzelne Herrenhosen, spottbilligster Bettenverkauf, Bettwäsche, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Uhrenverkauf, staunenerregende Riesenauswahl. Sonntags geöffnet. *

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 287/0*

Anzüge, Paletots aus feinsten Maßstoffen sowie zurückgebliebene Maßsachen nach Ostern für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden!

Engrosfabrik verkauft vorrätige überzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots ausnahmsweise einzeln zu Engrospreisen. Nur beste hochfeinste Fabrikate. Verkaufszeit bis 2. Sonntagsverkauf 12—2. Neue Friedrichstraße 37, III. *

Steppdecken. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Kinderwagen, Bettstellen, billigstes Spezialgeschäft. Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. 251/16*

Totalausverkauf verfallener Pfändersachen, Räumungsverkauf hochmoderner Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Taschenuhren, Schmucksachen, Wäscheverkauf, Steppdecken, Gardinenverkauf, Restеverkauf, allerfeinstes, spottbilligstes Pfandleihhaus, Weidenweg 19. 6829*

Nähmaschinen, 4 Stück 6—20,00, Oranienstraße 19, Quergebäude I.

Kartoffeln, Daber, Zentner 3,75, 10 Pfund 0,40, Weltwunder und Magnum Bonum, Zentner 3,25, 10 Pfund 0,35. Raschinski, Rixdorf, Steinmetzstraße 113. †101

Moderne Wirtschaft, Hobelbank, Werkzeug verkauft Kertsch, Bozhagen, Neue Bahnhofstraße 8, Quergebäude parterre. †115*

Geschäftsverkäufe.

Milchgeschäft mit Kolonialwaren sofort billig wegen Familienverhältnisse zu verkaufen. Zu erfragen Malplaquestraße 35 I bei Eisholz.

Gute Existenz. Filiale meines Räucherwarengeschäfts verkäuflich. Preis 1000 Mark. Fachkenntnis nicht erforderlich. Auskunft Borsigstraße 34.

Restaurant verkauft billig Rochowstraße 13, Osten. 6855*

Restaurant, Müllerstraße, wegen anderer Unternehmung sofort zu verkaufen. Zu erfragen Spedition Nazarethkirchstraße 49. †81

Kartoffel-, Heringsgeschäft, flottgehend, gute Existenz, verkauft Seelowerstraße 13, Schönhauser Allee.

Eckrestauration in der Müllerstraße billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Doze, Müllerstraße 32a.

Möbel.

Englische Bettstelle mit prima Staubschutz-Matratze 45 Mark, Kleiderschrank, zweitürig 27, Vertiko 27, Sofatisch 17, Schlafsofa 38, moderne Küche, komplett 60, Wanduhr 16, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, Speicher. 1555b*

Aus herrschaftlichem Besitz: Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Gaskrone, Standuhr, Klubsessel, Ledersofa, Ruschewextisch, Anrichte, Kleiderschrank, Frisierkoliette, moderne Küche, zirka für die Hälfte des Wertes. Lothringerstraße 26, Hof, Speicher, Schönhauser Tor. 1555b*

Sie kaufen eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück am billigsten, wenn man die Gelegenheitskäufe sich ansieht von Hasemanns Möbel-Speicher. Täglich noch ganz neue Möbel werden bis 30 Prozent billiger verkauft als dieselben regulär kosten! Einrichtungen 150—200, 300, 400, 1500! Große Auswahl in fünf Etagen! Ankleideschränke, Schreibtische, Plüschsofas, tiefe Kleiderspinden, Vertiko, Ausziehtische, Säulentrumeau, Chaiselongue, Gaskronen, moderne Küchen! Auch gebe nur reellen Leuten bei vorheriger Vereinbarung Möbel auf Teilzahlung! Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. *

Herrenzimmer, Eiche, gute Arbeit, 520, Lothringerstraße 26, Speicher. *

Möbelfabrik F. u. L. Engelke, Kastanienallee 83 u. 26 liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und Teilzahlung zu billigsten Preisen. Kulanteste Bedingungen. *

Möbelverkauf! Durch günstigen Einkauf selten billig, auch Teilzahlung. Besichtigung erbeten. Kastanien-Allee 58. 4066*

Dringend sollen sämtliche Möbel einer großen Wohnung billig verkauft werden: Kleiderschränke, Vertiko, Bettstellen, Sofas, Tische, Stühle, Spiegel, Federbetten, Bilder, Gardinen, Verschiedenes. Neue Königstraße 29, vorn I rechts, nahe Alexanderplatz. *

Möbel! Billig! Sehr gut erhaltene Ergänzungsstücke, sowie ganze Einrichtungen stehen in Stargards Aufbewahrungsspeicher, Dresdenerstraße 107/108, zum schleunigen Verkauf aus. 251/19

Wegen Umbau bin ich gezwungen, sämtliche Lagervorräte zu räumen. Bettstellen mit Matratzen 20,00. Muschelspinde 26,00, Plüschsofa 50,00, bunte Küchen 52,00, Sofaumbauten, ganze Einrichtungen für jeden Preis. Lieferung frei. Hirschowitz, Brunnenstraße 30. 16065

Kinderbettstelle, neu, Grüner Weg 50/51, Hof I rechts. †30

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2128*

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Stallerstraße 40. 3205*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkopräder, Opelfahrräder, Wanderräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Ernst Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. 6595*

Fahrräder, neue 35,00, 45,00, Luftschläuche 1,50, Lauddecken 1,50. Machnow, Weinmeisterstraße 14. 6645

Fahrräder, 35,00 an, Badstraße 9.

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Halbrenner muß sofort verkaufen Alexanderstraße 63, Zigarrenladen.

Halbrenner, hochelegant, jeden annehmbaren Preis. Stadenow, Gartenstraße 112. 6635*

Halbrenner, hochelegant, spottbillig Kleine Frankfurterstraße 25 II.

Halbrenner, hochmoderne Prachtmaschine, Drontheimerstraße 40, vorn II geradezu. †61*

Halbrenner, Brennabor, 35,—. Frau Kipphaut, Brunnenstraße 14, Hof I. 6668*

Herrenfahrrad, hochschick, jeden annehmbaren Preis, Weißenburgerstraße 78, vorn I rechts. 6678*

Brennaborrad, Freilauf, 35,00, Pankstraße 24c, parterre rechts. *

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 6748*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Stichtnerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 1455*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 128/3*

Vereinszimmer, 50 Personen, vergibt Max Jacob, Kottbuserufer 33.

Platin, Gold, Silber, Münzen kauft Knappe, Rixdorf, Hermannstraße 68. 1602b*

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 16. Einmonatliche Sonntagskurse, Dienstagskurse, Walzerlehrkurse 5,00. 251/17*

Tanz-Komiker frei. Pose, Fennstraße 47. †81

Vermietungen.

Kleiner Laden mit Wohnung sofort zu vermieten. Monatlich 35,00. Cadinerstraße 7. †30

Stallung für 1 bis 2 Pferde Remise, Wohnung, großer Lagerkeller vermietbar. Große Frankfurterstraße 116, Garderobengeschäft. 581R*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Telephon. Baldemarstraße 33, vorn III links. *

Möbliertes Zimmer, allein, Mittenwalderstraße 25, Hof IV links.

Teilnehmer zu großem möbliertem Balkonzimmer. Zweites möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren. Dicht am Wald, Sonne von früh bis 3 Uhr. Krüger, Oberschöneweide, Marienstraße 7, vorn III. 6845*

Freundliche Stube sauberer Mitbewohner gesucht, Planufer 92c Hof I rechts (Kottbuser Brücke). 1587b

Teilnehmer zum möblierten Vorderzimmer. Appelt, Brandenburgstraße 1—2. 1611b

Sauberes, helles, möbliertes Zimmer. Gartenaussicht, Alleinmieter, ungenierter Eingang, vermietet Still, Dieffenbachstraße 59, Hof I. †131

Vorderzimmer, 1 bis 2 Herren. Adalbertstraße 71 III, Knitter. †5

Möbliertes Zimmer vermietet zum 1. Mai Schnack, Kottbuser Damm 16—17, rechter Ausgang II.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle Prinzenstraße 47, vorn III links. 1570b*

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Frau Jahns, Holzmarktstraße 71, vorn IV. (An der Stadtbahn.)

Möblierte Schlafstelle, separat, Balkonzimmer, Badegelegenheit, Urbanstraße 65, rechter Ausgang, II links. 9745

Schlafstelle für Damen vermietet Löffler, Yorkstraße 81. 16196

Schlafstelle, separat, Ritterstr. 121 Hof I. Bohnsack. 1604b

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren Adalbertstraße 1 I. Kneiff. 1605b

Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe Golze, Manteuffelstraße 88 vorn III. 1609b

Mietsgesuche.

Handwerker sucht einfach möbliertes Zimmer, Gegend Kottbuser Tor. Offerten mit Preis unter R. W., Postamt 26. †5

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Korbmacher verlangt Müller, Nürnbergerstraße 36. †42

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Wegen enormer Lohnabzüge haben die Kollegen der Fabrik **Neufeld** die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwischenmeisterbetrieb von **E. Schlenner,** Rixdorf, Pflügerstr. 52, gesperrt.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus Industrie und Handel.

Zonentarif und Verkehr. Im „Archiv für Eisenbahnwesen" veröffentlicht der Eisenbahninspektor Rudolf Nagel einen Artikel über die Entwickelung des Verkehrs auf den ungarischen Staatseisenbahnen seit der Einführung des Zonentarifs im Jahre 1889. Im Jahre 1888 hatte Ungarn 7010 Kilometer, im Jahre 1906 8280 Kilometer Eisenbahnen, was einer Zunahme von 18 Proz. entspricht. Die Personenbeförderung betrug im Jahre 1888 auf 1 Bahnkilometer 1306 Personen, im Jahre 1906 dagegen 5809 Personen, die Steigerung beträgt 345 Prozent. Die Einnahmen sind während dieser Zeit allerdings nur um 130 Prozent gestiegen, das Betriebsergebnis ist aber trotzdem als günstig zu bezeichnen. Im Jahre 1906 betrugen die Gesamteinnahmen 284 233 757,95 Kronen (1 Krone 85 Pf.), die Gesamtausgaben 179 463 525,04 Kronen. Demgemäß beträgt der Ueberschuß 104 770 232,91 Kronen. Das in den Eisenbahnen investierte Kapital beträgt 1 977 139 062,36 Kronen. Die Verzinsung des Anlagekapitals stellt sich mithin auf 5,30 Proz.

Nach dem ungarischen Zonentarif sind die Preise für die dritte Wagenklasse niedriger als bei uns die Preise für die vierte Klasse. Der höchste Satz für eine Reise auf den Ungarischen Staatsbahnen — ganz gleich von welcher Länge — beträgt im Personenzuge 8,0 Kronen, im Schnellzuge 10,0 Kronen. Es besteht nur die eine Einschränkung, daß, wenn die Reise über Budapest hinausgeht, der Zonentarif von dort ab von neuem beginnt. Der Zonentarif für den Lokal- und Nachbarverkehr ist insofern ungünstiger als unser Stadtbahntarif, als der niedrigste Satz — bis 10 Kilometer — 0,20 Kr. beträgt. Zweite Zone, bis 15 Kilometer, kostet 0,30 Kr., und die dritte Zone, bis 20 Kilometer, kostet 0,40 Kr.

Anarchie im Kleinhandel. Eine auffallende Spannung besteht zwischen den Fleischpreisen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands. Der höchste Schweinefleischpreis wird in der Stadt Koblenz gezahlt und zwar mit 1,80 M. pro Kilo. Dem steht ein Niedrigstpreis von 1,25 M. gegenüber, der für 1 Kilo Schweinefleisch in Bromberg gezahlt wird. Interessant ist es, daß in Posen, also in derselben Provinz, 1 Kilo Schweinefleisch 1,41 M. kostet. Auch in den Städten der Provinzen Ost- und Westpreußen sind die Preise äußerst verschieden: in Königsberg beträgt er 1,40 M., in Danzig 1,26 M. Stettin zahlt einen Schweinefleischpreis von 1,51 M., der Preis ist etwas höher als in Essen, wo ein Kilo Schweinefleisch 1,50 M. kostet. Ebenso verschieden wie bei Schweinefleisch sind die Preise für Rindfleisch in den einzelnen Provinzen resp. Städten Deutschlands. So kostet 1 Kilo Rindfleisch von der Keule in Altona 1,85 M., in Posen aber 1,42 M. Auch Rindfleisch vom Bauche weist auffallend starke Preisschwankungen auf: in Kiel kostet ein Kilo dieser Sorte 1,21 M., in Breslau kostet es 1,54 M. Die Differenz beträgt also 33 Pf. pro Kilo. Königsberg und Bromberg haben den gleichen Preis von 1,25 M., während bei Rindfleisch von der Keule in diesen beiden Städten eine Differenz von 10 Pf. besteht. Es bleiben noch Kalbfleisch und Hammelfleisch zu nennen, bei denen ebenfalls die Preise in den einzelnen Gegenden stark von einander abweichen. Besonders Kalbfleisch weist eine ungewöhnlich hohe Schwankung auf. Der niedrigste Durchschnittspreis, der in Königsberg gezahlt wird, beträgt 1,28 M. pro Kilo. Dem steht ein Durchschnittspreis von 1,95 M. gegenüber und zwar für Kiel. Der nächsthöchste Preis wird in Altona mit 1,90 M. pro Kilo notiert. Zwischen den Notierungen in den rheinischen Städten besteht wieder eine erhebliche Differenz; in Aachen z. B. kostete Kalbfleisch pro Kilo 1,80, in Koblenz aber nur 1,65 M. Bei Hammelfleisch ist die Spannung nicht ganz so groß wie bei Kalbfleisch, allerdings bestehen auch hier zwischen den Preisen in den verschiedenen Gegenden deutliche Gegensätze. Am teuersten ist im Durchschnitt 1 Kilo Hammelfleisch in Breslau, und zwar kostet es hier 1,90 M. Der niedrigste Durchschnittspreis wird dagegen in mehreren Städten bezahlt: in Posen, Kassel und Essen kostete 1 Kilo Hammelfleisch 1,50 M.

Das Konsumvereinswesen in Württemberg hat im verflossenen Jahre wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Zahl der dem Landesverband der Konsumvereine angegliederten Vereine — und das sind alle leistungsfähigeren — ist im Jahre 1907 von 44 auf 54, die Gesamtzahl der Mitglieder von 60 652 auf rund 68 000 gestiegen. Die Auflage des Verbandsorgans der Konsumvereine erhöhte sich von 24 500 auf 28 000. Der Verband hat eine Erhebung veranstaltet, die sich außer auf die 54 Verbandsvereine auch noch auf zwölf andere, also insgesamt 66 Vereine erstreckt. Der Mitgliederstand dieser 66 Vereine beziffert sich auf 70 281. Die Geschäftsanteile machen die Gesamtsumme von 1 488 775 M. aus gegen 1 372 457 M. im Jahre 1906. Die Haftsumme erhöhte sich in der gleichen Zeit von 1 825 747 M. auf 2 066 205 M. Infolge der Krise gingen jedoch die Spareinlagen von 1 922 385 M. auf 1 842 900 M. zurück. Der Gesamtumsatz der Vereine betrug im Geschäftsjahr 1907 20 849 796 M. gegen 19 123 653 M. im Jahre 1906. Das Reinerträgnis für 1907 beziffert sich auf 1 618 139 M., an Steuern waren 317 555 M. zu entrichten.

Eine internationale Bergbau-Ausstellung ist vom 11. bis 31. Juli 1908 in der Olympiahalle in London geplant. Diese soll die Fortschritte auf dem Gebiet des Bergbaus und der damit zusammenhängenden Maschinen zeigen. Die Leitung dieser Veranstaltung liegt in denselben Händen wie die damalige Kohlen-Ausstellung im Jahre 1906 und die internationale Bergwerks-Ausstellung, die 1907 in der Olympia stattfand.

Während der Zeit der Ausstellung sollen Versammlungen von Bergwerksbesitzern und Direktoren abgehalten werden. Ferner soll den Betrieb einer Diamantgrube ein größeres Modell veranschaulichen.

Die Technik hat in den letzten Jahren im Bergbaufach eine Menge Neuerungen geschaffen, speziell auf dem Gebiete der Förderungsanlagen sind Sicherheitsanzeiger und Signaleinrichtungen der mannigfachsten Art hergestellt worden. Es wäre zu wünschen, daß die geplante Ausstellung ein umfassendes Bild dieser technischen Neuerungen gibt und die Aufsichtsbehörden und sonstigen Interessenten damit die Anweisung erhalten, sich mit diesen Dingen vertraut zu machen, um die Bergherren zur Anwendung moderner Sicherheitseinrichtungen zu zwingen.

Freilich hat es damit noch gute Wege. Die großen Grubenunfälle haben nachträglich immer bewiesen, daß das Grubenkapital nicht nur die Einführung wirklich guter maschineller Einrichtungen, die zur Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter dienen können, immer zu vereiteln gewußt hat, sondern daß auch die elementarsten Anforderungen in dieser Hinsicht nicht erfüllt wurden. Die Regierung und die Behörden können wohl vorkommendenfalls preußisch-deutsche Schneidigkeit den streikenden Bergleuten gegenüber entwickeln, bei den allmächtigen Grubenmagnaten erlaubt man sich keine Vorschriften durchzusetzen. Solange die Profitgier und die Ausbeutungssucht hier nicht unterdrückt und eingedämmt wird, haben solche Ausstellungen im guten Sinne keine erzieherischen Wirkungen. Es werden die internationalen Bergherren sich höchstens darüber verständigen, wie sie noch raffiniertere Arbeitsmethoden anwenden, wie sie die Arbeitskraft der Bergleute noch mehr auspowern, nicht aber, welche technischen Fortschritte sind zu beachten, um Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Gruben zu schützen.

Was nützen uns all' die erfolgreichsten technischen Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiter-Hygiene und Unfallverhütung, wenn sie nicht in umfassender Weise auch in der Praxis Verwendung finden?

Das amerikanische Kartellamt. Das kürzlich ausgegebene Heft 8 der „Kartell-Rundschau" bringt eine Bearbeitung des Berichtes, welchen das Untersuchungsamt der Vereinigten Staaten für die Trusts und verwandten Korporationen vor einiger Zeit herausgegeben hat. Aus dem Berichte geht hervor, daß in dem Zeitraume vom 30. Juni 1906 bis 1907 auf Veranlassung des Amtes 30 Anklagen gegen Trustgesellschaften mit 9764 Streitfällen in verschiedenen Bundesstaaten anhängig gemacht worden sind. Die schwerste Strafe, die wegen ihrer Höhe in der gesamten kapitalistischen Welt dies- und jenseits des Ozeans Aufsehen erregt hat, traf die berüchtigte Standard Oil Cie im Staate Indiana, indem sie zu nicht weniger als 29½ Millionen Dollar verurteilt wurde. Abgesehen von diesen interessanten Mitteilungen gewinnt das amerikanische Trustkontrollamt gerade jetzt auch für die europäische Industrie Bedeutung, insofern als erst vor kurzem wieder im Reichstage die Errichtung eines Kartellamtes zur Beaufsichtigung der Kartellentwickelung in Deutschland beantragt worden ist. Aus jenem Berichte geht nun hervor, was das seit dem Jahre 1903 bestehende Amt geleistet hat und man kann sich infolgedessen ein Urteil bilden, ob und inwieweit der amerikanische Kapitalismus befähigt ist, sich selbst zu korrigieren und zu regulieren. Zweifellos verdienstlich ist die Sammlung und Veröffentlichung umfangreichen Materials über die großen amerikanischen Trustgesellschaften, insbesondere über den Petroleum- und Fleischtrust. Wenn auch zugegeben werden muß, daß ohne die Mitwirkung dieses Amtes die Untersuchungen gegen diese unheilvollen Kapitalsmächte nicht hätten durchgeführt werden können, so kann man sich andererseits doch nicht des Eindruckes erwehren, daß die Einrichtung im ganzen dem bekannten Lichtenbergschen Messer ohne Klinge, an dem das Heft fehlt, gleicht: Jene kapitalistischen Mammutbildungen wuchern ganz lustig fort und Rockefeller ist nach wie vor unbesorgt. Zwar ist dem amerikanischen Amte der Charakter einer Exekutivbehörde eigen, wenigstens in einem gewissen Umfange; allein, genügt es denn, die Möglichkeit zu haben, Zeugen einvernehmen zu können? Bislang sind Wirkungen des Amtes, das ein vollständig selbständiges Bundesamt mit Staatsbehördencharakter ist, dessen Etat rund eine Million Dollar beträgt und das zurzeit fast 100 Beamte beschäftigt, noch nicht wahrzunehmen, und wenn — so sind sie recht platonischer Natur. Bei uns allerdings ist man nicht einmal so weit. Seit der Kartellenquete wird vom Reichsamte des Innern die Kartellbewegung durch eine Abteilung dieses Reichsamtes verfolgt, überdies befassen sich selbstverständlich auch die entsprechenden Ressorts der einzelnen bundesstaatlichen Ministerien mit der Sache. Aber unser Bureaukratismus bringt nicht einmal den Nutzen, daß er ständig Bericht erstatten würde; er behält seine Wahrnehmungen für sich. Wahrscheinlich sieht er selbst ein, daß sie das Licht der Oeffentlichkeit nicht recht vertragen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 25. April.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Mignon.
Königl. Schauspielhaus. Maria Stuart. Anf. 7 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Lysistrata.
Berliner. Hopfenraths Erben.
Lessing. Das Lumpengesindel.
Neues Schauspielhaus. Judith.
Renes. Die gute Partie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) College Crampton.
Schiller Charlottenburg. Der Weg zum Herzen.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Hebbel. Hoffnung auf Segen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Kriemhilds Rache.
Lustspielhaus. Sein Alibi. Der Brandstifter.
Lortzing. Der Wildschütz.
Komische Oper. Die Fledermaus.
Wessen. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Luisen. Unsere Don Juans.
Thalia. Die Brunnennymphe.
Trianon. Seine erste Frau. Die Hand.
Theater an der Spree. Der Onkel aus Kottbus.
Bernhard Rose. Die Loreley.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Der kleine Chevalier. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Elle aus der Bar. Es lebe das Nachtleben!
Kasino. Ein Dorfroman.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Ota Gygi. Spezialitäten
Parodie. Tannhäuser. Nachtasyl. Monna Vanna.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Palast. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten. Place d'Opéra.
Folies Caprice. Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr, halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Berliner Theater.

Sonnabend 8 Uhr zum erstenmal: **Hopfenraths Erben.**
Sonntag 7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die gute Partie.

Morgen bis Mittwoch 8 Uhr: Die gute Partie.
Donnerstag z. erstenmal: Ramon, der Abenteurer.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

2 mal 2 = 5.

Sonntag 3 Uhr: Mandragola.
Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Kriemhilds Rache.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr: Sein Prinzeßchen.
Montag: Die Brüder v. St. Bernhard.

Neues Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard-Alexander. —
Abends 8 Uhr:

Der Floh im Ohr.

Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Sonntag, den 26. April, 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?

Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 34.

Unsere Don Juans.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Der wilde Reutlingen. Abends 8 Uhr: Der Mann mit den vier Frauen.
Montag: Der wilde Reutlingen.

Theater an der Spree

Köpenicker Straße 68.
Täglich 8 Uhr:

Der Onkel aus Kottbus.

Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Morgen: Der Onkel aus Kottbus.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: **College Crampton.**
Komödie in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Das Glück im Winkel.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Hans Huckebein.**
Montag, abends 8 Uhr: **Der Weg zum Herzen.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Weg zum Herzen.**
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf L'Arronge.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Das vierte Gebot.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.**
Montag, abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.**

Castan's Panoptikum 165 Friedrichstr. 165

Neu! 850 Neu!

Kolossal-Reptilien.

Berliner Originale. × Riese Andries.

Lustspielhaus.

Gastspiel Henri de Vries:
Der Brandstifter.
Vorher: **Sein Alibi.**
Anfang 8 Uhr.
Morgen 3 Uhr: Parme. Abds. 8 Uhr: Der Brandstifter. Vorher: Sein Alibi.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.

Gastspiel der Nederlandsche Tooneelvereeniging:
Abends 8 Uhr:
Op Hoop van Zegen.
(Die Hoffnung auf Segen.) Seestück in 4 Aufzügen v. Herm. Heijermans.

Metropol-Theater.

Zum 215. Male:

Das muß man seh'n,

Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 26. April, nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater

Sonnabend, den 25. April cr.:

Kätchen Loisset	**Bertha Geerts**
Elfenstücke	**Geisha Remond**
Fino Montjoie	**Kun Arpad**
Blue Bell	**Enrico Caruso**
Rolf Rafaëlly	(Auxetophon).

Mittelmeerreise des Kaisers.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Familien-Vorstellung.** Kleine Preise.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47—49.
Sonnabend, den 25. April 1908:
Gastsp. d. Tegernseer Bauerntheaters
welches kürzl. i. Berl. Theat. gastierte.
Die schöne Millibäuerin von Tegernsee.
Vorverkauf: siehe Plakate. Anf. 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Winter Garten

Neues abwechslungsreiches Programm.

Gertrude Barrison, Tänzerin
Selma Brantz, Jongleuse.
Hagedorns Wundergrotte.
John u. Luis Boller, Radfahrer.
Enlonboltas, Luftgymnastiker
3 Braggs, Akrobaten.
May de Souza, amerikanische Sängerin.
Tschernoff, Dresseur.
Millmann-Trio, Drahtseilakt.
Corwey, musikalischer Clown.
Palace Girls, englische Gesangs- und Tanz-Truppe.
Lili Schreiber, Soubrette.
Der Biograph.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:

Die Loreley.

Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Morgen und folgende Tage: Die Loreley.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Trompeter von Säkkingen. Zu ermäßigten Preisen.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
IV. Serie des Herrnfeld-Zyklus.

Die letzte Ehre!
Endlich allein!
Fall Blumentopf.

Alle drei Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Schluß diesjähriger Spielsaison Mittwoch, den 29. April.

Palast-Theater

Burgstr. 24. Bhf. Börse.
Täglich 8 Uhr:

Das erstklassige April-Programm.

u. a.: Agnes Krembser
Jongleur-Akt.

Volkstümliche Preise.

Kasino-Theater.

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:

Ein Dorf-Roman.

Vorher das glänz. April-Programm.
Sonntag 4 Uhr: **Nick Carter.**
Sonntag, den 3. Mai, nachm. 4 Uhr: **Biederleute.**

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.

Das neue April-Programm.

Berlins Lieblings-Soubrette
Grete Gallus.
Erstklassige Spezialitäten.
Tunnel: **Militär-Konzerte.**
Theaterbesucher freien Eintritt.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
Morgen Sonntag, den 26. April: Nachmittags 3 Uhr:

Unschuldig verurteilt.

Abends 7 Uhr:

Der Herrgottschnitzer von Ammergau.

Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**
Vorverkauf vorm. 10—1 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Sensation Berlins!

Ota Gygi

der Mann mit den 3 Geigen.

Rita Tanca

und das kolossale **April-Programm!**

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen.
Große Flicken umsonst.
Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 65**
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 25**
Manchester-Hosen Gambrinus **6 M. 50**
Manchest.-Jacketts Gambrinus **11 M. 50**
Maler-Kittel . . . . . 3,50, **2 M. 40**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,25, **2 M. 75**
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, **3 M.**
Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, **5 M. 50**
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30. Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 25952*

Nachdruck verboten!

Passage-Panoptikum.

Während der Osterferien
Vom 11. April b. inkl. 27. April
Volkstage!!!
Jed. Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alle Extra-Sehenswürdigkeiten frei!
„Die lange Dora", das größte Wund., 2,19 Mtr. groß.
Kunstreiter Kapitän Gröbl.
Vitascop-Theater.
Alles ohne Extra-Entrée.
Eintritt 50 Pf.
Kinder ohne Begleitung und Soldaten 25 Pf.

Trianon-Theater.

Gastspiel Charlotte Wiehe. Seine erste Frau. Die Hand (La main).
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Anfang Sonntags 7 Uhr.

Buggenhagen

Moritzplatz im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
Das brillante April-Programm.
U. a.: Lina Goltz, Artur Wolff, M. Bendix, Alexander Bros, Koranas Sisters.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Parkett 0,75, Entree 50 Pf., in d. Woche Familienbilletts 5 St. 2 M.
Im unteren Konzertsaal: Täglich: **Konzert.**

Greift zu!

den besten

Monatsanzüge . . . v.	9,50 M.
Abonnementsanzüge . „	13,00 „
Pfandlethanzüge . . . „	11,00 „
Particanzüge . . . . „	12,00 „
Gehrockanzüge . . . . „	14,50 „
Anzüge. Ersatz f. Maß „	20,50 „
Paletots . . . . . „	9,50 „
Hosen . . . . . „	2,00 „

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Laden.
— Straßenbahn-Vergütung. —

Anzüge u. Paletots nach Maß
aus Ia Stoffresten. Monats- u. nicht abgeholte Sachen **staunend billig.**
Maßschneiderei Voß,
nur **Brunnenstr. 3. I** (Rosenthal. Tor)

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extravorstellung:
Die Fischerin von Island.
Romantisches Schausp. in 5 Aufzügen.
Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sonntag 8 Uhr: Dieselbe Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 U.
Morgen:
Gr. Elite-Soiree. Tanz.

Gustav Behrens-Theater,
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das phänomenale April-Programm!
Mit **Geiverhs** mit ihren dressierten
Bären.
Mexiko in Berlin. — Ein lustig. Witwer.
Possen mit Gesang.
Außerdem **Duskes Vitograph** und **20 Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr Sonntags 6 Uhr.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 13628
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister.
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Grenzberger Platz.

Herren-Anzüge Paletots

fertigen aus eingesandten Stoffen nach Maß unter Garantie!
Preis mit Zutaten 25 M.
Auf Wunsch liefern selbst Stoffe, senden Vertreter mit Kollektion!
Anzüge n. Maß v. 30 M. an.
Bekleidungs-Industrie, Grüner Weg 3 I links.
Kein Laden, daher höchste Leistungsfähigkeit.
Geschäftszeit: 8—1 Uhr vorm. 3—7 „ nachm.
Sonntag: 12—2 „

Am besten kaufen Sie Hygienische Bedarfsartikel jeder Art bei 127382*
Hugo Schultz, Drogerie,
Berlin N., Müllerstraße 166.

Das Rätsel
trotz teurer Lebensbedürfnisse doch elegant zu erscheinen. Löst das
Versandhaus Berliner Herrenmoden
nur **Stralauer Straße 23 I,** am Molkenmarkt, durch Lieferung gediegener Herren-Garderoben fertig und nach Maß an jedermann auch gegen **wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.** Eigene Zuschneiderei und Werkstätten, daher unübertroffene Leistungsfähigkeit. Besichtigung unseres großen Betriebes lohnend. **Kein** Kaufzwang. **Kein** Waren-Kredithaus. Ueber unsere **reelle** Bedienung schriftliche Anerkennungen. Auf Wunsch Besuch unseres Stadtreisenden mit reichhaltigen Mustern. Wochentags bis 8 Uhr und Sonntags geöffnet.
Nachdruck verboten.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Große Massen-Konzerte
Spezialitäten-Vorstellung.

Brauerei Friedrichshain

Fr. Lipps. Oek.: Ernst Liebing. Am Königstor.
Heute Sonnabend: Vorletztes **Konzert**
Wiener Walzer-Abend von
C. M. Ziehrer aus **Wien**
Hofkapellmeister, Dirigent der k. k. österr. Hofballmusik,
mit auf sechzig Künstler verstärktem Orchester.
Anf. 7½ Uhr. Entree 50 Pf., reserv. Pl. 1 M., num. Tisch 1,25 M.
Billetts im Vorverk. b. Bote & Bock, Wertheim, Leipziger Str., Invalidendank, Kaufhaus des Westens u. in d. m. Plakat. bel. Gesch.
Morgen Sonntag: **Abschieds-Konzert.**

Nach **Wernsdorfer Schleuse** **Gosener Berge**
Gr. Dampfer-Extrafahrten.
Heute wie **jeden Sonntag** Abfahrt **früh** ca. **9¼ Uhr** ab: **Schillings-Brücke**
Rederei **Rob. Tismer.**
Einfache Fahrt 50 Pf.
Um freundlichen Zuspruch bittet **Piehl,** Gastwirt, Restaurant z. **Oder-Spree-Kanal.**

Rheinländische
Arbeiter- u. Berufsbekleidung

sind anerkannt die **Besten.** 26312*
Jeder Arbeiter, jeder Handwerker
sollte zur Arbeit obige Fabrikate tragen. Größte Haltbarkeit, beste Näharbeit, eigene Fabrik. — Verkauf zu Fabrikpreisen.

Monteur-Jacken 95, 1,50, 2,00, 2,40.	Maurer-Hosen 2,95, 3,50.
Monteur-Hosen 95, 1,50, 2,00, 2,35.	Maurer-Jacketts 3,50, 4,50.
Malerkittel 2,00, 2,55, 3,00.	Manchester-Hosen und -Joppen.
Mechaniker-Kittel 2,65.	Konditor-, Fleischer-, Friseurjacken.
Leder-Hosen 1,95, 2,65, 3,50, 4,50.	Stoff-Hosen 1,95, 2,35, 3,50, 4,50.

Versand nach außerhalb.
1. Verkaufsstelle Berlin N., **Brunnenstraße 119,** Ecke Usedomstraße.
2. Verkaufsstelle **Invalidenstraße 2,** Ecke Elisabethkirchstraße.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Karoline Herbrich
geb. **Rohr**
am 22. April verstorben ist. Stille Teilnahme erbittet **Familie Wöllner,** Samariterstr. 10. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 25. d. M., nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Friedhofs aus statt. 16135

Für die Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter 16105
Marie Schulz
geb. Zittelmann
sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am **Moritzplatz,**
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hygienische Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk. V.-Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Sommerpreise
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. **92** Pf.
„ **Ferdinand, Bockwitz,** Salon-Brikett, pr. Ztr. **92** Pf.
„ **Anna, Waidmannsheil** pr. Ztr. **94** Pf.
„ **Pfännerschaft** „ „ **96** Pf.
„ **Nüsse u. Abw.** . „ „ **1,00** M.
„ **Diamant** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . . **1,00** M.
„ **Anthrazit-Cadöp** Ztr. **2,30** M.
Koks, Steinkohlen, Holz und andere **Brennmaterialien** zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte

Rohrkörbe aus ganzen Rohrstangen gearbeitet, billigste für jeden Wirtschaftsbetrieb, 3mal länger haltbar als Weidenkörbe, dabei leicht und ansehnlich. Käufe direkt von der Rohrkorbfabrik
Julius Treibar, Grimma 134.

Dürkopp

bestes Material
vorzüglichste Arbeit
eleganteste Ausstattung
Kataloge umsonst.
Dürkopp & Co., A.-G.
Bielefeld.
Gegründet 1867. Ca. 4000 Arbeiter.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Wilhelm Kanert
(4. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute 4½ Uhr von der Leichenhalle des neuen Thomaskirchhofes (Rixdorf, Hermannstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangvereins zur Nachricht, daß unser Mitglied
Herm. Sucrow
im Alter von 48 Jahren am 23. April an Herzschlag verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 26. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Gnadengemeinde in der Barfußstraße aus statt.

Ferner den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Heinrich Riechert
im Alter von 46 Jahren am 22. April an Herzlähmung verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 26. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Luthergemeinde in Lankwitz, Marienfelderstraße, aus statt. 13317
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter und Schwiegermutter 28312
Luise Giessel
geb. **Schou**
am 23. April plötzlich an Herzlähmung verstorben ist.
Um stilles Beileid bittet
Karl Fahrow und Frau **Helene** geb. **Giessel.**
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 26. April, nachmittags 4½ Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Gnadengemeinde in der Barfußstraße aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter 16126
Ida Schneider
nach langem schweren Leiden am Donnerstag früh 8½ Uhr verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntagmittag 12¾ Uhr von der Leichenhalle der Gethsemane-Gemeinde (Nordend) aus statt.
Paul Schneider u. Kinder.

Wo Kauft man am besten?
nur im

Nur 4 Tage

Von Sonnabend bis Dienstag abend 8½ Uhr sollen
zirka **2600 Kostüme,** englische Stoffe und feine Tuche etc.
zirka **1200 Kostümröcke,** Phantasie-, Falten- und schwarze
zirka **3400 Frauenmäntel, Paletots, Kimonos, Staubmäntel, Jacketts** etc.
in 6 Abteilungen

Abt. 1	2	3	4	5	6
früher bis M. 13½	bis M. 22.—	bis M. 31.—	bis M. 42.—	bis M. 60.—	bis M. 84.—
jetzt nur M. 5.—	nur M. 7½	nur M. 10¼	nur M. 13¾	nur M. 18.—	nur M. 27.—

einzeln an Private ausverkauft werden!
Gratis bei Einkauf von M. 20.— an: **Ein Phantasie-Jackett!**
Genaue Beachtung der Firma und Hausnummer liegt im eigenen Interesse!
Eleg. Trauer-Magazin
Separat-Abteilung
Auswahl & Preise konkurrenzlos.
Es ist sehr zu empfehlen, die Einkäufe in meinen Geschäften des Vormittags zu besorgen, da nachmittags in der Regel der Andrang sehr stark ist.
Sonntags geöffnet 8—10; 12—2 Uhr.
Konfektionshaus Westmann, Hauptgeschäft **Berlin W., Mohrenstr. 37a,** Eckhaus Kolonnad. u. **Große Frankfurterstr. 115,** 2. Haus an der Andreasstraße.

2435L*
Paletots Mark 40.– 38.50 36.– 34.– 32.50 30.– 28.– 24.– 18.50 an
Anzüge Mark 40.– 38.50 36.– 34.– 32.50 30.– 28.– 24.– 21.50 an
M. Schulmeister
Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor (Hochbahn-Station)

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.